

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die wahren Motive der agrar-konservativen Opposition gegen die Erbschaftssteuer.

Wiederholt haben wir gegenüber der verlogenen Argumentation der Blätter vom Schlage der „Kreuz-Ztg.“ und der „Deutsch. Tages-Ztg.“ hervorgehoben, daß die agrarischen Wortführer selbst ihre einfältige Behauptung, die vorgeschlagene Nachlass- oder Erbschaftssteuer rühere die deutsche Landwirtschaft und gefährde den altgermanischen Familiensinn, nicht ernst nehmen, sondern daß ganz andere Motive sie zu ihrer scharfen Opposition gegen die Regierungsentwürfe bestimmen. Wie sollten auch die minimalen, weit hinter den englischen und französischen Steuerfögen zurückbleibenden Besteuerungsvorschläge der Sydowischen Vorlage die deutsche Landwirtschaft ernstlich schädigen — denselben ländlichen Grundbesitz, den der neue Zolltarif, die Vieheinfuhrverbote, Ausfuhrprämien und Liebesgaben im letzten Jahrzehnt auf Kosten der breiten Volksmasse Milliarden eingetragen haben? Beträgt doch der vorgeschlagene Steuerfuß der Erbschaftssteuer selbst für schöne Rittergüter nur 1 bis 2 Prozent, und zwar soll dieser Satz nicht von dem wirklichen Wert der hinterlassenen Grundstücke gezahlt werden, sondern von dem nach dem Jahresreinertrag ermittelten „Ertragswert“: einem fiktiven Wert, der in Preußen meist um 25 bis 40 Proz. hinter den tatsächlichen Verkaufswert der Güter zurückbleibt.

Und von dieser ermäßigten Wertsumme darf der Erbe nicht nur alle auf dem ererbten Besitz ruhenden Hypotheken- und sonstigen Schulden und Lasten abziehen, sondern obendrein auch noch den Wert des im Herrenhause vorhandenen Hausgerätes, der Wäsche, der Luxusgegenstände usw., ferner alle nicht auf dem Gute lastenden privaten Verpflichtungen des Erblassers, die Kosten seiner Bestattung, der Leichenfeierlichkeiten, des Grabdenkmals, der Inventuranahme, der Wertabschätzung und schließlich, wenn der neue Erbe vor dem Erbantritt wegen der Erbmasse prozessiert haben sollte, auch noch die Kosten des Rechtsstreites.

Und damit noch nicht genug; zu guter Letzt soll auch noch dann, wenn ein Nachlass an einen gemeinschaftlichen Abkömmling aus der Ehe mit dem verstorbenen Ehegatten des Erblassers fällt, auf die Nachlasssteuer der Betrag in Anrechnung gebracht werden, der vorher von dem Erblasser bei dem Tode seines Ehegatten für das ihm zugefallene Erbe an Steuer entrichtet worden ist, und zwar selbst dann, wenn solcher Erbfall Jahrzehnte zurückliegt.

Durch alle solche Bestimmungen wird in den meisten Fällen der Steuerbetrag für den glücklichen Erben eines schönen Landgutes auf ein Minimum ermäßigt. Nehmen wir an, ein Sohn erbe von seinem Vater ein prächtiges Rittergut im Kaufwert von einer Million Mark, dann kommt nicht dieser wirkliche Wert zur Berechnung, sondern der nach dem jährlichen Reinertrag ermittelte effektive Ertragswert, der nach der bei derartigen Schätzungen in Ostelbien üblichen Methode sich schwerlich auf mehr als 700 000 Mark stellen wird. Von diesen 700 000 Mark kommen zunächst alle auf dem Gute ruhenden Hypothekenschulden und sonstigen Lasten in Abzug. Schätzen wir, daß das betreffende Rittergut zu 60 Proz. seines tatsächlichen Wertes beschwert ist, also mit 600 000 M., dann bleiben zur Besteuerung im ganzen nur noch 100 000 M. Doch auch von dieser Summe zahlt der Erbe noch nicht die Steuer. Er kann weiter abziehen den Wert des im Herrenhause vorhandenen Hausgerätes, der Wäsche, Luxusgegenstände usw. — nehmen wir an 20 000 M. —, ferner den Betrag der persönlichen Schulden und Verpflichtungen des Erblassers (Alimente, Dotationen an die Dienerchaft usw.) — sagen wir wieder 20 000 M. — und schließlich auch noch die Kosten einer angemessenen Bestattung (auch der Grabkapelle) sowie alle durch die Nachlassregelung verursachten Kosten, insgesamt vielleicht 10 000 M.

Dann bleiben zur Besteuerung nur noch 50 000 M., wofür sich nach dem im Sydowischen Nachlasssteuerentwurf vorgeschlagenen Steuerfuß von 0,7 Proz. die Gesamtsteuer auf 350 Mark stellt.

Der Erbe des Rittergutes im tatsächlichen Werte von einer Million Mark zahlt also nur 350 M. Steuer. Und diese Abgabe, die ungefähr so viel beträgt, wie ein neuer Hühnerhund oder eine Vogelflinte kostet, die sich der neue Herr Rittergutsbesitzer leisten, soll die ganze Landwirtschaft ruinieren?

Aber auch diese Summe von 350 M. braucht der „neue Herr“ nicht in jedem Fall zu entrichten. Hat z. B. der Vater des Erben das Gut selbst erst vor acht, neun oder zehn Jahren geerbt und schon damals Erbschaftssteuer bezahlt, dann braucht der neue Erbe nur ungefähr die Hälfte der 350 M. zu zahlen. Oder hat der Vater früher von seiner Frau, der Mutter des neuen Erben, geerbt und dafür schon einmal Erbschaftssteuer bezahlt, dann kann der neue Besitzer auch noch diesen Betrag von den 350 M. abziehen.

Zudem hat der Erbe durchaus nicht nötig, diese ganzen 350 oder 175 auf einmal zu zahlen. Er kann sie sich bis zu zehn Jahren, ohne dafür Zinsen zahlen zu müssen, stunden lassen, sie in Raten zahlen oder sie auch unter Berechnung einer vierprozentigen Verzinsung als amortisationspflichtige Grundschuld auf sein Gut eintragen lassen. Wenn er es also für besser hält, kann er zehn Jahre lang jährlich nur 35 oder 17,50 M. zahlen — jedenfalls nicht so viel, als er während der landwirtschaftlichen Woche in Berlin des Abends in einem der feinen Weinrestaurants oder in den Amor- und Blumenfölen für Sekt ausgibt.

Es sind deshalb denn auch keineswegs die „unerfüllbaren Lasten“, die die Junker zum Kampf gegen die Nachlass- und Erbschaftssteuer treiben. Sie wollen überhaupt der Landwirtschaft keine neuen Steuern aufladen lassen, seien diese auch noch so leicht zu tragen; vor allem handelt es sich aber für sie bei ihrer Opposition um eine Machfrage. Ihr Kampf gegen die Nachlasssteuer ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck — nämlich zu dem Zweck, der Regierung zu zeigen, daß das Junkertum Herr im Hause und nicht gewillt ist, zugunsten bloßliberaler Ansprüche etwas von seiner Herrschaftsstellung aufzugeben.

Der Wille zur Macht ist in keiner Partei so scharf ausgeprägt als im Junkertum, und nie hat es sich gescheut, wenn es seine traditionelle Machtstellung in Preußen angetastet fühlte, wegen der geringfügigsten Dinge den Kampf gegen die Krone und die Regierung zu eröffnen. Die innere Geschichte des preussischen Staates ist überhaupt jahrhundertlang nichts anderes gewesen als ein fortgesetzter Kampf zwischen Krone und Junkertum. Und daran hat sich wenig geändert, seit unter Preußens Führung des neuen Deutschen Reiches Herrlichkeit entstanden ist. Nur die Formen des Kampfes haben gewechselt; sie sind moderner, aber zugleich auch grotesker geworden.

Und noch immer hat in diesen Kämpfen das Junkertum gesiegt, bei den nebenächlichsten Anlässen, z. B. bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstage während des Juni 1896, als die Herren Junker durch ihre Obstruktion der Reichstag matt zu setzen drohten, falls dieser nicht dem herrschaftlichen Hasen das unveräußerliche Recht gewähre, sich auf den bäuerlichen Feldern vollzufressen, wie bei den wichtigen nationalen Lebensfragen, z. B. beim Kampf um das Mittellandkanal-Projekt, als die Konservativen trotz des öffentlichen Versprechens des Kaisers in Dortmund durchsetzten, daß der Kanal nur bis zur Leine, nicht bis zur Elbe durchgeführt werden dürfe. Ihr Royalismus hinderte sie nicht, der Welt zu beweisen, wie wenig selbst Königsworte in Preußen bedeuten, wenn sie nicht die Zustimmung des Junkertums haben.

Deshalb war auch dem Machtbewußtsein des Junkertums die Volksgemeinschaft mit dem Freisinn stets unbequem; doch in Anbetracht der politischen Lage ließ es sich das lästige Konfubinat gefallen, zumal es doch im wesentlichen seinen Willen durchsetzte und der Liberalismus nur sehr schmale Zugeständnisse errang. Als aber die Liberalen erreichten, daß bei der Eröffnung des preussischen Landtages in der Thronrede eine gewisse Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts verheißener wurde, da war es mit der Duldung des Freisinns vorbei. Möchte diese Verheißung auch noch so schemenhaft sein, seine beherrschende Stellung im preussischen Landtag will das Junkertum selbst in Gedanken nicht angetastet wissen, denn in diesem Landtag erblickt es nicht nur die Hauptstütze seiner Macht in Preußen, sondern im ganzen Deutschen Reich. So wurde denn der Sydowische Finanzreformplan zum Anlaß genommen, um der Regierung aufs neue die Macht des Junkertums zu demonstrieren, den liberal-konservativen Block zu sprengen und an seine Stelle trotz aller Einsprüche der Regierung den liberal-konservativen Block zu setzen.

Nicht die Abwehr der Nachlasssteuer, sondern die unbedingte Aufrechterhaltung der Machtstellung des Junkertums in Preußen und im Reich ist also das eigentliche Motiv der junkerlichen Opposition. Daß dies der Fall ist, wird durch eine an die Mitglieder des Ostpreussischen konservativen Vereins gerichtete vertrauliche Mitteilung bestätigt, in der nach der Mitteilung der „Berliner Neuesten Nachrichten“ sich folgende Sätze finden:

„Die Konservativen sehen in jeder einzelnen freisinnigen Hauptforderung die größte Gefahr für die Zukunft des Landes. Sie vergessen auch unter der Herrschaft der Blockpolitik nicht, daß der bürgerliche Liberalismus und Freisinn Hand in Hand mit der Sozialdemokratie in mehr oder weniger scharfer Form folgende Ziele verfolgt:

Die Schwächung der Stellung des Monarchen zugunsten einer möglichst unumschränkten Herrschaft der zufälligen Parlamentismehrheit; die Verechtigung des christlichen Geistes in Staat, Schule und Haus; die Abschaffung des Schutzes von Landwirtschaft und Industrie, welche nach konservativer Überzeugung den Zusammenbruch unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens zur Folge haben würde.

Die Erreichung auch nur eines dieser Ziele, wie sie der Freisinn mit Hilfe seiner Stellung im Block erstrebt, würde nach konservativer Überzeugung die äußerste Gefahr für das Vaterland bedeuten. Nur eine starke, von künstlich gemachten Volksstimungen unabhängige und ihrer vollen Verantwortung bewußte konservative Partei kann dieser Gefahr wirksam entgegen-

treten. Wer wirklich konservativ denkt, kann sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen, er muß in ernstlichen und schwierigen Situationen, wie sie gerade die gegenwärtigen Verhältnisse für die konservative Partei mit sich bringen, trotz Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen zu der Partei halten. Mögen auch die Beweggründe für die abweichende Stellung mancher Parteigenossen zur Frage der Erbschaftssteuer noch so laut und rein sein, so dürfen diese doch nicht vergessen, daß die überwältigende Mehrheit der Parteigenossen im Reich das Verhalten der Fraktion billigt und ein Aufgeben ihres Standpunktes als Verrat an den konservativen Grundsätzen betrachten würde.“

Deutlich wird hier ausgesprochen, daß die wahren Beweggründe der konservativen Opposition andere sind, als in der vom Bund der Landwirte betriebenen demagogischen Agitation den Einfältigen im Geist vorgeschwindelt werden. Es handelt sich lediglich um die Aufschaltung jeglichen Liberalismus, um die unbedingte Aufrechterhaltung der junkerlichen Machtstellung.

Selbst die freikonservativen „Berl. Neueste Nachr.“ bemerken denn auch zu diesem schönen Bekenntnis, daß der letzte Beweggrund der ganzen verlogenen Agitation gegen die Erbschaftssteuer nur das nackte, rohe Machtinteresse ist: „Denn da das Reich und der Kaiser von Freisinnigen und Nationalliberalen nicht bedroht werden, so wäre es überflüssig und grotesk, wenn sich die Konservativen in Garnisch wüsten zum Schutze für das Vaterland. Nein, sie treiben ein Schauspiel mit dem von den Liberalen bedrohten, von ihnen zu schützenden Vaterlande, sie haben ihren Spott mit Patriotismus, mit Kaiser und Reich; Kaiser und Reich sind ihnen gerade gut genug als Vorwand für den Schutz des eigenen Besitzes an Macht, Einfluß und Vermögen.“

Die Veröffentlichung des schönen Rundschreibens kommt gerade noch zur rechten Zeit, um auch den blödesten Augen zu zeigen, warum es sich bei der Begründung der neuen „nationalen“ ultramontan-konservativ-politischen Koalition handelt — um nichts anderes als die Durchsetzung der brutalsten Machtanprüche des evangelischen und katholischen Junkertums und seines Verbündeten, des hohen Klerus.

Theodor Barth.

Aus Baden-Baden kommt die schmerzlich überraschende Nachricht, daß Theodor Barth in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag plötzlich gestorben ist — kurze Zeit vor seinem 60. Geburtstag, den seine Freunde am 28. Juli festlich begangen wollten.

In einer Schicksalsstunde des deutschen Bürgertums ist Theodor Barth zuerst an die Öffentlichkeit getreten, als er, der dreißigjährige Syndikus der Bremer Handelskammer, im Jahre des Umschwungs unserer Handelspolitik 1870 in der Tarifkommission des Bundesrates das Freihandelsinteresse der Hansestädte mit allem Nachdruck verteidigte. Bis marck sorgte dafür, daß Bremen den Unbequemem bald abberief, und dieser äußerliche Vorgang enthält einen tieferen Sinn. 1870, das war der entscheidende Punkt in jener Entwicklung, die 1870 im Deutschen Reich begonnen hatte: Um den Preis wirtschaftlicher Vorteile verzichtete das Bürgertum auf den Kampf für die eigenen Forderungen. Das Schutzollinteresse der schweren Industrien verbündete sich dem Grundrenteninteresse der durch den Beginn der amerikanischen Konkurrenz bedrohten Junker und dem fiskalischen Interesse des Reiches des Militarismus. Da die Staatsmacht in den Dienst ihrer Profitinteressen getreten war, verzichtete gerade der mächtigste und einflussreichste Teil der deutschen Bourgeoisie auf die unmittelbare Herrschaft durch das Parlament und dies um so eher als die mächtig sich entfaltende Kraft des Proletariats das Bürgertum immer mehr auf die unterdrückende Staatsgewalt als seine letzte Zuflucht blicken ließ.

Es ist die Ehre Theodor Barths, daß er diese Politik des Verzichts auf die Ideale des Bürgertums nicht mitgemacht hat, wie es sein Verhängnis wurde, daß er meinte, diesen Kampf innerhalb der Reihen des Bürgertums selbst führen zu können. Aber seine Stärke wie seine Schwäche entsprang aus derselben Wurzel: aus den liberalen Grundanschauungen, denen er mit unerschütterlicher Treue ergeben war.

So führte er in seiner „Nation“, der „gehaltvollsten und gescheitesten Wochenschrift der deutschen Bourgeoisie“, wie sie Mehring einmal genannt hat, den Kampf gegen zwei Fronten, gegen den Protektionismus und Bureaucratismus Bis marcks auf der einen Seite, gegen den Sozialismus auf der anderen. Es ist ein vergebliches Ringen gewesen, und nichts kennzeichnet besser die prachvolle Kämpfennatur dieses Mannes, daß das ihm nie entmutigen konnte, daß er tapfer weiterfuhr, ohne je daran zu zweifeln, daß das Wesen seiner Sache doch schließlich siegen müsse. Dieses Wesen aber hat sich ihm mit der Zeiten Wandel selbst gewandelt. Barth hat als Manchestermann begonnen, wenn nicht in seiner Geisteskultur, die viel zu umfassend war, um in dem laissee faire der Weisheit letzten Schluß zu sehen, so doch in seiner Politik, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen die staatliche Einmischung stand. Aber sehr bald siegte der Geist John Stuart Mills über den der Cobden und Bright. Die Gegnerschaft der staatlichen Einmischung wich der Einsicht in die Notwendigkeit sozialer Politik, und blieb auch der Kampf gegen den Schutzoll für Barth stets im Mittelpunkt seiner Politik, so wurde

Ihm dieser Kampf allmählich doch immer mehr bloß zu einem Teil eines größeren, umfassenderen Kampfes um die Erringung völliger demokratischer Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Damit entfernte er sich immer mehr von seinen bürgerlichen Freunden und wurde der ewige Sezessionist, der naheinander die Nationalliberalen, die Deutschfreisinnige Partei und die Freisinnige Vereinigung verließ, um schließlich nach dem völligen Zusammenbruch des bürgerlichen Liberalismus in der Modopolitik die Reste der bürgerlichen Demokratie in einer eigenen Partei zu sammeln.

Wurde ihm aber die Demokratie immer mehr zum Wesen seines Kampfes, so mußte ihm dies der einzigen Partei und der einzigen Klasse nähern, die in Deutschland wie überall in der Welt immer mehr zum einzigen Kämpfer der Demokratie geworden ist. So wurde Barth zum Verechter jener Taktik, die ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie forderte, um die politische Freiheit zu erringen, derselbe Mann, der zu Beginn seiner Entwicklung ihr bester Gegner gewesen ist. Dem Sozialismus selbst ist Barth deshalb kaum näher gekommen und in dieser Beziehung hat er an den Anschauungen des ökonomischen Liberalismus wohl bis zum Schluß festgehalten, mag auch der Kollektivismus der reichen Räuber, die fortschreitende Tristierung und Kartellierung der Produktion ihm manchen Zweifel gewedt haben.

Mit Theodor Barth geht aber nicht nur der letzte bedeutende Repräsentant des deutschen Liberalismus dahin von jener Art, wie sie heute nur mehr durch die Radikalen Englands vertreten sind, Barths Tod ist zugleich der Verlust eines tapferen ehelichen Kämpfers, eines starken Charakters und einer reichen Begabung. In diesem Deutschland, das erst das Land der Dichter und Denker war und das heute so amerikanisiert ist, daß die Jagd nach dem Geld das treibende Motiv der meisten geworden, ist das Bürgertum zu arm an Männern, die ihr alles an ihre politische Ueberzeugung setzen, als daß der Verlust Theodor Barths nicht als etwas Unerforschliches empfunden werden müßte.

Wir Sozialdemokraten aber grüßen den toten Kämpfer, der unserer Weltanschauung Gegner war und dessen beste Hoffnung zuletzt doch die Kraft und der Kampfeswille des deutschen Proletariats gewesen ist, das mit harter Hand, wenn auch in anderem Geiste erfüllen wird, was Barths Kampfziel war: Die Freiheit und Gleichheit der verbrüderten Nationen.

Die boykottierte Beweisaufnahme.

Im Raddob-Kolonie-Prozess zu Dortmund wurde am Mittwochabend das Urteil gefällt. Ein Urteil, das zur Beweisaufnahme und zu den Gutachten der unabhängigen Sachverständigen paßt wie die Faust aufs Auge! Ein Urteil, das nur zu verstehen ist, wenn man die scharfe Zuspitzung der Klassegegensätze im Ruhrrevier und ihre Auswirkung auf die Justiz kennt. Wenn man weiß, welche innige soziale und persönliche Beziehungen zwischen den Richtern und der Mitten- und Besenplutokratie des Ruhrreviers bestehen! Das Urteil mutet an, wie ein Boykott der Beweisaufnahme. Trotz ihrer gravierenden Ergebnisse, die bis zum Punkt überm i die Verhandlungen der „Arbeiterzeitung“ bestätigten, trotz der Gutachten, der von der Zeche unabhängigen Sachverständigen, die nicht minder scharf waren, als der Artikel der „Arbeiterzeitung“, wurde die Verurteilung verworfen, bleibt es bei der Geldstrafe von 500 Mark, die das Schöffengericht verhängte, bleibt es bei der Ehrenerklärung der Urteilsbegründung für die Verwaltung der Zeche Raddob!

Drei Dortmunder Richter haben der Verwaltung von Raddob eine Ehrenerklärung gegeben und den Redakteur, der die Zustände in der Kolonie an den Pranger der Öffentlichkeit schlug und mit dem rechten Namen nannte, als Verleumdung verurteilt. Der Staatsanwalt bedauerte, daß er nicht die Möglichkeit habe, den frohen Kritiker ins Gefängnis zu senden. Wer anderer Ansicht ist als die Herren des Gerichts, der wird als Utopist, als Volkennuckerschmeimer nichtachtend beiseite geschoben. Er hat keine Ahnung von der Praxis! Keine Ahnung davon, was dem Arbeiter geboten werden darf!

Die Herren Richter von Dortmund haben nicht bedacht, welche vernichtendes Urteil sie damit über die Zustände im Ruhrrevier, welche vernichtendes Verdikt sie damit über die kapitalistische Ordnung gefällt haben!

Gesunde Wohnungen für Arbeiter sind eine Utopie! So lautet der grausame Schluß aus dem Urteil von Dortmund!

Das Proletariat wird ihn vernichten! Und mit zusammengebissenen Zähnen erneut daran gehen, zu kämpfen für Zustände, in denen zur Wirklichkeit wird, was heute von den Richtern von Dortmund für Utopie erklärt wird!

Vervollständigt wird das schöne Bild, das der Ausgang dieses Prozesses bietet, durch die Behandlung, die noch zum Schluß dem Angeklagten zu teil wurde. Dem Erschöpften und Leidenden wurde die Vertagung der Sitzung trotz ärztlichen Mittels hartnäckig verweigert. Unfähig, den Verhandlungen weiter zu folgen, mußte er den Sitzungssaal verlassen, mußte darauf verzichten, die Angriffe der Nebenkläger und des Staatsanwalts persönlich zurückzuweisen! In seiner Abwesenheit fällt die Richter den Spruch.

So behandelt man einen sozialdemokratischen Redakteur in Dortmund! In Gastein weiß der des Meines eides angeklagte Eulenburg! Die deutsche Justiz kennt kein Ansehen der Person!

Ueber die Mittwochsverhandlung wird uns noch berichtet:

Dortmund, 2. Juni.
Die Vormittagsung wurde völlig von der weiteren Vernehmung der Sachverständigen ausgefüllt. Als erster kam der bei den Arbeitern sehr unbeliebte Dr. Meyer an die Reihe, nach dessen Schilderungen „Raddob“ eine paradisiische Idylle sein müßte. Die Gesundheitsverhältnisse auf „Raddob“ seien besser als in den benachbarten Gemeinden Bochum und Sövel. Die schöne Rechnung hatte freilich ein Loch.

Ein anderer Sachverständiger wies nämlich nach, daß die Wirkungen der schlechten Wohnungsverhältnisse infolge der überaus starken Fluktuation und der fast völligen Verödung der Kolonie durch das Grubenunglück vielfach Leute ergriffen hätten, die nun längst nicht mehr auf „Raddob“ weilten.

In diametraler Gegensatz zu diesem Sachverständigen befand sich der von dem Beklagten geladene Dr. Dittmer-Wurscheid, ein Hüthenarzt mit langjährigen Erfahrungen, der sich wie ein Wohnungshygiene beschäftigt hat. Mit scharfen Worten fällt er ein wahrer Verdammungsurteil über die vom Vorder-

richter gepriesene „soziale Tat“ der Herren auf „Raddob“. Bei den unzulänglichen Brunnen- und Abortanlagen sei es möglich, daß Abfallstoffe in das Trinkwasser gelangten. Wäre das große Grubenunglück nicht eingetreten, so wäre vielleicht eine fürchterliche Epidemie hereingebrochen. Der Zwang zum Aufenthalt in diesen gesundheitsgefährlichen Wohnungen sei ein Verbrechen nicht nur an Kindern, sondern auch an Erwachsenen. Er habe selbst beobachtet, wie das elende Raddob-Wasser sogar von Hunden verschmäht worden sei.

Nicht weniger deutlich war das Gutachten des kauschverständigen Architekten Schäfer. Er kennzeichnete die mangelhafte Isolierung gegen Feuchtigkeit, das frühe Beziehen, die schwache Bauart der Häuser. Mit besonderer Schärfe hob dieser Sachverständige die total den geschlichen Vorschriften widersprechende Anlage der Brunnen hervor. Viele Viehställe seien bei weitem stabiler gebaut als die Häuser auf „Raddob“.

Als letzter Sachverständiger trat dann der vom Gericht geladene Bauart Krafft auf den Plan. Er mußte glatt zugeben, daß viele Fenster und Türen schlecht gewesen seien, die Brunnenanlagen viel zu wünschen übrig ließen und bei dem viel zu frühen Beziehen der Häuser zweifellos außerordentlich viel gesündigt worden sei. Das aber glaubte Herr Krafft doch, daß sich die Zeche um die Lösung des Problems der Wohnungsfrage im Arbeiterinteresse ein Verdienst erworben habe, was ihr nur durch große Sparsamkeit möglich geworden sei. Näher kennzeichnete freilich der Gutachter diese „Lösung“ bald darauf selbst, indem er zugab, daß von den 11 von ihm besichtigten Häusern 8 total feucht gewesen seien!

Die Beweisaufnahme war damit zu Ende. Ein Vertagungsantrag des völlig erschöpften und vernichtungsfähigen Genossen Nottebohm wurde vom Gericht abgelehnt!

Die Nachmittagsung.

Sie brachte zunächst das reichlich 1¼stündige Plaidoyer des Vertreters Nottebohms, des Rechtsanwalts Franz. In glänzender, scharf pointierter Rede gab er ein Resümee der neunzigstündigen Verhandlungen. Der Angeklagte habe in dieser Verhandlung weniger gegen das Urteil der ersten Instanz selbst, als vielmehr gegen die Urteilsbegründung gekämpft, in der von der Erbauung der Kolonie Raddob als einer „sozialen Tat“ die Rede sei. Von allen Anforderungen, die Herr Professor Sommerfeld-Verein, diese bedeutende Autorität auf dem Gebiete der Arbeiterhygiene, an eine derartige Kolonie gestellt habe, sei in Raddob auch nicht eine einzige erfüllt. Es sei von der Gegenseite selbst zugegeben worden, daß der einzige Gesichtspunkt bei Erbauung der Kolonie finanzielle Erwägungen gewesen seien. Die Behauptung, die Arbeiter hätten sich selbst zu den Wohnungen gedrängt, werde dadurch hinfällig, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme weit und breit keine Privatwohnungen zu haben gewesen seien. Da mußten die Vergleute schon wohl oder übel mit den elenden Koloniewohnungen vorlieb nehmen! Von einer „Freiheit“, die die Arbeiter bei der Wahl ihrer Wohnungen gehabt hätten, könne also überhaupt keine Rede sein. Und wenn die Arbeiter mit der Arbeit zugleich auch die Wohnung verlieren, wie das in Raddob der Fall sei, so sei das ein ganz unerhörter Zwang, der das Gerede von der „Freiheit“ der Arbeiter ins rechte Licht setze. Alles in allem hat der Angeklagte durch die Veröffentlichung des Artikels eine gute, mutige Tat getan, für die er den Dank der Öffentlichkeit verdiene, die sogenannte „soziale Tat“ komme nicht auf das Konto der Raddob-Verwaltung, sondern auf das Konto Nottebohms. Uebrigens stände dem Angeklagten der Schutz des § 103 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite; es sei seine Pflicht als Redakteur des Dortmunder Arbeiterblattes, sich ganz besonders der Interessen der Vergleute anzunehmen. Seine Freisprechung sei durchaus geboten.

Von den überaus eindringlichen Darlegungen Franz hoben sich die nun folgenden Ausführungen des Vertreters der Nebenkläger, Dr. Wittgen, höchst unvorteilhaft ab. Es sei, so führte dieser Herr aus, ein geradezu gemeingefährlicher Weg, den man dadurch beschreiten würde, wenn man Nottebohm den Schutz des § 103 zubilligen wollte. Der Artikel enthalte schwere formale Verleumdungen und wimmle von „handgreiflichen Unwahrheiten“. Ueberall, wo Nottebohm den Wahrheitsbeweis geführt habe, sei er „total mißlungen“. . . . Daß die Räumung der Wohnung mit der Kündigung der Arbeit Hand in Hand gehe, sei durchaus keine besondere Härte — jeder Arbeiter finde leicht eine neue Wohnung! Von einer gesundheitlichen Schädigung der Koloniewohner könne nicht gesprochen werden — was wollten die paar Rheumatismusfälle beweisen! An dem schlechten Zustande der Wohnungen seien nur die Leute selbst schuld; reine Leute halten alles rein — schmutzige alles schmutzig“. Dr. Wittgens Gutachten bestche zum großen Teile aus „handgreiflichen Uebertreibungen“. Allerdings sei eine Anzahl Häuser „sehr erheblich haufeucht“ gewesen und zahlreiche Häuser seien viel zu frühzeitig bezogen worden. Aber daran treffe die Schuld ausschließlich die — Arbeiter selbst! Die Zeche hätte — nach dem bürgerlichen Gesetzbuch gar kein juristisches Recht gehabt, die Arbeiter vom Beziehen der Kolonie abzuhalten! Ebenjowenig habe sie dazu ein moralisches Recht gehabt, — denn man dürfe doch nicht in das „freie Selbstbestimmungsrecht“ der Arbeiter, auf das diese selbst ja immer so großen Wert legen, eingreifen!

Die Definition des Gutachters Prof. Sommerfeld über den Zweck einer Kolonie sei „direkt falsch“. Eine Kolonie sei durchaus keine Wohlfahrtsanstalt, sondern ihre Gründung einfach eine rein gewerbliche Maßregel. Allerdings sei die Ausführung dieser „rein gewerblichen Maßregel“ auf der Raddob-Kolonie so vorzüglich ins Werk gesetzt, daß man hier demnach recht wohl von einer „sozialen Tat“ reden dürfe. Allerdings: zu hohe Anforderungen dürfe man an die Zeche natürlich auch nicht stellen; wie sollte sie z. B. dazu kommen, ein Bad einzurichten! Mit der Erklärung, daß der Gutachter Herr Professor Sommerfeld nicht in der Welt der Wirklichkeit, sondern in Utopien lebe, und daß Nottebohm die ganze Tiefe seiner Schlichtheit durch das Fehlen jeder Reue offensichtlich erwiesen habe, schloß der Unternehmervertreter seine in mehr als einer Hinsicht höchst interessanten Ausführungen.

Jetzt folgte ein

dramatischer Zwischenfall:

Auch der zweite Vertagungsantrag des Genossen Nottebohm war nach dem Plaidoyer Franz abgelehnt worden, trotz ärztlichen Mittels! (Unser Genosse hatte während der Pfingstfeiertage das Bett hüten müssen!) Wurde abermals abgelehnt, trotzdem Genosse Nottebohm ganz offenbar einen schwer leidenden Eindruck machte und trotzdem bereits sechs Stunden lang verhandelt worden war. Genosse Nottebohm tat nunmehr das einzig Richtige, — er packte seine Sachen zusammen und verließ den Verhandlungssaal; die Vertreter der preussischen Justiz wurden so vor die Frage gestellt, ob sie es über sich gewinnen

würden, die Prozedur in Abwesenheit des Hauptbeteiligten zu Ende zu führen. Sie gewannen es über sich!

Aus den recht hilflosen Ausführungen des Staatsanwalts, der die übliche Redensart von der „schlimmen Tendenz“, der „Verhütung der Arbeiter“ vorbrachte, war das Bedauern darüber bemerkenswert, daß nicht auch die Amtsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet habe, und er so um die Möglichkeit gekommen sei, an Stelle der „ganz unzureichenden Geldstrafe“ (500 M.!!!) eine Gefängnisstrafe zu beantragen. Daraus zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Das Urteil

lautete auf Verwerfung der Verurteilung und fiel damit genau so aus, wie es nach allem Vorhergehenden zu erwarten gewesen war. Ein Kapitel für sich ist die „Begründung“; mit fühler Herablassung schließt sie die Gutachten des Professors Sommerfeld und Dr. Wittmers beiseite: dieser habe sich als durchaus voreingenommen erwiesen, und jener sei ein bloßer Theoretiker, der von der Praxis keine Ahnung habe! Und das sagt das Gericht von einem Manne, der seit Jahrzehnten mitten im praktischen Leben steht, eine sehr große ärztliche Praxis hat und der jetzt eben auf dem Frankfurter Kongress der in der gemischten Industrie beschäftigten Arbeiter das Hauptreferat hält! Nicht minder bezeichnend ist die völlige Nichtachtung des Gutachters Dr. Wittmers, der seit mehreren Jahrzehnten in Frage kommenden Verhältnisse des westdeutschen Industriebezirks auf das genaueste beobachtet hat! Auch sonst stellt sich die Urteilsbegründung fast durchweg auf den Standpunkt der Zeche her, die denn auch triumphierend den Gerichtssaal verließ.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni 1909.

Eine neue Drohnote aus dem Reichskanzleramt.

Schon in den letzten Tagen wurde den Konservativen in halbe offiziösen, häufig aus dem Reichskanzleramt inspirierten Blättern gedroht, daß, falls sie sich nicht zur Annahme der Erbschaftsteuer verständigen, die Regierung gegen sie einen großen Schlag führen werde. Heute verbreitet wieder eine halboffizielle Berliner Korrespondenz in einer Sonderausgabe einen Drohartikel, dessen Ursprung zweifellos in der Wilhelmstraße zu suchen ist. Die Konservativen machten sich, heißt es darin, offenbar keine Vorstellung von der ungeheuren Erbitterung unter den Gewerbetreibenden, die durch die konservativ-kerikalen Steuerprojekte ganz besonders schwer getroffen würden. Nicht die Großindustrie und nicht die hohe Finanz, sondern gerade der Mittelstand werde in seinen Interessen außerordentlich gefährdet. Schon bereiteten sich in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Protestumgehungen vor. Ihren Höhepunkt würden diese aber erreichen mit einer Massenprotestversammlung aller gewerblichen Stände, die zum Wiederbeginn der Verhandlungen des Reichstages in Berlin stattfinden werde. Die Konservativen seien im Irrtum, wenn sie glaubten, die Regierung mit sich fortziehen zu können. Die Regierung halte fest an der Erbschaftsteuer, und die Bundesfürsten einschließlich des Kaisers betrachteten es als eine Ehrenpflicht dem deutschen Volke gegenüber, die Erbschaftsteuer durchzusetzen. Vollständig ausgeschlossen sei es, daß die verbündeten Regierungen den Steuervorschlägen der Finanzkommission zustimmten. Die Millionen, die herausgeredet wurden, ständen zum großen Teil nur auf dem Papier. Fürst Bülow stehe nicht an seinem Amt. Wenn sein Rücktritt eine Klärung der Lage herbeiführen könne, dann sei er zu jeder Stunde bereit zu gehen. Der Widerstand gegen die Erbschaftsteuer gehe von dem Abgeordneten Hegebrand aus, mit dessen engerer Befolgung absolut nichts anzufangen sei. Verschiedene Anzeichen ließen aber erkennen, daß in der konservativen Partei die besonnenen Elemente die Oberhand gewinnen, und deshalb sei es durchaus nicht aussichtslos, doch noch eine Einigung zwischen Konservativen und Liberalen zustande zu bringen.

Die Worte sind scharf genug, doch ist es verfehlt, den aus der Wilhelmstraße in die Welt hinausgeschleuderten wortreichen Drohungen sonderliches Gewicht beizumessen. Auch in bezug auf Se. Durchlaucht, den Reichskanzler gilt das bekannte Sprichwort: Kunde, die viel belien, belien nicht. Offenbar ist der obige Artikel nur darauf berechnet, die konservativen Elemente im Lande gegen die konservative Reichstagsfraktion mobil zu machen, von deren Widerstand gegen die Erbschaftsteuer durch eine Revolte im eigenen Lager zu brechen. Ob das gelingen wird, dünkt uns zweifelhaft. Zur Annahme einer Erbschaftsteuer von einiger Bedeutung werden sich die Konservativen schwerlich verstehen. Verschleiert sich aber die Regierung mit einem Erbschaftsteuerchen im Ertrage von 30 bis 40 Millionen Mark, das den ländlichen Großgrundbesitz fast ganz verschont, so dürften sich schließlich auch die Konservativen zur Annahme solcher Einkommensteuer bereitfinden lassen — vorausgesetzt natürlich, daß die Regierung auf anderen Gebieten Entschädigungen bietet, sich also z. B. verpflichtet, an dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen nicht rütteln zu lassen. —

Kerikale Götterdämmerung.

Es ist erstaunlich, welche enorme Wandlungsfähigkeit die Zentrumspartei besitzt — nicht nur, was ihre steuerpolitischen Auffassungen anbetrifft, sondern auch was ihre Beurteilung politischer Charaktere anbelangt. Noch vor wenigen Wochen führte die Zentrumspresse einen energischen Verunglimpfungslampf gegen den Reichskanzler, und die ehrsame „Germania“ tischte mit spöttischen Behagen die kleine Geschichte von dem Verzeihen erziehenden Kanzler auf, der vor dem Kaiser wie ein Schloßhund heult“. Seitdem sich aber das Zentrum mit den Konservativen und Polen zu einer „nationalen“ Wehrheit zusammengefunden hat, schlägt seine Presse ganz andere, respektvollere, fast kann man sagen: ehrfurchtsvolle Töne gegen den großen Kanzler an. Der „Köln. Volksz.“, die unter dem neuen Regime immer mehr auf den — Erzberger gerät, geht es sogar jetzt plüchlich gegen den Strich, daß die liberalen Blätter den Fürsten Bülow scharf angreifen. Sie veröffentlicht in ihrer Nr. 460 einen langen Artikel unter der Ueberschrift: „Hilf Bülow im Spiegel der liberalen Presse“, den sie mit folgenden hochkomischen Ausführungen schließt:

„Wenn nun der Regierung neben 400 Millionen an indirekten Steuern noch 100 Millionen an Besitzsteuern geboten werden, kann sie doch nicht wohl bloß aus dem Grunde Nein sagen, weil die bewilligende parlamentarische Mehrheit eine andere ist, als diejenige, mit welcher die Regierung bei Einbringung ihrer Vorlagen rechnete und auf welche sie hoffte. Nein, der Liberalismus „muß retten, was noch zu retten ist“. Auf keinen Fall darf der nationale Liberalismus aus formalen Gründen schmolend zur Seite stehen, wenn über eine Lebensfrage des Deutschen Reiches entschieden wird. . . . Mag die Kommission beschließen, was sie will, nur endlich einmal dorthin zu treten, das ist es, was not tut. . . . Eine Finanzreform muß kommen.“

In Anbetracht der politischen Qualitäten des Nationalliberalismus kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß diese „Wahnungen“ bald auf fruchtbaren Boden fallen.

Matte Seelen.

Die nationalliberalen Stimmen mehrten sich, die der nationalliberalen Reichstagsfraktion empfehlen, sich den Willowschen Wünschen anzupassen, die Preisfälligen links liegen zu lassen und sich als getreue Helferin dem Herkules-tourenvater-polnisch-antifeministischen Bloch bei seinem vaterländischen Reformwerk anzuschließen. Nachdem bereits die „Wiesbadener Ztg.“ der nationalliberalen Reichstagsfraktion empfohlen hat, den rechtzeitigen Antritt nicht zu verpassen, kommt jetzt auch der „Schwab. Merkur“, das führende Organ der württembergischen Nationalliberalen, mit der gleichen Mahnung. Das Blatt schreibt:

„Wir wollen nicht entscheiden, ob das Spiegelbild der liberalen Presse die politische Natur des Fürsten Willows richtig oder verzerrt wiedergibt. Wenn wir dieses Bild als richtig anerkennen nicht geneigt sein sollten, so wäre es doch nicht unsere Sache, den Fürsten Willows gegen seine Neigungen in Schutz zu nehmen, und zwar nicht sowohl wegen seiner bekannten Stellung zur Zentrumspartei, als vielmehr deshalb, weil wir stets gewünscht haben und noch wünschen, eine rein sachliche Politik zu treiben gegenüber der von persönlichen wie parteipolitischen Momenten beherrschten bisherigen Politik des Liberalismus in der Reichsfinanzreform. An dem Fürsten Willows wird es sein, zu zeigen, ob auch er lediglich der Sache selbst diene und daher die im Interesse des Reiches dringend notwendige Reichsfinanzreform unter allen Umständen, gleichviel ob unter liberaler Mitwirkung, die, wenn sie selbstlos erfolgte, auch uns erwünscht gewesen wäre, oder, wenn's sein muß, auch gegen die liberale Obstruktion, seiner Erklärung gemäß „noch in diesem Sommer“ in Sicherheit bringen will.“

Die unfeindlichen Wege der Liberalen „Königlichen Volksztg.“ waren seit jeher die besten. Und der obige Satz von der „rein sachlichen Politik“ der Zentrumspartei gehört unter diesen Wegen, wie wir dem großen Köhler „Prinzipienblatt“ gern beifügen, nicht zu den schlechten. Die ultramontane Presse als Vertreterin der Sachlichkeit! Der Anspruch ist wirklich zu komisch.

Um die Verteilung des letzten Fünftels.

Die Proteste der Unternehmerschaft gegen die Steuerbeschlüsse der Rumpfkommision mehrten sich. Der Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat in seiner Plenarsitzung vom 2. Juni, in dem 108. dem Zentralausschuß angeschlossene Vereine und Verbände durch ihre Delegierten vollzählig vertreten waren, einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

„Die Finanzkommission hat, anstatt große tragfähige Steuerobjekte heranzuziehen und den Fehlbetrag durch eine alle leistungsfähigen Schichten treffende Nachlastbesteuerung zu decken, in einer in der politischen Wirtschaftsgeschichte bis jetzt unerbörten Art der Gesetzmäßigkeit einzelne Gewerbegebiete herausgegriffen und diese mit Steuern bedroht, deren Ertrag in keinem Verhältnis stünde zu der damit verbundenen Verteuerung, Verschärfung und Schädigung, und deren Konsequenzen für Hersteller, Wiederverkäufer und Kleingewerbetreibende unübersehbar wären; sie hat die Gelegenheit benützt, um den Versuch zu machen, nicht nur das mobile Kapital, sondern auch die Börse empfindlich zu treffen und damit den Lebensnerv unserer Volkswirtschaft lahm zu legen oder zu unterbinden; sie hat schließlich in dem Antrage auf Einführung einer gestaffelten Mühlenmehlssteuer in der Reichsfinanzreform eine reine Interessenpolitik dienende Erbschaftsteuer eingefügt, die zwar nicht ihren Zweck erreichen, wohl aber die Verteuerung des Mehlens und die Verteuerung der Vermahlung nach dem Auslande herbeiführen würde. Sie hat also die weitere Verteuerung des Brotgetreides, des wichtigsten Nahrungsmittels der breitesten Massen des Volkes, auch bei dieser rein finanz- und nationalpolitischen Gelegenheit zu fördern gesucht. Nach alledem hält es der Zentralausschuß an der Zeit, daß Handel, Industrie, Groß- und Kleingewerbe ihre bisherige Reserve aufgeben und sich zu einer geschlossenen Kampforganisation zusammenschließen.“

Abwehrveranstaltungen gegen die Steuervorlagen.

Zu den vielen Protestveranstaltungen, die bereits angekündigt sind, kommt noch eine neue, die am 12. Juni in Berlin zusammenzutreten wird. Unter allen Protestkundgebungen dürfte diese die bei weitem bedeutendste werden; denn sie wird aranzigert vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und vom Zentralverband deutscher Industrieller.

Grundstücksverkäufe.

Der deutsch-sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Böhm hatte vor einiger Zeit die Grundbesitzer als Güterpekulanten bezeichnet, deren Familiensinn keiner besonderen Schonung bedürfe. Dem Dr. Böhm ist dies sehr übel gedeutet worden. Wie recht er aber hatte, weiß Professor Dr. Doornik in der „Voss. Ztg.“ an der Hand der Statistik nach. Er schreibt:

„Das zunächst den Eigentumswechsel einerseits durch Erbgang, Vermächtnis usw., andererseits durch Kauf, Tausch und Enteignung anlangt, bel allen Land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken über zwei Dekata Umfang, so lieferte das Jahrzehnt 1896 bis 1905 im Durchschnitt insgesamt 62.255 Fälle jährlich; davon entfielen 24.852 oder 39,7 Proz. auf Erbfälle, der Rest auf Käufe. Betrachtet man die einzelnen Jahre, soweit das vorliegende Material es gestattet, so stellen sich die entsprechenden Prozentfälle in den Jahren 1903 bis 1905 auf bezw. 39,1 Proz., 38,4 Proz., 38,6 Proz. Es scheint demnach keinem Zweifel zu unterliegen, daß der Anteil der Erbgänge und ähnlicher Fälle des Besitzwechsels zurückgeht, dagegen der Besitzwechsel infolge Kaufs usw. nicht nur absolut, sondern auch relativ zunimmt.“

Es muß demnach in den Kreisen der Agrarier doch nur noch sehr schwächlich um den „Gang an der Scholle“ und den „germanischen Familiensinn“ besorgt sein.

Oesterreich.

Agrarische Fleischvertenerungspolitik.

Wien, 2. Juni. Die Regierung wird morgen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorlegen betreffend die Errichtung einer staatlichen Viehverwertungszentrale, deren wichtigste Aufgabe die Förderung der Vieh- ausfuhr nach dem Auslande und eine bessere Organisation der Viehverwertung auf den inländischen Märkten sein soll.

Schweiz.

Fortschritte des Proporz.

Zürich, 2. Juni. (Eig. Ber.) Mit Freude verläßt das Zentralkomitee für die Initiative betreffend die Proporzationalität des Nationalrats, daß bereits 90.000 Unterschriften statt der erforderlichen bloßen 50.000 beisammen sind und zu erwarten steht, daß insgesamt 120.000 zusammenkommen werden. Diese Zahlen bedeuten einen schönen Erfolg der Unterschriften-sammlung und erwecken Hoffnungen auf die kommende Volksabstimmung.

Einen kleinen Fortschritt des Proporzgedankens errangen unsere Genossen im Großen Rat des Kantons Bern, indem sie in das Gesetz über die Verwaltungsberechtigungen die Bestimmung hineindrachten, daß auch den Minderheiten eine Vertretung im Verwaltungsrat eingeräumt werden müsse. Ferner wählte derselbe Rat unseren Genossen Abbot Dr. W. H. in Langenthal als sozialdemokratischen Vertreter

in das Obergericht, welche Wahl ebenfalls ein Erfolg des Proporzgedankens ist.

Frankreich.

Berühmte Leitungen.

Le Havre, 2. Juni. In der vergangenen Nacht sind vier telegraphische Leitungen an der Küste und zwei Leitungen nach England geschnitten worden.

Staatsmonopol für die drahtlose Telegraphie.

Paris, 8. Juni. Ein von der Regierung eingesetzter Ausschuß, an dessen Spitze der Akademiker Henry Poincaré steht, hat einen Gesetzentwurf zur Regelung der Funkentelegraphie ausgearbeitet. Danach dürfen auf französischen Gebieten oder an Bord französischer Schiffe funktelegraphische oder funktelephonische Vorrichtungen nur vom Staat oder mit seiner Ermächtigung aufgestellt werden. Verstöße gegen diese Vorschriften werden mit Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis zu 10.000 Frank sowie mit Verschlagnahme der Vorrichtungen bestraft. Die Vorrichtungen auf französischen oder auf fremden Schiffen in französischen Gewässern dürfen nur dann in Funktion treten, wenn durch sie nicht Mitteilungen oder Signale der staatlichen Telegraphen-Funkentationen aufgehalten werden. Das Aufhängen oder die Veröffentlichung funktelegraphischer oder funktelephonischer Mitteilungen wird mit hohen Geldbußen geahndet.

Türkei.

Kreta.

London, 2. Juni. (Eig. Ber.) Nach verschiedenen Zeitungsnachrichten zu urteilen, sind gegenwärtig die europäischen Mächte in Unterhandlungen über Kreta begriffen. Seit 1897 bezw. 1899 ist Kreta ein autonomer Staat unter der nominellen Oberhoheit des türkischen Sultans. Die Verwaltung ist im Grunde genommen griechisch, nur England, Italien, Frankreich und Rußland unterhalten dort Garnisonen, die aber nach dem vor einem Jahre gefassten Beschlusse der genannten vier Mächte zurückgezogen werden sollten. Wahrscheinlich wäre die Zurückziehung schon erfolgt, wenn nicht die jungtürkische Revolution und die nachfolgenden bulgarischen und bosnisch-herzegowinischen Wirren ausgebrochen wären, die teils die Mächte veranlaßten, eine abwartende Stellung anzunehmen, teils den Griechen den Gedanken suggerierten, dem bulgarischen und österreichischen Beispiel zu folgen und Kreta zu annektieren.

Sir Edward Grey, vor einigen Tagen über die kretensischen Angelegenheiten interpelliert, konnte nur sagen, daß England in der Zurückziehung der Garnison aus Kreta nicht faumfelig sei und daß die Lösung der kretensischen Frage große Schwierigkeiten biete. Es ist ohne Zweifel nicht leicht zu lösen. Die Jungtürken würden durch die Loslösung Kretas Leiden und in ihrer reformerischen Tätigkeit gehemmt werden. Andererseits sagen die Griechen, die Zukunft der Türkei sei so unsicher, daß es das Beste wäre, Kreta an Griechenland zu geben. Die Griechen sind bereit, der Türkei eine Abfindungssumme zu zahlen.

In England ist die Meinung geteilt, die konservativen Blätter meinen, man dürfe zu den Jungtürken Vertrauen haben, daß sie in Kreta zivilisierend wirken werden. Man solle deshalb Griechenland nicht gestatten, Kreta zu annektieren. Die radikalen Blätter sind indes der Ansicht, auch wenn die Jungtürken den vollen Erfolg hätten, müßte Kreta zu Griechenland geschlagen werden, da die Kretenser, d. h. die große Mehrheit, griechisch seien und deshalb national zu Griechenland gehören.

Die griechische Regierung und die griechischen Gemeinden in der Türkei sind selbstredend für die Annexion Kretas. Die Ereignisse der nächsten Monate dürften die Aufmerksamkeit Europas auf Kreta lenken.

Kurruhen in Arabien und Armenien.

Konstantinopel, 2. Juni. Wie verlautet, hat der Kommandant der Dementruppen das Verlangen nach der Entsendung von Truppen innerhalb zehn Tagen gestellt, da die Kurruhen unter den Arabern sich ausbreiten. Die Regierung erwiderte, die Entsendung von Soldaten in so kurzer Zeit sei undurchführbar, sie werde jedoch baldmöglichst erfolgen.

Depechen des armenischen Patriarchats zufolge wurden in Rusch dreizehn und in Harput fünf Armenier getötet. In beiden Fällen schritten die Behörden sofort ein und verhinderten die Ausbreitung der Pestepidemie.

Aus der Partei.

Die Geldquellen der „S. M.“

Der Verlag der „Sozial. Monatsh.“ erklärt im neuesten Heft „in eigener Sache“:

„Trotz der Erklärung, die der unterzeichnete Verlag im vorigen Jahre in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1908, 3. Band, S. 1250) abgegeben hat, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ am 18. Mai in einer Notiz, die sich mit einem Artikel des Genossen Fehlinger beschäftigt, das folgende: „Die unbekanntenen bürgerlichen Geldgeber dieser Zeitschrift (der „Sozialistischen Monatshefte“), deren Existenz ihr Herausgeber bestmöglichst heimlich selbst eingestehen mußte, können mit diesem Organ zufrieden sein.“ Um in Zukunft auch den bösmütigsten Verteilern eine Wiederholung derartiger Behauptungen unmöglich zu machen, hat uns der Genosse, der allein seit einer Reihe von Jahren uns die Herausgabe der „Sozialistischen Monatshefte“ ermöglicht hat und sie auch für weitere Jahre sicher gestellt hat, ermächtigt seinen Namen zu nennen. Genosse Dr. Leo Krons hat dem Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“ wiederholt größere Summen gegeben, die von diesem unter seinem Namen in die Gesellschaft, die den Verlag bildet, eingebracht worden sind; Genosse Krons wollte ebenso wenig wie auf die redaktionelle Haltung der Zeitschrift auf die Geschäftsführung irgend welchen Einfluss ausüben. Er hat sich nur vorbehalten, daß für die Annahme etwaiger Zuwendungen von anderer Seite seine Zustimmung eingeholt werden müsse; bisher hat er keine Veranlassung gefunden Einspruch zu erheben.“

Der Verlag der „S. M.“ tut ja außerordentlich sichtlich entsetzt und gebäugt gegen unser Leipziger Parteiblatt recht kräftige Worte. Hat aber doch verflucht wenig Anlaß dazu, da die Angabe der „Leipziger Volkszeitung“ durchaus stimmt. Gerade in der Erklärung auf Seite 1250 des 3. Bandes 1908, die in der jetzigen Erklärung eingangs erwähnt wird, hat der Verlag ausgedehnt, daß er Gelder von Leuten bekommen hat, die nicht zur Sozialdemokratie gehörten. Und so geht er denn jetzt auch über die Zeit, die vor der Reihe von Jahren liegt, da Genosse Krons die „S. M.“ unterhält, stillschweigend hinweg. Auch über die jüngste Vergangenheit und Gegenwart gibt er nicht volle Klarheit. Einmal sagt er, daß Genosse Krons allein die nötigen Gelder gibt, hinterher aber heißt es, Genosse Krons habe sich vorbehalten, daß für die Annahme etwaiger Zuwendungen von anderer Seite seine Zustimmung eingeholt werden müsse und daß er bisher keine Veranlassung gefunden habe, Einspruch zu erheben — woraus also geschlossen werden muß, daß auch in den letzten Jahren die „S. M.“ außer der Kronschen Subvention noch von ungenannten Personen Unterstützung erhielten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat nichts behauptet, was sie nicht verantworten kann, nur insofern ist sie im Irrtum, als sie meint,

daß die bürgerlichen Kreise, aus denen ein Geld in die Taschen der „S. M.“ floß, mit dieser Zeitschrift sehr zufrieden sein werden. Denn sie müssen sich schließlich doch mit getroffen fühlen von den „demokratischen Lämmerchwänzen“.

Im übrigen interessiert an der Erklärung, daß die „S. M.“ also aus eigener Kraft nicht bestehen könnten, sondern durch Zuwendungen des Genossen Krons (und anderer) müßig über Wasser gehalten werden. Daß sich Genosse Krons ein Verdienst um die Partei erwirbt, möchten wir bezweifeln.

Ein Helfer des Reichsverbandes.

In der letzten erschienenen Nr. 86 der „Neuen Zeit“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

In Nr. 21 vom 22. Mai der „Kommunalen Praxis“ beschäftigt sich ein A. mit meinem „Weg zur Macht“, den er als vollständig „verfehlt“ hinstellt. Die proletarische Revolution sei meine Privatmarotte, von der die Partei nichts wissen wolle. Da diese Weisheit von keinem Versuch einer sachlichen Begründung begleitet wird, brauche ich sie nicht zu beachten; die Privatmarotten eines beliebigen S. können mir völlig gleichgültig sein, auch wenn sie in einem Parteiorgan erscheinen.

Nicht gleichgültig aber kann es mir sein, wenn in einem Organ unserer Partei Verdächtigungen gegen mich ausgesprochen werden, die durch den Ort, wo sie erscheinen, ein gewisses Gewicht bekommen.

Den Mangel an sachlichen Einwürfen will S. dadurch erlegen, daß er in einem Punkte mein Beweismaterial zu diskreditieren sucht. Er schreibt:

„Zu dem Behufe (zu zeigen, daß wir mit einer proletarischen Revolution zu rechnen haben) bringt Kautsky diesmal eine Enttäuschung; nämlich die, daß das bekannte Wortwort von Friedrich Engels zu dem Buche von Karl Marx über die Klassenkämpfe in Frankreich — oft sein politisches Testament genannt — nicht den wahren Ansichten seines Verfassers entsprechen habe; Engels habe es so, wie es vorliegt, nur aus Rücksicht auf die damals drohende Umsturzworlage geschrieben, wie aus einigen Briefstellen zur Evidenz hervorgeht. Ob diese Stellen zu dem von Kautsky gewählten Beweis ausreichen oder ob sie nicht auch wieder „einiges gelitten haben“, das heißt ob sie nun Engels' definitive Meinung in der Sache enthalten, wird schwer zu ergründen sein.“

Daß die zitierten Briefstellen zu dem von mir „gewählten“ Beweis völlig ausreichen, wenn sie Engels' definitive Meinung enthalten, wagt auch S. nicht zu leugnen. Um ihre Beweiskraft aufzuheben, greift er daher zu dem Mittel der Verdächtigung: Es werde schwer zu ergründen sein, ob diese Briefstellen nicht auch wieder „einiges gelitten“ haben. Soll diese Phrase einen Sinn haben, dann kann es nur der sein, daß ich diese Briefstellen zu meinem Gebrauch zurechtgefälscht habe.

Ich fordere hiermit den Kritiker S. auf, klar und unzweideutig zu erklären, welchen Sinn er mit seiner Phrase verband. Ich fordere eine klare und unzweideutige Ehrenklärung oder eine ebenso klare und unzweideutige Anklage, auf die ich die Antwort nicht schuldig bin.

Das sollte noch, daß wir die Methoden des Reichsverbandes zur Diskreditierung revolutionärer Anschauungen in unsere Partei einbürgern lassen. A. Kautsky.

Eine internationale Kundgebung in Belgrad.

Der 7. Parteitag der serbischen Sozialdemokratie trat am 30. Mai in Belgrad zusammen. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Kolonialpolitik und die nationale Frage. 93 Delegierte, die 101 Mandate und 24 Parteiorganisationen vertraten, waren anwesend; zum Vorsitzenden wurde Genosse Dragisa Zaptschewitsch gewählt. Es in die Tagesordnung eingetragen wurde, fand auf dem Theaterplatz, unter freiem Himmel, eine große vieltausendköpfige Versammlung statt, die sich zu einer glänzenden Kundgebung der internationalen Solidarität des Klassenbewußten Proletariats und zu einer wichtigen Protestdemonstration gegen die Kriegshetze gestaltete. Es sprachen in dieser Versammlung die zahlreichen Vertreter, die die sozialdemokratischen Parteien der Nachbarländer entsandt hatten. So waren aus Oesterreich die Genossen Dr. Kenner, Remec, Dr. Soukup und Eibin Kristan, die den Abgeordnetenverband, die deutsche, die tschechische und die südslawische Partei vertraten, ferner aus Ungarn Genosse Wuhinger, Budapest, Genosse Khatow aus Sofia für die bulgarische und Gen. Dusan Celtsch aus Leskib für die serbische Sektion der türkischen Sozialdemokratie erschienen.

In allen Reden wurde die Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Nationen kräftig betont und die Verwegungsversuche der Chauvinisten aller Länder energisch abgewiesen. Der Vertreter der serbischen Sozialdemokraten in der Türkei, Genosse Celtsch-Leskib gab der zuversichtlichen Hoffnung auf baldiges Erscheinen der sozialistischen Bewegung in der Türkei Ausdruck, die alle griechischen, serbischen und bulgarischen Chauvinisten Komites auf die Dauer nicht hindern sollten, der Bulgare Khatow betonte, daß weder ihre Bourgeoisien, noch ihre Paven und Könige die Proletarier Bulgariens und Serbiens trennen sollten, der Ungar Wuhinger zeigte, daß jene, die vor kurzem am weitesten zum Krieg gegen Serbien gehetzt haben, auch die schlimmsten Bedrücker der ungarischen Arbeiterklasse sind. Ihnen habe der Krieg des ungarischen Proletariats zu gelten, den serbischen Brüdern aber drüde es die Bruderhand.

Genosse Dr. Kenner erklärte, daß die österreichische Parteivertretung mit Freude die Gelegenheit ergriff, um die Solidarität der österreichischen Arbeiterklasse mit der serbischen zu dokumentieren. Auf die Zeit des serbisch-österreichischen Konflikts hinweisend, sagte er: Wir haben gemeinsam mit Ihnen alles getan, was getan werden konnte zur Erhaltung des Friedens. Wir sind auf der Wacht geblieben wie Sie in Serbien; wir haben den harten Kampf geführt gegen unsere Militaristen und Kriegshetze, wie Sie gegen die Ihren. ... Unter lauten Beifall schloß er mit den Worten: „Auch die Balkanvölker werden zur Freiheit gelangen. Aber die Befreiung wird nicht durch den Militarismus, nicht durch den Chauvinismus der Bourgeoisie erfolgen. Durch eigene Kraft werden sich die Völker befreien im Zeichen des revolutionären Sozialismus, berechtigt in der Weltarmee der völkervereinenden Sozialdemokratie.“

Genosse Remec sagte u. a.: „Unsere Solidarität kam zum herrlichsten Ausdruck, als gewissenlose Interessengänger die Völker Europas gegeneinanderhetzen und die Bestie des Völkerrasses bis zum Wahnsinn aufpeitschten wollten. Als rühmlichem Wälder von Bajonetten starteten und die Gefahr eines blutigen Weltkrieges am nächsten war, da reichten wir uns die Bruderhände und bei uns und bei Ihnen erscholl der laute Ruf: „Wir wollen keinen Krieg! Wir wollen den Frieden!“ Wie Euer tapferer Genosse Saclerowitsch, so erklärten auch wir laut und vernehmlich: „Wir haben keinen Anlaß, uns die Schädel einzuhauen, wir haben nicht Lust, Blut zu vergießen für Interessen, welche nicht unsere sind!“ (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß behandelte Genosse Kristan-Zaptsch die nationale, die südslawische Frage und sagt darüber: „Die südslawische Frage besteht, aber die Bourgeoisie und ihre Särcer kennen sie nicht und verstehen sie nicht. Wir Sozialdemokraten aber haben schon den Weg zu ihrer Lösung beschritten, indem wir die Einheit des Proletariats und das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf unsere Fahne geschrieben haben. Nicht mit den Bourgeoisien feiern, sondern gegen sie werden die großen Fragen der Völker, auch die südslawische Frage gelöst werden; denn auch sie ist nicht eine Frage der Dynastien, der Kräfte, der Kapitalisten, sondern eine Frage des werktätigen Volkes, das auf dem betretenen Wege unbesirrt weiter schreiten wird unter dem glorreichen roten Banner, welches über unseren Häuptern weht. ... (Stürmischer Beifall.)“

Unter brausenden Jubelrufen auf die internationale Solidarität des Proletariats schloß dann Genosse Zaptschewitsch die Versammlung.

Scharfmacherei gegen die Tarifverträge.

In den Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zieht jemand gegen die Tarifverträge scharf vom Leder. Ein großer Teil unserer politischen Parteien und unserer theoretischen Sozialpolitiker sei gerade in der gegenwärtigen Zeit von der Idee des kollektiven Arbeitsvertrages hypnotisiert und propagiere die Einführung des Tarifvertragsgedanken in fast allen Gewerbebezügen. Alle diese Kreise bedächten aber nicht, daß der Tarifvertrag am letzten Ende einerseits auf eine außerordentliche Beschränkung der Rechte des Arbeitgebers, andererseits aber auf eine Kartellierung des betreffenden Gewerbebezuges auf Kosten der Konsumenten hinauslaufe. Der Buchdrucker tarif muß hierfür als abschreckendes Beispiel herhalten. Durch ihn sei bewiesen, in wieweit schnellem Tempo die Lohnfrage gefördert und die Vorkottierung der noch außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer allgemeinen Schematisierung und damit scheinbaren Gleichstellung der Konkurrenzverhältnisse gezwungen würde. Wer die gewerkschaftlichen Machtgehalte der Gewerkschaftsführer kenne, der wisse, daß sie danach streben, im inneren Geschäftsbetrieb mitzureden. Von weiteren Vergünstigungen für die Gehilfen bei einem neuen Tarifabschluß werde als von etwas ganz Selbstverständlichem geredet. Das geschehe aber alles zum Schaden der Konsumenten. Und nun gar die im Reichstage gestellten Anträge, Staatsaufträge nur an tariftreue Firmen zu vergeben, benachteiligten die Steuerzahler. Und so geht die Jeremiade fort.

Konsumenten und Steuerzahler werden hier also scharfgemacht, gegen die Tarifverträge Sturm zu laufen. Mit dem Vorwande, im Interesse des Vaterlandes und aus Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, mit Rücksicht auf die Konsumenten und Steuerzahler also wirken zu müssen, versuchen die Herren Scharfmacher, ihre wahren Absichten zu verhüllen: ihren starren Herrn-im-Haule-Standpunkt zu wahren und sich unbeschränkt den Säckel zu füllen. Auf diese Finte fällt nur kein Mensch mehr hinein. Unter der dürrigen Hülle des Prozentpatriotismus schimmert allzu deutlich der nackte Egoismus des profitstüchtigen Kapitalisten hindurch.

Berlin und Umgegend.

Der Stand der Bewegung im Klempnergewerbe.

In einer allgemeinen Klempnerversammlung, die am Mittwochabend in den „Andreaskäfen“ stattfand, referierte Adolf Cohen über den Stand der Streikbewegung. Zugleich berichtete er über die am letzten Freitag stattgefundene Aussprache mit den Arbeitgebern. Diese „Aussprache“ sollte bekanntlich schon eine Woche früher stattgefunden, was aber unter einem nichtigen Vorwand abgefragt wurde. Die Vertreter der Arbeitnehmer waren bereit zu erscheinen, sie hatten auch auf eine Anfrage vom Gewerbegericht ihre Vereinwilligkeit zu Verhandlungen erklärt; die Arbeitgeber dagegen hatten auf eine gleiche Anfrage, ob sie vor dem Einigungsamt erscheinen wollten, ablehnend geantwortet. Bei den Verhandlungen am letzten Freitag traten die leitenden Klempnermeister vollständig in den Hintergrund. Das Wort führten Heuer, Dr. Wieland und Rasse vom Unternehmerkartell im Baugewerbe. Der Vorstand im Unternehmerkartell wollte als „Unparteilicher“ gelten, der beide Parteien eingeladen habe und vermitteln wolle. Die Vertreter der Arbeitnehmer ließen keinen Zweifel darüber, daß sie die Unparteilichkeit des Vorstandes im Unternehmerkartell nicht anerkennen könnten. Dies aber sollte kein Hindernis sein, in Verhandlungen einzutreten. Die nun folgende Aussprache drehte sich hauptsächlich um die Affordarbeit. Von seiten der Arbeitgeber wurde versucht, die Affordarbeit irgendwie annehmbar zu machen. Sie meinten, es sollte niemand gezwungen werden, Affordarbeit zu leisten, aber es müsse jedem freigestellt werden, Affordarbeit zu übernehmen. Natürlich erkannten die Vertreter der Arbeitnehmer, daß es sich bei jedem Zugeständnis in dieser Richtung um die Freigabe der Affordarbeit überhaupt handelt. Sie betonten, daß die geheime Abstimmung, die zu Beginn des Kampfes über die Frage der Affordarbeit vorgenommen wurde, jede Konzession verbiete. Man verwerfe nicht die Affordarbeit an sich, denn in den Berufen der Metallarbeiter werde die Affordarbeit nicht selten gepflegt. Bei den Bauklempnern sei nur die Erkenntnis maßgebend, daß sie bei dem „Afford“ Leben und Gesundheit riskieren müssen, um zu einem Verdienst zu kommen, wie sie ihn jetzt durch die Lohnarbeit haben. Cohen meinte, was die Leistungsfähigkeit betreffe, so könnte vielleicht die Schlichtungskommission im Laufe der nächsten Vertragsdauer die Aufgabe übernehmen, festzustellen, welche Anforderungen an eine Durchschnittsleistung eines Bauklempners zu stellen seien. — Man rühte durch die Aussprache keinen Schritt weiter.

Die Vertreter der Arbeitnehmer machten dann den Vorschlag, daß die Frage gemeinsam dem Einigungsamt zur Entscheidung übertragen werden sollte. Heuer wünschte, daß die Arbeitnehmer sich an das Einigungsamt wenden; die Vertreter dieser aber erklärten, zu einem solchen Schritt bei dem Stand der Dinge keine Veranlassung zu haben. Darauf meinte Heuer, es sei doch auch möglich, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts an die Parteien herantrete. Ganz erstaunt erwiderte Cohen, daß eine solche Einladung doch bereits ergangen und von den Vertretern der Arbeitgeber abgelehnt worden sei. Mit Verwunderung hörten die Klempnermeister davon; sie hatten bisher nichts von dieser Einladung gewußt und nichts von der Weigerung, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Das „Mißverständnis“ aufzuklären, schlug Cohen vor, sofort telephonisch bei Herrn von Schulz anzufragen, und zwar gemeinsam. Das wollten die Vertreter der Arbeitgeber nicht. — Man war nicht schlüssig darüber, was weiter zu tun sei. Ein bestimmtes Resultat gewann die Aussprache nicht. — Der Vorsitzende Dietrich teilte der Klempnerversammlung mit, daß bis Mittwochabend

123 Firmen

dem Tarifverträge der Arbeitnehmer beigetreten seien. — Eine Telephonatschaft wurde der Versammlung übermittelt, nach welcher noch am Abend vom Gewerbegericht bei dem Verbandsbureau angefragt worden war, ob die Arbeitnehmer zu Verhandlungen bereit seien. Anscheinend ist jetzt die Zustimmung von seiten der Arbeitgeber vorhanden.

Cohen hatte in seinem Referat noch einmal die Meinung der Versammelten über die Affordarbeit herausgefordert und in der Diskussion wurde von allen Seiten mit Heftigkeit jede Konzession nach dieser Richtung hin verworfen. Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung der Bauklempner steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß an eine Einführung der Affordarbeit im Bauklempnerberuf nicht zu denken ist. Unter keinen Umständen denken die Bauklempner daran, die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu lassen.“

Cohen erklärte, daß die Versammelten beruhigt sein dürfen, die Vertreter der Arbeitnehmer kennen bei eventuellen Verhandlungen ihre Pflichten und ohne die Zustimmung der versammelten Kollegen würden keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden. Er ermahnte die Streikenden noch, in dem Kampf, den sie neun Wochen lang mit Energie geführt haben, nicht zu erlahmen und besonders der Abwehr der Streikbrecher die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Transportarbeiterverband

hätte naturgemäß die Wirkung des ungünstigen Wirtschaftsmarktes am ehesten spüren müssen. Denn wenn die Industrie geringere Aufträge hat, stößt Handel und Verkehr. Wenn aber die Güterbewegung, die Ein- und Ausfuhr, einen beträchtlichen Rückgang aufweist, so müssen Transportarbeiter vielfach beschäftigungslos sein. Große Arbeitslosigkeit aber hemmt die Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisationen. Wenn daher im vergangenen Jahre, dem Jahre einer heftigen Krise, die Gewerkschaften nicht entfernt den Mitgliederrückgang aufzuweisen hatten, wie in früheren Krisenjahren, so ist das ein lebendiges Zeichen von der inneren organisatorischen Stärke unserer Gewerkschaften und dem in der deutschen Arbeitererschaft festgewurzelten Gedanken von der Notwendigkeit der Organisation. Das trifft in reichem Maße vom Transportarbeiterverbande zu. Zwar wie im Jahre 1908 die Ausfuhr. Doch die Einfuhr hatte ein Minus von 83 Millionen 670 456 Doppelzentnern zu verzeichnen. Ebenso zeigten die Einnahmen aus dem Güterverkehr ein Minus von 29 Millionen 568 432 M.

Trotzdem hatte der Transportarbeiterverband im Jahre 1908 nur einen Verlust von 1215 Mitgliedern; die Mitgliederzahl betrug 87 746, darunter 4378 weibliche, Neuaufnahmen waren 29 438 und Uebertritte aus anderen Verbänden und lokalen Berufen 3578, das sind 13 071 weniger als im Vorjahre. Die Zahl der männlichen Mitglieder weist einen Rückgang von 2064 gleich 2,4 Proz. auf, während die der weiblichen eine Zunahme von 849 gleich 24,1 Proz. ausmacht. Außerdem hatte der Verband 1242 jugendliche Mitglieder gegenüber 1124 im Vorjahre. An der Gesamtmitgliedschaft sind beteiligt: Hausdiener und Voder mit 29 Proz., Kutscher und Fuhrleute mit 25 Proz., Hilfsarbeiter verschiedener Art mit 11,8 Proz., Expeditionsarbeiter mit 11 Proz., Droschkenführer mit 5 Proz., Arbeiterinnen mit 5 Proz., Bierführer mit 3,8 Proz., Straßenbahnführer mit 3,4 Proz., Kohlenarbeiter mit 3,3 Proz., Feintierpöcher mit 1,2 Proz. und diverse Berufe mit 0,8 Proz. In 206 Orten waren 304 Mitgliedschaften vorhanden; 40 wurden neu gegründet, 17 lösten sich auf und 6 schlossen sich anderen Verwaltungseinheiten an. — Sehr erfreulich ist es, daß die Stabilität der Mitgliedschaft sich günstig weiterentwickelt hat. Die Zahl der bis zu drei Jahre dem Verbandsangehörigen Mitglieder beträgt 68 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, gegen 72 Proz. im Jahre 1907 und 76,9 Proz. im Jahre 1906. Besonders bewiesen aber wird das dadurch, daß von den 29 438 neu aufgenommenen Mitgliedern noch 22 597 am Jahreschlusse dem Verbandsangehörigen.

Die Zahl der Lohnbewegungen hatte eine Abnahme zu verzeichnen, die der Abwehrbewegungen und Aussperrungen eine Zunahme. Trotzdem konnten 90,8 Proz. aller Lohnkämpfe mit Erfolg beendet werden, ein Erfolg, der hinter dem des Vorjahres nur um ein ganz Geringes zurückbleibt. 394 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen wurden in 101 Orten geführt, von denen 1686 Betriebe mit 18 419 Beschäftigten betroffen wurden; 18 689 beteiligten sich an den Bewegungen. Angriffsbewegungen waren 307, Abwehrbewegungen 81. Mit Erfolg für die beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen konnten 33,8 Proz. der Angriffsbewegungen, 81,5 Proz. der Abwehrbewegungen und 50 Proz. der Aussperrungen beendet werden.

Die Zahl der abgeschlossenen Tarife betrug 158, die 1087 Betriebe mit 8668 vertragsbeteiligten Arbeitern umfassen. Auch der Kassenschluß ist ein günstiger. Die Einnahmen aus den Beiträgen erhöhten sich um 61 612,35 M., sie betragen 3 717 599 M. Die Beiträge zum Streikfonds wiesen eine Zunahme von 10 760,27 M. auf, sie betragen 35 798,35 M. Das Vermögen der Hauptkasse betrug 468 125,63 M., das der Ortskassen 244 880,80 M.

Die Zentralleitung des Verbandes entwickelte ferner auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes eine äußerst rege Tätigkeit im Interesse der Transportarbeiter. Alles in allem ein rühmliches Arbeitsjahr, das die mühselige Arbeit der Kämpfer im Transportgewerbe durch recht beachtenswerte Erfolge auszeichnete.

Tarifbewegung der Rotensteher Deutschlands.

Der zwischen dem Verein der Rotensteherinnen und dem Rotenstehergehilfenverbande abgeschlossene Tarif läuft am 30. Juni 1909 ab. Aus diesem Grunde hat die Generalversammlung des Gehilfenverbandes den Vorstand beauftragt, Verhandlungen mit dem Unternehmerverband anzuknüpfen, um die Tarifgemeinschaft zu verlängern. Als Grundlage der Verhandlungen sollen 1. die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 8 1/2 resp. 9 Stunden auf 8 Stunden, 2. eine dementsprechende allgemeine Tarifaufbesserung, 3. einige präzisere Forderungen im Wortlaute des Tarifs dienen. — Die Unternehmer haben geantwortet, daß sie bereit wären, in Unterhandlungen zu treten, und werden dieselben nächste Woche ihren Anfang nehmen.

Tarifdifferenzen im Dampfsäge- und Hobelwerk in Düsseldorf.

Der zwischen dem Verbands der Hosenarbeiter und der Firma Brüggmann u. Sohn, Dampfsäge- und Hobelwerk in Düsseldorf bestehende Tarif läuft am 1. Juli dieses Jahres ab. Die Firma will nun Lohnverabredungen von 10 bis 12 Proz. vornehmen. Da die Arbeitgeber dieses Ansinnen ablehnten, hat die Firma am letzten Sonnabend den Tarif gekündigt, so daß es aller Voraussicht nach zum Kampfe kommen wird. Die Firma versucht schon jetzt arbeitswillige heranzuziehen, die Nichtverbandsmitglieder sein müssen. Es kommen für das Werk etwa 70 Arbeiter in Betracht, die zum größten Teile verheiratet sind. Die Situation ist für die Arbeiter günstig, wenn es gelingt, den Zugang fernzuhalten.

Ausland.

Der Schweizerische Typographenbund hielt während der Pfingsttage seine Delegierten- und Generalversammlung in Zürich ab. Es wurde einem Kartellvertrag mit den übrigen Verbänden der graphischen Gewerbe zugestimmt und den Sektionen empfohlen, mehr gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten. Anträge betreffend die Erhöhung der wöchentlichen Altersrente von 18 auf 24 Fr. und Veranlassung einer ärztlichen Enquete unter den Buchdruckergehilfen, um im Hinblick auf die immer mehr um sich greifende Tuberkulose eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, wurden abgelehnt. In besonderer Tagung verwarfen die Maschinensetzer einstimmig den neuen Tarifvertragsentwurf, weil er nicht auch für die Werkbetriebe die 8 1/2stündige Arbeitszeit enthält.

Der drohende Riesenkampf im englischen Bergbau.

Das Zentralkomitee der großbritannischen Bergarbeiterorganisation, bestehend aus Edward, Abraham und Aston, wird nochmals versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Zu dem Zwecke soll am 17. Juni eine Konferenz der Bergarbeiter von ganz Großbritannien stattfinden, die sich mit den Differenzen in Süd-Wales und in Schottland beschäftigen und die zu unternehmenden Schritte beschließen soll.

Die Arbeitervertreter hoffen, daß auf der Konferenz am 17. Juni eine Einigung erzielt wird. Sollte das nicht der Fall sein und sollte auch nur in einem Distrikt keine Einigung erzielt werden und es läme zu einem Streik, dann verlangen die Arbeiter der betreffenden Distrikte, daß sämtliche Reviere in den Streik einreten sollen. Es läme dann also zu einem Generalstreik, an dem circa 700 000 Bergarbeiter beteiligt wären.

Die Bergarbeitervertreter wünschen, daß eine Einigung zustande kommt, sie lassen aber auch keinen Zweifel darüber, daß sie eventuell durch den Kampf eine Lohnreduktion oder eine Verschiebung der Schichtzeit ablehnen werden.

Vor und nach der Zollserhöhung.

In unerfälliger Begehrlichkeit langt das Agrarierturn nach immer neuen Liebesgaben und Steuerprivilegien. Wer da glaubte, die feudalen Edelinge würden mit der Deute des neuen Zolltarifs sich begnügen, sind bitter getäuscht worden. Besonders die im Hauptwasser des Zentrums segelnden katholischen Arbeiter müssen erkennen, daß sie schamlos belogen und betrogen worden sind. Nur um einen kaum merklichen Betrag sollten angeblich die Brotgetreidepreise steigen und die Mehreinnahmen würden vorwiegend dazu dienen, die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande zu verbessern. So erzählten fromme Demagogen. Auch versicherten sie, die neuen Handelsverträge mit höheren Zollsätzen würden der Industriearbeiterschaft stabilere Erwerbsgelegenheit und höhere Löhne bringen. Und was war die Folge der neudeutschen Wirtschaftspolitik? Sie hat die Krise verschärft, die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert, die Lebensmittelpreise ganz enorm hinaufgeschossen lassen und der Haß der Liebesgabenempfänger gegen die Arbeiter ist ausschweifender denn je! Einen interessanten Vergleich über die Preisveränderungen, die für Getreide und Brot seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge eingetreten sind, ermöglichen die Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Danach kostete:

Table with 4 columns: Item, März 1908, März-April 1909, Die Preissteigerung beträgt:
Brotgetreide, Roggenbrot, 1 kg Pfg., 23,51, 29,14, 5,63
Weizenbrot, 1 kg, 42,16, 52,07, 9,91
Roggen, 1000 M., 139,84, 171,68, 31,84
Weizen, 1000 M., 173,65, 230,81, 57,16
Roggenmehl, 100 kg, 17,10, 21,82, 4,72

Preissteigerungen von 5,63 Pf. für ein Kilogramm Roggenbrot und von 9,91 Pf. für ein Kilogramm Weizenbrot sind zweifellos ganz horrend. Drückt man die eingetretenen Erhöhungen in Prozenten aus, ergibt sich dieses Bild:

Table with 2 columns: Item, Preissteigerung
Roggen, 22,77
Weizen, 32,92
Roggenmehl, 27,60
Weizenbrot, 23,51
Roggenbrot, 23,94

Das sind die „kleinen“ Preissteigerungen! Und aus Dank für das Geschenk an die Agrarier, als Gegengabe für die den Konsumenten aufgewälzten Lasten, feiert das Junkertum im Bunde mit dem Zentrum wahre Orgien des Arbeiterhasses. Dem arbeitenden Volke sollen neue indirekte Steuern aufgebürdet werden, damit das Liebesgaben schluckende Agrarierturn lastenfrei bleibt. Ja, bei der Gelegenheit der Reichsfinanzreform versucht man nicht nur, die Großgrundbesitzer und Feudalherren zu schonen, diesen Herrschaften sollen sogar noch neue Vorteile zugeschanzt werden. Mit dem geplanten Kaffeezoll hofft man das Geschäft der junkerlichen Schnapsbrenner zu heben, und die Mühlenumsatzsteuer soll die Brotpreise noch höher schrauben. Es ist wahrlich eine Lust, notleidender Großgrundbesitzer zu sein!

Konkurs Eyd u. Straffer. Ueber die bereits erwähnten Ansprache der Berliner Handelsgesellschaft (Herrn Hirstenberg) hat sich eine Verständigung nicht erzielen lassen. Der Aufsichtsrat der A.-G. vormals Eyd u. Straffer hat deshalb den Vorstand ersucht, den Konkurs anzumelden.

Ueberfluß an Arbeitskräften.

Die Arbeitsgelegenheit in der Metallindustrie hat sich im April weiter verschlechtert. Der Andrang hat eine Höhe erreicht, die nicht allein im Vergleich zu den anderen Gewerben, sondern vor allem auch im Vergleich zu den Vorjahren auffallend ist. Auf je 100 offene Stellen in der Metallindustrie kamen nämlich im April der letzten Jahre Arbeitsuchende:

Table with 4 columns: Year, Open positions, Applicants, Ratio
1906, 138,8, 216,7
1907, 132,3, 321,6
1908, 138,8, 216,7
1909, 132,3, 321,6

War schon der April 1908 ein Monat mit außerordentlich hohem Andrang, so sieht der April 1909 mit einem Andrang von 321,6 in den letzten Jahren doch beispiellos da. Ganz besonders hoch ist der Andrang unter den Drehern, Wälzern, Gießern, Formern, bei denen er bis auf 688,6 stieg. Bei den eigentlichen Metallarbeitern ist der Andrang ebenfalls ungewöhnlich hoch; er stellte sich hier im April auf 543,3. In etwas weiterem Abstände folgen sodann Bauhilfsarbeiter, Blechler und Schmiede; bei letzteren kamen auf je 100 offene Stellen 250, bei Bauhilfsarbeitern 418. Von den verschiedenen Landesstellen weisen besonders Rheinland-Westfalen und Hessen-Rhania, Schleswig-Holstein, Württemberg und Baden einen außerordentlich hohen Ueberfluß an Metallarbeitern auf. Auch Berlin, Hamburg und Bremen ragen mit einem ungewöhnlichen Andrang hervor. Im Rheinland beläuft sich der Andrang der Metallarbeiter auf 472, in Hamburg auf 466; Schleswig-Holstein, in dem Riel den Ausschlag gibt, weist gar einen Andrang von 858 auf.

Ein Konserventruß. Die spanische Konserventindustrie ist in den letzten Jahren riesig gewachsen. Außer der Fruchtbarkeit einzelner Landesteile gab insbesondere das Meer, der Fischreichtum der Küste, die Grundlage zu dem gewaltigen Wachstum. Viele Konserven aus Spanien, insbesondere Sardinen, kommen unter englischer und französischer Flagge auf den Weltmarkt. Die Ausfuhr Spaniens an Konserven hatte 1900 erst einen Wert von 18,7 Millionen, 1908 aber schon von 86,9 Millionen Mark, darunter für 26,4 Millionen Mark Fischkonserven. Jetzt ist ein Konserventruß gegründet worden, der die vorläufige Aufgabe hat, einzelne Teile des Fabrikationsbetriebes zusammenzuschließen, und durch Ankauf nach vertraglich festgelegten Regeln die sonstigen Produkte konkurrenzfrei zu machen. Das Vorhaben ist von weittragender Bedeutung. Die arme Bevölkerung begehrt, daß die Sardinen, die für sie das billigste Nahrungsmittel bildet, seitdem das Fleisch für das Volk zum Luxusartikel geworden ist, erheblich im Preise steigen werden. Jetzt schon eingetretene Aufschläge beweisen, daß solche Befürchtungen nicht unbegründet sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß

zwischen dem Straßenbahnwagen Nr. 1531 der Linie 95 und der Autodroschke Nr. 1367 ereignete sich gestern Abend um 9 1/2 Uhr an der Ecke Ludauer und Dranienstraße. Die Kraftdroschke, welche aus der Ludauer in die Dranienstraße einbiegen wollte, fuhr mit voller Gewalt in den Straßenbahnwagen hinein. Bei dem Anprall wurde der Fahrgast der Autodroschke, ein älterer Herr, durch das Coupéfenster geschleudert, so daß derselbe auf dem Chausseestry zu liegen kam. Er trug sehr schwere Verletzungen durch Glassplitter davon und wurde mittels Droschke nach der Unfallstation in der Adalbertstraße 9 gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Waldbrand.

Gifhorn, 3. Juni 1909. (B. Z. W.) Ein großer Wald- und Heidebrand, dem etwa 5-6000 Morgen zum Teil fiskalischen Forstes zum Opfer gefallen sind, wütete in den Kreisen Gifhorn und Izenhagen. Zur Hilfeleistung war gestern Abend vom Truppenübungsplatz Münster und aus Hannover Militär requiriert worden, das jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte, weil der inzwischen eingetretene Gewitterregen das Feuer gedämpft hatte.

Der Pastor Grote aus Ehra Harb bei der Hilfeleistung infolge Mißschlages: ein Förster konnte nur mit Mühe gerettet werden. Viel Wild ist in den Flammen umgekommen.

20. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Berlin, den 3. Juni 1909.

Vierter Verhandlungstag.

In der Vormittags-Sitzung führte Caeluwart-Belgien den Vorsitz.

Zunächst wurden die drei gestern mitgeteilten Resolutionen auf Verbesserung der Alters- und Unfallversicherung der Bergarbeiter einstimmig angenommen. Dann wandte sich der Kongreß der Frage der

„Frauen- und Kinderarbeit“

zu. Deutschland beantragt:

Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der Bergwerksindustrie überhaupt gesehlich zu verbieten, ebenso die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren.

Oesterreich verlangt, in allen Staaten dahin zu wirken, daß die Frauenarbeit in den Bergwerken gesehlich verboten wird.

Der Referent Graf schildert die Beschäftigung der Kinder in den Bergwerken als eins der traurigsten Kapitel. Um so bedauerlicher sei, daß der internationale Bergarbeiterkongreß bisher in dieser Frage noch nie einen einmütigen Beschluß gefaßt hätte. Dabei steige die Beschäftigung von Kindern von Jahr zu Jahr und zwar am stärksten dort, wo die Zentrumsparteien dominieren. So würden in Belgien zahllose Kinder vom 12. Jahre ab unter Tage beschäftigt, und ihre Arbeitszeit sei ebenso lang wie die der Erwachsenen. In Deutschland sei die Kinderarbeit besonders in Oberschlesien und Mansfeld, also dort, wo die allerfrömmsten und allerpatriotischsten Bergherren saßen, verbreitet. Zurzeit ist in Deutschland die Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren unter Tage verboten, aber Ausnahmen würden zugelassen, und zwar in solchem Maße, daß circa 2000 bis 3000 Kinder unter Tage tätig sind. In Oberschlesien werden die Kinder mit dem Fortschreiten des Kohlenstaubes beschäftigt und ihre Zahl steigt fortwährend. In dem einen Bezirk Ratibor sei die Zahl der unterirdisch beschäftigten Kinder im letzten Jahre von 23 auf 89 gestiegen und dabei haben die dortigen Bergwerksaufsichtsbeamten noch den wohlthuenden Einfluß der Arbeit unter Tage auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder herbor. Am schlimmsten seien die Zustände in Großbritannien. Hier würden 48 000 Kinder im Alter von 13 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt und 18 000 oberirdisch. (Hört, hört!) Leider habe man auf jeder internationalen Tagung von den britischen Kameraden immer nur gehört, daß sie zu dieser Frage noch keine Stellung genommen hätten. Das müsse allmählich doch den Glauben erwecken, als scheuen die Engländer sich, an diese Frage heranzutreten. (Sehr wahr.) Sie hätten doch wahrlich Gelegenheit, die grauenvolle Verheerung zu sehen, die die Arbeit in den Bergwerken an Leib und Seele der Kinder herborbrufe. Sollten die englischen Kameraden diesmal eine ähnliche Erklärung wie sonst abgeben, so hoffen die deutschen wenigstens, daß es zum letzten Male geschieht und daß die Engländer sich endlich zu einer energischen Propaganda in ihrer Organisation und im Unterhause entschließen, um den kulturwidrigen Zustand zu beseitigen. (Lebh. Beifall!)

Bohl-Oesterreich schließt sich den Ausführungen des deutschen Kameraden vollständig an und weist auf die österreichischen Verhältnisse hin, wo etwa 6000 jugendliche Arbeiter im Bergbetriebe beschäftigt sind. Das Gesetz lasse die Beschäftigung von Kindern im Bergbetriebe nur für solche Arbeiten zu, die die körperliche Entwicklung nicht benachteiligen. Die Statistik zeigt aber, daß die jugendlichen Bergarbeiter häufiger erkranken, als die anderen Bergarbeiter und zwar um 19 Proz. mehr. Das beweise, daß dem Gesetz nicht vollkommen entsprochen wird. Das Verbot der Frauenarbeit sei eine selbstverständliche Forderung. Die Frau sei ihrer Natur nach nicht dazu geeignet, einen so schweren Beruf auszuüben. Ihre Arbeitskräfte würden nur verwendet, weil sie um 50 Proz. billiger seien als die der Männer. (Hört, hört!)

Wizorek-Oberschlesien fordert gleichfalls das völlige Verbot der Frauenarbeit, das besonders für Oberschlesien von größter Bedeutung sei. 90 Proz. aller im Bergbau beschäftigten

Frauen (1028) werden gerade in Oberschlesien vom Kapital ausgebeutet.

Straker-Nordhumberland gibt im Namen der britischen Delegation die Erklärung ab, daß sie auch diesmal sich neutral verhalten müsse, weil sie die Mitglieder in dieser Frage nicht befragt habe. (Rufe bei den Deutschen: Hört, hört! und Traurig!) Es sei zu bedenken, daß Kinder unter 14 Jahren nur wenig in englischen Gruben beschäftigt seien. (Rufe: 6000!) Ihrer Beschäftigung stünde entgegen, daß jedes Kind ein Zertifikat der Unterrichtsbehörde vorlegen müsse, daß seine Erziehung vollendet sei, und diese Zertifikate seien schwer zu erhalten. Die meisten Kinder seien in Gruben erst vom 14. Lebensjahre ab tätig. Das Verbot der Frauenarbeit sei kein Problem für England mehr. Schon 1844 habe die englische Gesetzgebung die Frauenarbeit unter Tage gesehlich verboten. Auch damals schrien die Industriellen, sie würden ruiniert, und seitdem ist der englische Bergbau der größte der Welt geworden. (Hört, hört!) In England gäbe es jetzt eine großartige Frauenbewegung. Die Suffragettes erklärten aber, daß die Frauen ihr Schicksal selber bestimmen müßten und daß es nicht angehe, daß die Männer Gesetze zum Schutze der Frauenarbeit machten. Sollte es den englischen Frauen aber gelingen, das Stimmrecht zu erhalten, so würden sie jedenfalls auch erkennen, daß keine Arbeit für den weiblichen Körper so unpassend sei wie die Arbeit in Bergwerken, und diese verbieten.

Der nächste Redner, Dejardin-Belgien, fordert das völlige Verbot der Kinderarbeit. Die Unternehmer freilich sagen, wenn ein Junge nicht mit 13 Jahren in die Grube fährt, dann wird er niemals ein tüchtiger Bergmann. (Hört, hört!) Das sei freilich ein großer Unsinn. Erst siehe dagegen, daß die Jungen, die seit dem 12. Jahre bereits im Bergwerk arbeiten, schwer für die Organisation zu gewinnen seien, weil ihre Bildung außerordentlich mangelhaft sei und sie jedes Interesse an geistigen Dingen verlieren. (Sehr wahr!)

Begant-Frankreich: Die französische Delegation steht auf demselben Standpunkt wie die englische. (Hört, hört!) Sie wird sich neutral verhalten. Ähnlich wie in England ist in Frankreich ein Zertifikat über die vollendete Erziehung beizubringen, wenn Kinder im Bergbau beschäftigt werden sollen. Immerhin arbeiten 8500 jugendliche Personen im Alter von 13-16 Jahren unter Tage. Jugendliche Personen im Alter von 16-18 Jahren seien 8300 unter Tage und 6400 über Tage beschäftigt. In den Kohlenfeldern Vos de Calais und dem Norddepartement seien die Löhne der Väter so niedrig, daß sie die Löhne der Kinder unbedingt nötig hätten, um sich durazuschlagen. (Hört, hört!) Die Organisation suche das Einkommen der Väter zu verbessern. Ist dies gelungen, werde es leichter sein, die Frage der Kinderarbeit zu regeln. Im Prinzip seien die Franzosen mit dem Verbot einverstanden, in der Praxis aber müßten sie sich neutral verhalten.

Leblanc-Belgien tritt für die Resolution auf Verbot der Frauenarbeit ein. Es sei Pflicht der Gewerkschaften und der Sozialisten, die Schwachen zu schützen. Die Frauen mit ihren niedrigen Löhnen drücken auf die Männerlöhne. Daß die Arbeit in den Bergwerken keine für die Frauen passende Beschäftigung sei, bewiesen die schwächlichen Kinder der Bergarbeiterfrauen. (Lebhafte Zustimmung.) Es würde viel richtiger sein, wenn die jungen Mädchen Unterricht in der Führung des Haushaltes erhielten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Agitation für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, wie es die Suffragettes betreiben, sei ja sehr schön. Sie wollten keine Männergesetze haben. Aber statt soviel auf den Straßen spazieren zu gehen, sollten die Suffragettes einmal in die Fabriken hineinsteigen und sehen, wie es ihren Arbeitsschwestern ginge. (Lebhafte Zustimmung.) Oder sie sollten in die Bergwerke gehen, dort würden sie barfüßige, mit Kohlenstaub bedeckte weibliche Arbeitskräfte finden. (Lebhafte Zustimmung.) Redner betont nachdrücklich die Notwendigkeit für die Gewerkschaftler, sich mit Politik in allen öffentlichen Körperschaften zu befassen.

In der Abstimmung wird die Resolution auf Verbot der Kinderarbeit von der deutschen, österreichischen und belgischen Delegation einstimmig angenommen. Die französische und englische Delegation enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution auf Verbot der Frauenarbeit wird einstimmig angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung

wurde über die Frage der

Einführung des gesehlichen Achtstundentages verhandelt. Es lag hierzu zunächst ein Antrag der Föderation Großbritanniens vor:

Der internationale Kongreß nimmt mit Freuden von dem Erfolge der britischen Bergarbeiter Kenntnis; während er sie dazu beglückwünscht, auf parlamentarischem Wege einen Achtstundentag erreicht zu haben, betont er zu gleicher Zeit die Notwendigkeit, die Agitation mit unverminderter Kraft weiter zu führen, bis ein Achtstundentag, bei dem die Ein- und Ausfahrt eingeschlossen ist, für alle Bergarbeiter Europas gesehlich festgelegt ist.

Das englische Parlamentsmitglied B a d s w o r t h begründete diese Resolution mit dem Hinweis auf das jetzt im englischen Parlament zur Verabschiedung gelangte Vergesetz, das den Achtstundentag bringt. Leider nicht den Achtstundentag, in den die Ein- und Ausfahrt einbegriffen ist, sondern nur den Achtstundentag für die effektiv geleistete Arbeit. Für diesen Achtstundentag werden die englischen Arbeiter nach wie vor mit aller Kraft kämpfen. Sie stoßen dabei auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer, die hier nicht nur vom Ruin des Bergbaus, sondern sogar vom Ruin des ganzen englischen Staates gesprochen haben. (Zuruf bei den Deutschen: Ganz wie bei uns!) Auch das Gespenst der völligen Anarchie hat man an die Wand gemalt. Dabei kann der Bergbau durchaus weitere sozialpolitische Lasten tragen, denn die Profite der Besenherren sind dauernd gestiegen. Sie betragen auf manchen Zechen bis zu 150 Proz. (Lebhafte Hört, hört!)

L a m a n d i n -Frankreich trat für einen Antrag seines Landes ein, der die Zeit gekommen hält, daß einschließlich Ein- und Ausfahrt für alle in der Bergwerksindustrie beschäftigten Ober- und Untertagsarbeiter der Achtstundentag eingeführt wird. Er beglückwünschte die englischen Kameraden zu ihrem Erfolge, forderte sie aber auf, ihre Bemühungen fortzusetzen, um für alle europäischen Bergarbeiter den Achtstundentag zu erreichen. Die französischen Bergarbeiter agitieren seit 20 Jahren für den Achtstundentag. Eine längere Arbeitszeit macht den Bergarbeiter müde, so daß er auf die Sicherheitsvorschriften nicht mehr richtig achten kann. (Sehr richtig!) Auch verhindert ihn eine längere Arbeitszeit an der Ausübung wichtiger politischer und staatsbürgerlicher Rechte. Aus allen diesen Gründen muß der Achtstundentag gefordert werden. (Lebhafte Beifall.)

M a r o i l l e -Belgien empfahl dem Kongreß die Annahme des folgenden Antrages seiner Nation:

Die Arbeitszeit soll auf acht Stunden mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt beschränkt werden. Wo die Temperatur 26 Grad Celsius überschreitet, soll die Arbeitszeit nicht länger als 6 Stunden pro Tag betragen. Die gleiche Arbeitszeit soll für Gruben festgesetzt werden, in welchen eine große Feuchtigkeit herrscht oder in denen die Arbeitsbedingungen für die Gesundheit der Bergarbeiter schädlich sind.

Schließlich lag zu diesem Punkt noch folgender Antrag Deutschlands vor:

Der Kongreß erhebt erneut die Forderung nach gesehlicher Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiten in der Bergwerksindustrie. Für die Untertagsarbeiter muß in diese Arbeitszeit die Ein- und Ausfahrt einbegriffen sein. Wo an den Arbeitsstellen eine Temperatur von 26 Grad Celsius und darüber oder wo große Rässe herrscht, ist die Schichtzeit auf 6 Stunden zu beschränken.

Zur Begründung führte W i s m a n n -Diedenhofen aus: Auch wir Deutsche begrüßen mit Freuden den Erfolg der englischen Kameraden. In diese Freude aber mischt sich ein Wermutstropfen, wenn wir sehen, daß in England unter Tage auch Kinder acht Stunden arbeiten müssen. Wir erwarten von den englischen Kameraden, daß sie dieselbe Energie, die sie für den Achtstundentag aufgewendet haben, auch dafür aufwenden, die Kinderarbeit im englischen Bergbau zu beseitigen. (Lebh. Beifall.) Wir können allen in diesem Punkte vorliegenden Anträgen zustimmen. In Deutschland sieht es auf dem Gebiet der gesehlichen Regelung der Arbeitszeit noch sehr traurig aus. Es gibt überhaupt keine gesehliche Bestimmung über die Arbeitszeit. Zwar haben die Bergämter die Befugnis, die Arbeitszeit einzuschränken, aber wir haben noch nichts davon gemerkt. Dann haben wir die famosen Gesundheitsräte. Kürzlich erfuhren wir, daß sie noch am Leben und gesund waren. (Heiterkeit.) Ueber die Gesundheit der Bergarbeiter haben Sie uns noch nichts mitgeteilt. Wenn die Gesundheitsräte ihre Nacht benutzen würden, sie könnten bessere Verhältnisse im deutschen Bergbau schaffen. Heute beträgt die

Humor und Satire.

Die Hand.

Das Projekt der Parksteuer hat „Gottlieb“ im „Tag“ zu folgenden Versen angeregt:

Ein Jüngling lieb' ein Mädchen,

War' gern als freier genakt,

Doch hing es an einem Fädchen —

Er schwankte: hat sie Draht?

Ihn wurnte dies Bedenken,

Es lieb ihm keine Kuh!

Sie sah auf einem Fänkchen,

Er elkte zögernd hinzu. . . .

Er neigte sich ein bißchen,

Als er dann vor ihr stand,

Und drückte losend ein Küßchen

Auf ihre hübsche Hand.

Er war ein Finanztalentchen,

Ein Schelm war er außerdem noch,

Er schnoberte an dem Fädchen:

Wonach daselbe roch.

Er bildete sich eine reise

Ansicht und kam zum Spruch:

Sie roch nach Patschuli-Seife —

Kun wachte er genug!

Vor Eva stand der Adam,

Bestigt wie noch nie,

Die mußte Klotigen Draht ham!

Er sprach: „Ich liebe Sie“.

Notizen.

— Im Lindau-Kumme! (zu Paulkens 70. Geburtstag) hat Adolf Wilbrandt sich einen derben Scherz geleistet. Er dichtete den Freund in der „Voss. Ztg.“ an und begab den dritten der fünf Witzzeiler mit folgenden Worten:

Gast die halbe Welt durchzogen,

Lebstest mit der halben Welt;

Ich bin nicht so weit geflogen,

Liebte mein unsfriedet Zeit. . . .

Dem sechzigjährigen Leberjüngling wird es gewiß fatal sein, daß man ihn so an seine Beziehungen zur Demimonde erinnert. . . .

— Ein Museum der Fälschungen. Im Oktober soll in Paris ein Museum eigener Art errichtet werden: ein Museum der Fälschungen. Der Plan geht aus von Emile Guimet, dem Gründer und Direktor des Museums, das seinen Namen trägt. Im Laufe seiner langen Reisen in Ägypten, Persien und Indien fielen Guimet zahllose Fälschungen auf, die dort an Ort und Stelle fabriziert wurden und die man ohne große Schwierigkeiten nicht nur reichen Touristen, die sich in die Gegend verirrt hatten, sondern auch Gelehrten, die vorsichtiger sein wollten, in die Hände zu spielen und gegen gutes Geld zu verkaufen verstand. Guimet will für solche Fälschungen in seinem Museum eine besondere Abteilung einrichten.

Kleines feuilleton.

Am Goldfischlein ist wieder Märchenstimmung. Dichte Heden und Laubengänge atmen den Sommer. Eichenstämme stehen empor und knorrige Weibhirschen schütteln leise ihr Fittertaub. Und die Kastanien! Sie neigen zärtlich ihr verschlungenes Geäst zum Teich, als wollten ihre dunklen, graugrünen Blätter die Fint schlürfen. Und solche tropfen sie Blüte um Blüte auf die lehmige Flüssigkeit, ein Gewimmel von mattschwarzen Pflänzchen, immer zu Tropfen um Tropfen. Aber die Blütenkerzen sind noch lange nicht abgebrannt. In den oberen Zweigen haben sie sich eben angezündet. Und in das schwankende, gelbbraune Wellengetöse taucht das verkehrte Bild der Natur, seltsam getrübt und verwischt. Bäume wachsen zum Abgrund und Menschen wandeln auf dem Kopfe. An der Oberfläche ziehen, still wie immer, die Goldfische ihre Bahn, fuh-lange, fette Riesen, zimmerrot, mit silbernen Flossen, brennend, wenn sie der Sonnenstrahl überhült. Und jetzt macht sich ein Rauschen auf und weht her durch die Kronen, und die rosa Pflänzchen tanzen unmerklich auf und nieder. . . .

Kinder spielen am Ufer und schauen fragend mit großen suchenden Augen in das Geriesel der schwimmenden Blüten oder verfolgen mit frohem Aufschauern die kuschelnden, auf- und nieder-tauchenden Fische. Manche jagen sich um die Ufer herum, und ihre nackten Weichen blitzen im Schatten der hohen Kastanien auf, wie die silbrigen Flossen der Goldfische unten im Teich. . . .

Der tödliche Staub. In dem Jahresbericht des Arbeitsbureaus der Vereinigten Staaten für 1908, der soeben veröffentlicht worden ist, wird eine Untersuchung über die verhängnisvolle Rolle, die der Staub für den allgemeinen Gesundheitszustand spielt, mitgeteilt. Es wird berechnet, daß im Lande jährlich das Leben von mehr als 22 000 Menschen gerettet werden könnte, wenn nur die Ventilationsbedingungen in den Werkstätten, in denen die Luft mit „tö d l i c h e m S t a u b e“ gesättigt ist, verbessert würden. Die Zahl der Fälle von Tuberkulose würde um 1/3 vermindert werden. 24,8 Proz. der Todesfälle unter den Fabrikarbeitern sind nach dieser Aufstellung durch Staub aus organischen Bestandteilen und 86,9 Proz. durch Metallstaub verursacht. Die höchste Ziffer wird bei den Arbeitern an den Zerkleinerungsmaschinen erreicht und 49,2 Proz. der Todesfälle werden bei diesen durch Tuberkulose herbeigeführt. Die mitgeteilten Zahlen führen zu dem Schlusse, daß eine der Hauptursachen der Sterblichkeit unter der Arbeiterbevölkerung dem Mangel an reiner Luft anzuschreiben ist. Der Staub in den Räumen, in denen die Arbeiter sich den größten Teil des Tages aufhalten müssen, ist schädlicher als die Wirkung von ansteckenden Krankheiten; zudem ist diese Ansteckung in staubgeschwängelter Luft noch besonders erleichtert. Die Ventilation der Räume kann bis zu einem gewissen Grade die schweren Schädigungen, die der Staub für alle darin Wehenden mit sich bringt, herabmindern, sodas als eine ständige und strenge hygienische Kontrolle durchaus erforderlich ist. Als „tö d l i c h e r S t a u b“ werden alle die kleinsten körperechten Bezeichnet, die sich beim Gebrauch von den Werkzeugen oder den hergestellten Gegenständen ablösen. Von welchem Stoffe

diese Teilchen auch herrühren mögen, sie bringen den Arbeiter in Gefahr, indem sie durch den Mund und die Nasenlöcher in die Lungen eindringen und sich in den Luftröhren festlegen. Zur Vermeidung des Staubes werden in dem Bericht des Arbeitsbureaus eine Reihe von praktischen Anweisungen gegeben, die auf Grund der Untersuchungen der Professoren Hoffmann, Richardson und Galdane erprobt worden sind. Besonders bedauert hat sich das Verfahren, den Staub durch Saugröhren aus den Arbeitsräumen auszusaugen und ins Freie zu befördern, wie durch den Kamin der Rauch ins Freie abzieht. Auch die Herstellung von Luftströmen, die in geeigneter Weise durch die Arbeitsräume geleitet werden, vermag große Dienste zu leisten.

Theater.

Kammerspiele (Sommergastspiel unter Direktion von Feld und Runge): „Ein Skandal in Monte Carlo.“ Lustspiel von Sacha Guitry. Nach Geijerstams „Schinder Auguste“ im Deutschen Theater wirkte diese Monte Carlo-Romdie als sommerliche Eröffnungsvorstellung der Kammerspiele — der Sohn des berühmten Pariser Schauspielers Guitry ist der Verfasser — bei aller Flüchtigkeit der Arbeit partiellweise wenigstens geradezu erfreulich. Lieber noch dies Anterlunt, in welchem hier und da doch eine amüsante Wendung aufblitzt, als die phyliströs moralisierende Bedanterie, die wie eine häusliche Gardinenpredigt vor lauter Wiederholungen überhaupt nicht vom Fleck kommt. Der erste Akt, im Hotel-Schlafzimmer eines von ihrem Geliebten nach Monaco verschleppten Mädchens spielend, zeigt, was pikant sensationelle Wache anlangt, eine, auch am Nachtstübchen französischer Verblüffungsstunde gemeinen, ungewöhnliche Geschicklichkeit. Die Dame wird mitten in der Nacht durch ihren atemlos hereinströmenden Freund, den man beim Falschspiel ertrapt hat, aus dem Schlafe aufgestört. Er rasert sich, um unerkannt zu entfliehen. Umsonst, daß sie in wilder Leidenschaft und Angst ihn zurückzuhalten sucht. Kaum, daß die Tür sich hinter ihm geschlossen hat, erscheint in Schlafrock und Pantoffeln der Stubennachbar, ein reicher alter Herr, der sich in äußerster origineller Weise der leicht zu Tröstenden als Ritter zur Verfügung stellt und dabei in den Verdacht gerät, der verfolgte Falschspieler zu sein. Der Mittelakt im Hause des Heimgekehrten, der nach fünfundsanzigjähriger Ehe noch im Liebhabersache debattieren möchte, verläuft sich in recht gewaltsam herbeigewungenen Späßen und Verwechslungen ganz nach gewöhnlicher Pariser Schwanmanier; aber die Schlussszene, der es freilich auf diese Weise an jeder halbwegs genügenden Vorbereitung und Entwidlung fehlt, läßt ein psychologisch interessierendes Motiv anklingen. Natürlich wird der alte Herr von dem hübschen Fräulein, das einen seiner jungen Freunde vorzieht, betrogen. Hart setzt ihm die Enttäuschung zu, das Weinen kommt ihm an, und er ist am Ende heilfroh, bei der sonst so unerfreulich herrschsüchtigen Gattin, die mit der Neigung zur Gemeinheit an ihm hängt und in überlegener Fronte den tragikomischen Schluß vorausgesehen hat, als ein belehrter Trost und Unterschlupf zu finden.

Poldi Deutsch verkörperte den ergrauten Perleiden Don Juan diestrot und wirksam. Sehr gut war Fr. Marietta Weber in der Figur der Abenteuerin.

Arbeitszeit in den Braunkohlengruben 10 Stunden und in den Erzbergwerken gar 11 und 12 Stunden. (Hört, hört!) Die Hoffnung zur Besserung kommt auch hier nicht von Preußen, sondern von Süddeutschland. In Bayern hat die 2. Kammer den geschäftlichen Achtstundentag beschloffen, so daß nach der Verabschiedung im Reichstag beinahe für einen deutschen Staat der Achtstundentag im Bergbau besteht. Am schlimmsten sieht es in Lothringen aus, dort, wo die reichsten Grubenbarone ihre Verfügungen haben. Der Landesauschuss wagt nicht, gegen die Unternehmer aufzutreten. Es gibt in Lothringen Bergarbeiter, die eine Schichtzeit von 11 bis 12 Stunden haben und dennoch vierzehn Schichten machen. (Lebh. hört, hört!) Es ist kein Wunder, wenn diese Bergarbeiter mit 35 bis 40 Jahren dahinscheiden. Sie bekommen dann, ein Sohn auf die vielgepriesene deutsche Versicherungsgebarung, eine Pension von 72 M. im Jahr. (Lebh. hört, hört!) Wir bitten deshalb die Bergarbeiter aller Länder, uns in unserem Kampfe zu unterstützen. (Lebh. Beifall.)

Nachdem Swanziger-Oesterreich sich gleichfalls für die vorliegenden Anträge ausgesprochen hatte, wurden sie unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Am Freitag erreicht der Kongress sein Ende.

Erster Deutscher Blindentag zu Dresden.

Als Gegenwartsforderungen der Blinden stellte Bartsch (Dresden) auf dem Dresdener Kongress folgende 16 Forderungen: 1. Schul- und Bildungszwang für alle schulpflichtigen und bildungsfähigen Blinden; 2. die Errichtung der erforderlichen Bildungsinstitute für Blinde ist gesetzlich festzusetzen; 3. im Privatbesitz sich befindende Blinden-, Erziehungs- und Unterrichtsinstitute sind zu staatlichen umzugestalten oder in ihren Leistungen und Einrichtungen den staatlichen Instituten mindestens gleichzustellen; im Internat sollen nur schwachsinig, körperlich sehr zurückgebliebene oder solche, die infolge ihrer sonstigen Gebrechen eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Pflege benötigen, untergebracht werden; 4. alle körperlich und geistig normalen Blinden sind außerhalb der Anstalt bei Privatpersonen mit gutem Ruf in Pension zu geben und davor zu sorgen, daß während der Zeit, während welcher sie Unterricht oder Ausbildung erhalten; 5. der Unterricht in den Blindenanstalten muß mindestens dem in den staatlichen Volksschulen für sehende Kinder gleichkommen und den Anforderungen moderner Blindenbildung Rechnung tragen; 6. der Fortbildungsschulunterricht muß in den Blindenanstalten gesetzlich eingeführt und geregelt und so ausgebaut werden, daß jedem Blinden Gelegenheit gegeben ist, voranzugehen, daß seine Fähigkeiten dazu hinreichen, durch den Besuch einer solchen Fortbildungsschule sich das zur gesellschaftlichen Beweisen- und Meisterprüfung erforderliche Wissen zu erwerben; 7. die Ausbildung muß eine möglichst individuelle sein und jedem die denkbare freieste Entfaltung seiner Anlagen und Fähigkeiten gestatten; 8. diejenigen Personen, die berufliche Ausbildung Blinder besorgen und zu überwachen haben, müssen ihre Befähigung hierzu durch eine staatliche Prüfung nachweisen; 9. die Handwerker sind anzuhelfen, ihre Erzeugnisse selbständig verkaufsfähig zu machen, für besonders schwierige Verrichtungen hierbei müssen Hilfsmittel und Apparate konstruiert werden und den Blinden bei ihrem Austritt aus der Anstalt, d. h. nach vollendeter Ausbildung mitgegeben werden; 10. die Handwerkermeister dürfen die Erzeugnisse ihrer Blinden Lehrlinge verkaufsfähig machen oder an denselben Veränderungen vornehmen, deren Ausführung für Blinde unmöglich scheint oder ist, wie polieren, anstreichen usw., aber von der Anstalt keine Vergütung außer ihrem Gehalt beziehen; 11. eine gesetzliche Regelung der Blindenfürsorge ist anzustreben; 12. in größeren Städten oder Ortschaften und dort, wo es angebracht ist, sind für blinde Handwerker offene Werkstätten einzurichten, deren Lebensfähigkeit gesichert sein muß; 13. die Vorteile der sozialen Gesetzgebung sollen möglichst auch den Blinden in unbefangener Weise zugute kommen, insbesondere muß jedem Blinden gesetzlich gewährleistet werden, einer Krankenkasse beizutreten, auch wenn er nicht gewerblicher Arbeiter ist und sich für den Krankheitsfall sichern will; 14. Heime sollen nur Zufluchtsstätten für Altersschwache, Kranke, Arbeitsunfähige, Stühle, Unbildungsfähige und solche Blinde sein, die nicht befähigt sind, sich eine Existenz zu verdienen.

Zu dem Thema: „Wie verbessern wir blinden Klavierstimmer unsere Lage?“ fand eine Resolution Annahme, in der die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung der blinden Stimmer gefordert und betont wird, daß sie über die Lohnverhältnisse im Gewerbe unterrichtet und auf dem Laufenden erhalten werden müssen. Diese Resolution soll sämtlichen Leitern von Blindenanstalten und Erziehungsanstalten für Blinde zugestellt werden.

Es folgte ein Referat von Nih (Mainz) über die Organisation der Blindenvereine zu Verbänden und zu einem Bund. Redner empfiehlt den Zusammenschluß aller Vereine exterritorienblinder Blinden zu einem großen Verband. Der Vorstand eines solchen Verbandes kann Fühlung mit den Blindenanstalten, den Regierungen und mit allen Freunden der Blinden gewinnen und dadurch weit wirksamer die öffentliche Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Lage der Blinden lenken, als es bisher geschehen ist, und die Mittel zu ihrer Abhilfe an die Hand geben.

In der Diskussion findet diese Anregung allgemeine Zustimmung. Es wird beschlossen, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, die mit den Blindenvereinen Deutschlands in Verbindung treten soll, um einen Bund der Blinden Deutschlands zu gründen.

Heute (Freitag) werden die Verhandlungen zu Ende geführt.

Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Während der Pfingstfeiertage fand in Berlin der dritte ordentliche Bundestag der technisch-industriellen Beamten statt. Von dieser Tagung werden besonders die Arbeitgeber nicht sehr erbaud sein, weil der Verband trotz der letzten schweren Konflikte mit den Scharmachern in seiner Entwicklung vorwärts geschritten ist. Der Jahresbericht gibt davon ein sehr instruktives Bild. Der Mitgliederbestand stieg von 7980 im Jahre 1906 auf 10760 im Jahre 1907, das Jahr 1908 schließt mit rund 13000 ab. Naturgemäß mußte die Krise auch im technischen Beruf ihre Wirkungen zeigen, die durch gesteigerte Inanspruchnahme der Stellenlosenunterstützung zum Ausdruck gekommen ist.

Stand die letzte Tagung des Bundes unter dem Zeichen des Tischendessertandals, so bildeten in diesem Jahre den wesentlichen Inhalt der Beratungen interne Organisationsfragen. Es galt dem Verband eine konsequente gewerkschaftliche Verfassung zu geben.

Außerdem wurde eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge nach entsprechenden Referaten angenommen. Besonders bemerkenswert ist die Stellung des Bundes zur politischen Neutralität. Nach den angenommenen Leitlinien will der Bund weder für noch gegen eine bestimmte politische Partei Stellung nehmen, sondern reine Standespolitik, d. h. Angestelltenpolitik treiben. Dem Bund ist zu prophezeien, daß mit diesem Beschluß nach nicht das letzte Wort über diese Frage gesprochen ist, wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Zukunft der Angestelltenbewegung nur in der Arbeiterbewegung liegt.

Sicher werden und die nächsten Zeiten schwere Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern bringen und in diese Konflikte wird immer mehr auch der Angestellte mit hineingezogen. Dafür sorgt schon die Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb, die den sozialen Unterschied zwischen Handarbeiter und Kopfarbeiter immer mehr vertieft. Diese Kämpfe werden den Kräftefeldern geben für alle diejenigen bürgerlichen Politiker, die sich jetzt so betriebsam den Angestellten gegenüber als Mittelstandsfreunde gebärden. Es

wird sich dann zeigen, daß nur die Arbeiterpartei eine konsequente Angestelltenpolitik treiben kann. Bemerkenswert sind die Bedingungen, die sich schon jetzt in dieser jungen Ingenieurgewerkschaft vollzogen haben. Vor zwei Jahren nahm Raumann als Ehren-gast an den Beratungen des Bundes teil und hielt in seiner üblichen Weise eine Ansprache, die begeisterte Zustimmung fand. Vom damaligen Verhandlungsleiter wurde Raumann mit überschwenglichen Worten gefeiert. Heute hat sich das Blatt schon etwas geändert. Selbst hier hat Raumann jede Fäulung verloren. Es wäre falsch, die Schuld daran der eigenartigen Rolle zuzuschreiben, die sein Intimus Lischendorf in der Angestelltenbewegung jetzt spielt. Gewiß mögen diese Dinge auch eine erzieherische Wirkung ausüben, aber viel eindringlicher haben den Angestellten die Zusammenkünfte mit den Arbeitgebern gezeigt, wohin die Reise geht. Mit glatten schönen Worten vom Persönlichkeitsrecht im Großbetrieb ist bei unseren Industriemagnaten nichts erreicht, wenn dem Gedanken nicht die Tat, der Kampf, folgt. Auch die Angestellten werden sich noch intensiv mit politischen Fragen auseinandersetzen müssen, dafür wird schon die Zukunft sorgen, immer neue Kämpfe werden aufstehen, um auch am geistigen Arbeiter in der Großindustrie diejenige Erziehungsarbeit zu leisten, durch die er zum Verständnis seiner Klassenlage kommt.

5. Generalversammlung der Bildhauer.

Magdeburg, 2. Juni.

(Dritter Verhandlungstag.)

Die Generaldebatte über die

Verschmelzungsfrage und Kassenanierung

wird fortgesetzt. Die Debatte bewegt sich in demselben Rahmen, wie die gestrige. Kritisiert wird von verschiedenen Rednern, daß der Hauptvorstand und Ausschuss in der Verschmelzungsfrage keine klare Stellung einnehmen, man wisse nicht, ob diese höchsten Instanzen für oder gegen einen Uebertritt sind. Mit der Erhebung eines Extrabeitrages, wie er vom Hauptvorstand vorgeschlagen wurde, sind mehrere Redner nicht einverstanden. Dadurch gingen noch mehr Mitglieder verloren als bei einem Ansatze an den Holzarbeiterverband.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Pätzsch (Leipzig), betont, der Vorstand habe deshalb eine geringe Zurückhaltung geübt, um Vorwürfen, er würde Beeinflussung üben, zu entgehen. Von einem „Schweigebot“, wie Hofer (München) gesagt habe, könne nicht geredet werden. Die Situation liege so, und das sei auch vom Vorstandsmittglied Weller erklärt worden, es muß eine Sanierung der Kasse in der Richtung der Vorstandsvorschläge vorgenommen oder der Ansatze vollzogen werden. Der Vorstand hat also die Wege, die gegangen werden können, gezeigt. Aufgabe der Generalversammlung ist es, den richtigen zu finden.

Nach weiteren Ausführungen wird die Generaldiskussion geschlossen und in die Spezialdebatte über die Anträge in bezug auf die Kassenanierung eingetreten. Ueber die Verschmelzungsfrage soll erst nach Erledigung der Kassenanierungsfrage Beschluß gefaßt werden. Zunächst wird die eventuelle Einführung von Staffelbeiträgen, die fünf Anträge verlangen, erörtert.

Wenger (Dresden) begründet folgenden Antrag: Staffelbeitrag: bei einem Verdienst bis 18 M. 50 Pf., von 18 bis 25 M. 75 Pf., von 25 bis 35 M. 1 M., über 35 M. 1,25 M. Königstedt (Magdeburg) tritt ebenfalls für Staffelbeiträge ein. Bohi (München) spricht in demselben Sinne.

Böhrd (Hannover) plädiert für Einheitsbeiträge. Dorn (Leipzig) befürwortet einen Antrag Leipzig, den Einheitsbeitrag von 75 Pf. auf 80 Pf. zu erhöhen. Wisbach (Berlin) schlägt vor, den Einheitsbeitrag auf 85 Pf. (Vorschlag des Zentralvorstandes) festzusetzen.

Odenthal (Hamburg) ist im Prinzip für Staffelbeiträge, weist aber auf die technischen Schwierigkeiten hin und bittet, einen erhöhten Einheitsbeitrag zu beschließen.

Weller (Berlin): Die Vorschläge von Dresden seien für den Hauptvorstand unannehmbar, da nach diesen wohl eine Staffelung der Beiträge, nicht aber auch eine Staffelung der Unterstützungsfähigkeit eintreten solle. Und dies würde keine Sanierung der Kasse bedeuten. Weller befürwortet den Antrag des Zentralvorstandes auf Festsetzung des Einheitsbeitrags von 85 Pf. Dieser Beitrag soll von der 1. Woche 1910 ab erhoben werden. Bis dahin — von der 27. bis 52. Woche d. J. — soll ein obligatorischer Extrabeitrag in folgender Staffelung in Kraft treten: Bei einem Wochenverdienst bis 21 M. 10 Pf., bis 27 M. 20 Pf., bis 36 M. 30 Pf., darüber 40 Pf. Arbeitslose und Kranke sollen von diesem Beitrag befreit sein.

Nach weiteren Erörterungen erklärt sich die Generalversammlung mit 12 gegen 7 Stimmen gegen eine Einführung von Staffelbeiträgen.

Die Generalversammlung berätet dann über den Vorschlag des Zentralvorstandes auf Erhebung von Extrabeiträgen.

Stahl (Berlin) vom Vorstand betont dazu, daß die Extrabeiträge nötig seien, um die Kasse genügend zu stärken. Es würde dadurch eine Einnahme von ungefähr 20 000 M. erzielt werden. Einen Antrag Wenger, die Beitragserhöhung schon am 1. Juli einzutreten und die Extrabeiträge fallen zu lassen, bittet Stahl abzulehnen, da dadurch 11 000 M. weniger eingingen, die man aber nicht missen könnte. Die Diskussionsredner wenden sich sämtlich gegen die Erhebung von Extrabeiträgen und werden diese mit 18 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Nach längeren weiteren Erörterungen wird mit 18 gegen 7 Stimmen ein Antrag Berlin: „Beitragsbefreiung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit und Krankheit“ angenommen. Der Zentralvorstand hatte sich gegen die Annahme erklärt. Die Beitragsfrage wird einer Kommission überwiesen, die entsprechende Vorschläge machen soll. Die Verhandlungen werden vertagt. —

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Hamburg, 2. Juni.

Bei der Debatte über den

Ausschussbericht

wird einerseits hinsichtlich der Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die bei Krankenkassen usw. bei Weiterzahlung des Gehalts während der Krankheit beschäftigten Mitglieder betont, daß es nicht richtig sei, zwei Klassen Mitglieder zu schaffen und aus dem Beruf geschiedenen, für den Verband aber eifrig tätigen Kollegen minderes Recht zu gewähren, andererseits wird von der Wehrheit der Redner der Standpunkt vertreten, daß die Ansprüche dieser Mitglieder ungehörig seien; solange keine Einbuße an Einkommen zu verzeichnen sei, könne von Erwerbslosenunterstützung nicht die Rede sein.

Zum Punkt

„Verbandsorgan“

liegen Anträge vor, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht mehr Publikationsorgan der Metallarbeiterkrankenkasse sein soll, ferner solche auf Beschaffung von Artikeln agitatorisch-aufflärenden Inhalts für die weiblichen Mitglieder, möglichst aus der Feder von Frauen, auf anderweitige technische Ausgestaltung des Blattes, Einrichtung einer monatlichen technischen Rundschau, Einrichtung eines Frageabends usw., sowie die bereits erwähnten Anträge betr. Budgetfrage und „Zeitung“.

Redakteur Scherz empfaßt „Massen- oder Einzelgrab“ für alle Anträge mit Ausnahme des die Budgetfrage betreffenden. Zu diesem stelle er anheim, zu beschließen, daß im Kalender solche Fragen künftig nicht mehr behandelt werden sollen, im übrigen aber den Antrag abzulehnen, da er nur bezwecke, der Redaktion zu

beredern, zu gewissen Fragen der Arbeiterbewegung ihre Meinung zu sagen.

Hoffmeister-Berlin konstatiert mit Genugtuung, daß das Verbandsorgan in allen politischen Fragen aktuell und eines der besten Gewerkschaftsblätter sei; der Redaktion dürfe man keine Beschränkung auferlegen. — Jwofa-Kürnberg verlangte anstelle der technischen Artikel eingehendere Behandlung der Volkswirtschaft und der Arbeitgeberorganisationen. — Philipp-Breslau kritisiert scharf das loyale Gebaren der Metallarbeiterkrankenkasse, die unfaire Bepfischung der Mitglieder betreibe, den Unternehmern ihre „Segensdienste“ ankiele und dadurch viele Kollegen schwer schädige. — Kronsberg-Dortmund verlangt größere Berücksichtigung der polnischen und der Hüttenarbeiter. — Die von der genannten Krankenkasse beobachteten Maßnahmen werden noch von mehreren Rednern kritisiert, aber ein anderer Delegierter hebt hervor, daß ohne ein „Erkundungssystem“ nicht auszukommen sei, ohne der Simulation Tür und Tor zu öffnen, zumal auch der Verband sich gegen Ausbreitung schützen müsse.

Schilde (Schlußwort) hebt hervor, er brauche nicht auf alle Punkte einzugehen, weil viele Angriffe auf den Vorstand schon von anderer Seite zurückgewiesen worden seien. Bezüglich des Kalendersartikels möge man sich mit der Erklärung begnügen, daß der Wunsch der Generalversammlung entsprochen werden solle. Es sei bedauerlich, daß eine Reihe Parteizeitungen, die leider mehr das Trennende in der Bewegung förderten, gleich auf dergleichen Dinge hineinfielen; diesen „Freunden“ dürfe man durch Annahme des Antrages nicht die Arbeit erleichtern. Nach Erörterung einer Reihe anderer Fragen kommt er zu

„Rannheim und Stettin“.

Wir haben alle Ursache, solche Fragen ruhig und objektiv zu verhandeln, wie es von den Rannheimer Delegierten geschehen sei. Hätte man in Rannheim so ruhig gesprochen, dann hätten sich die Dinge nicht so zugespitzt. Wenn Ulgaietz meine, er, Redner, sei bei Bismarck in die Schule gegangen, um seine Stellung zur „Demokratie“ zu charakterisieren, so sei das ungerathen. Es gebe Dinge, die sofort entschieden werden müßten im Interesse der Allgemeinheit, damit das Gemeinwesen keinen Schaden erleide. Der Hauptvorstand bekomme die Direktive von der höchsten Instanz, der Generalversammlung, welche die Taktik bestimme, und die Generalversammlung sei das Rückstüß der Gesamtheit. Der Vorstand ergreife sehr oft die Initiative in Lohnfragen, veranlaßt Abstimmungen unter den Kollegen, um deren Meinung kennen zu lernen. Die große Formerbewegung sei z. B. sein Werk. Die verschiedenen Kampfmittel, bis zur passiven Resistenz, seien von ihm wiederholt in Anregung gebracht, nicht nur der Streik. In allen taktischen Fragen müssen wir uns selbstverständlich mit den Kollegen zu verständigen suchen. Also man binde dem Vorstand nicht die Hände, wie angeregt worden sei, das würde sich bitter rächen. Bei den Wählern in Stettin habe die Sache so gelegen, daß sie den Wünschen der Vertrauenspersonen nicht Rechnung trugen, und da sei es Pflicht des Vorstandes gewesen, eingzugreifen. Die hier gemachten Einwendungen seien also unzutreffend. Redner streift die gestrigen Ausführungen Dittmanns-Hamburg, die zu beurteilen er der Generalversammlung überlasse. In Stettin sei man so erregt gewesen, daß man den so ruhigen Kollegen Schulz-Hamburg nicht reden hören wollte. Im Automobiltempo könne man das nicht erreichen, was andere Kollegen durch jahrelange Agitations- und Organisationsarbeit erreicht haben. Der Streik in Stettin sei statutenwidrig in Szene gesetzt. Sollte nur die Erregung der Mitglieder gelten? Sollte der Vorstand zu jeder Dummheit seine Zustimmung geben? Das müsse entschieden verneint werden. In den Versammlungen in Rannheim, selbst nach dem Kampfe, sei man nicht zu sachlichen Würdigung der Dinge gekommen und habe die einfachsten parlamentarischen Regeln mit Füßen getreten. Wenn man überzeugt sei, daß die bekannte Depesche korrekt erfolgt sei, dann hätte man die moralische Pflicht gehabt, dies längst auszusprechen. Ueber den Charakter des Telegramms habe gar kein Zweifel obwalten können, da es nur der Tenor eines vorausgegangenen Telefongesprächs war. Die Frage der Lokalisierung des Streiks sei genügend geprüft worden. Auf die Finanzlage hinzuweisen, sei nicht nur taktisch unglücklich, sondern auch in Rücksicht auf den unberechenbaren Umfang der Bewegung unmöglich. Die Kollegen müßten sich daran gewöhnen, nicht überall gleich Verrat zu wittern. In Hagen liege wieder ein Schulbeispiel vor, indem man einem Beamten, der nicht so „wollte, wie er sollte“, den Kaufpaß geben wollte. Wo bleibe da die Unabhängigkeit den Unternehmern gegenüber? — Die Möglichkeit zur Abhaltung der Bezirkskonferenz sei gegeben, aber eine Erweiterung in dieser Hinsicht sei nicht notwendig. Redner hofft, daß die Aussprache hier beitragen werde zu einem guten Zusammenarbeiten im Rahmen des Gesamtverbandes. Redner spricht am Schluß die Ansicht aus, daß nichts von dem abbringen werde, unsere Bilanz immer fester zu schließen.

Die Anträge zur Budgetfrage (Kalender) werden auf Grund der Vorstandserklärung zurückgezogen.

Die Nachmittagsitzung fällt aus, weil die Delegierten zu einer Dampferfahrt eingeladen sind.

Neunte ordentliche Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hannover, den 2. Juni 1909.

Vierter Verhandlungstag.

Die gestrige Abend- und die heutige Vormittagsitzung beschäftigte sich intensiv mit der

Verschmelzungsfrage.

Bohl-Vielefeld kann nicht zugeben, daß die Verschmelzung Vorteile bringt. Auch erkenne er keine Berufsverwandtschaft der drei Organisationen an. Ebensoviel Verührungspunkte haben die Glasarbeiter mit allen anderen Verbänden; näher wie mit den Töpfern und Porzellanern läge eine Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband. Die Glasarbeiter können auch auf den Generalfreitag nicht verzichten. Von einer Verschmelzung befürchte er eine Zurückdrängung der Glasarbeiterinteressen. Nicht von Generalversammlungsbeschlüssen, sondern von der Entwicklung der Maschinen sei der Zusammenschluß der Arbeiterschaft zu erwarten. Damit entwickle sich erst die materielle Möglichkeit und das Solidaritätsgefühl zu einer Verschmelzung. — Weitere prinzipielle Gründe gegen die Verschmelzung werden kaum vorgebracht, von diesen Rednern wird die Verschmelzung warm befürwortet. Bohl-Leipzig befürwortet eine Schwächung des Kampfcharakters der Glasarbeiter infolge der Unterstützungseinrichtungen der Porzellanarbeiter. Die weiteren Bedenken erstreden sich hauptsächlich darauf, daß die Sache noch verfrüht sei. Auch der Abgeordnete Horn äußert sich in diesem Sinne. Auf die geäußerten Bedenken geht Bohlmann, der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes, in einer sehr wirkungsvollen Rede ein, der lebhaft zugestimmt wird. Im den Eindruck dieser Ausführungen nicht zu verwischen, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Im Schlußwort hält Drunsel noch verschiedene Ausblicke über die Entwicklung, die eine zwingende Notwendigkeit zum Zusammenschluß bringen wird.

Die Resolution Gitzig, die wir bereits gestern mitteilten, wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 27 Stimmen angenommen.

Vorstand und Redaktion werden durch Annahme eines Antrages verpflichtet, mehr als bisher für die Verschmelzung zu wirken.

Auf die Mitteilung von der Zusammenkunft des Genossen Liebnicht beschließt die Generalversammlung, diesem ein Begehrungstelegramm zu seiner Rückkehr in die Freiheit zu senden.

Weiter erklärt die Generalversammlung in einer Resolution, daß das Vorgehen der Firma Witter in Bedheim und Unterewunn gegenüber den Arbeitern ein ganz unqualifizierbares sei. Der Hauptvorstand wird deshalb verpflichtet, die Vorgänge bei der Firma Witter genau zu beobachten und wenn sich

Die jammervollen Zustände nicht ändern und alle Verhandlungen scheitern. Die Zustimmung zum Streik zu erteilen.

Ueber die Einführung der Krankenunterstützung

referiert Grüngel.
Er empfiehlt die Vorstandsvorlage der genauen Prüfung zu unterziehen, was am besten in einer Kommission geschehen könne. Nach der Vorstandsvorlage soll die Krankenunterstützung folgenderweise gestaltet werden:

Bei unerschuldeter Krankheit wird vom achten Tage der Erkrankung an Unterstützung gewährt:

Bei einjähriger Mitgliedschaft und				
Krankenbeitrag von	10,	20,	30,	40 Pf.
Unterstützung pro Woche	2,—,	4,—,	6,—,	8,— M.
Auf die Dauer von	6,	6,	6,	6 Wochen
Höchsteleistung innerhalb				
52 Wochen	12,—,	24,—,	36,—,	48 M.

Bei zweijähriger Mitgliedschaft und				
Krankenbeitrag von	10,	20,	30,	40 Pf.
Unterstützung pro Woche	2,50,	5,—,	7,50,	10,— M.
Auf die Dauer von	10,	10,	10,	10 Wochen
Höchsteleistung innerhalb				
52 Wochen	25,—,	50,—,	75,—,	100,— M.

Bei dreijähriger Mitgliedschaft und				
Krankenbeitrag von	10,	20,	30,	40 Pf.
Unterstützung pro Woche	2,50,	5,—,	7,50,	10,— M.
Auf die Dauer von	13,	13,	13,	13 Wochen
Höchsteleistung innerhalb				
52 Wochen	32,50,	65,—,	97,50,	130,— M.

Die Krankenunterstützung ist obligatorisch, und richtet sich die Beitragszahlung nach der Höhe der Verdandbeiträge; jedoch haben die Mitglieder der 50 Pf.-Klasse das Recht, zwischen den beiden obersten Klassen der Krankenunterstützung zu wählen.

Der Korreferent Koll. Wulke-Leipzig spricht sich gegen die Einführung der Krankenunterstützung aus, weil diese Unterstützungseinkünfte den Kampfcharakter der Organisation untergrabe und weil die Einführung mit Beitragsverhöhung verquidat sei.

Debatte

seht äußerst lebhaft ein, doch geht aus den ganzen Ausführungen hervor, daß nicht viel Neigung für Einführung solcher Einrichtungen vorhanden ist. Drunzel als Vertreter der Generalversammlung empfiehlt der Generalversammlung, diesem Projekt die größte Beachtung zu schenken. Genosse Wollmann, Vertreter der Porzellanarbeiter, betont, daß nach seiner Meinung gerade die Unterstützungseinrichtungen geeignet seien, das Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu wecken. Der Verlust in seiner Organisation sei nicht auf die Einführung der Krankenunterstützung, sondern auf die Krisis zurückzuführen. Wenn man die Verschmelzung wolle, so solle man sich mit dem Gedanken der Krankenunterstützung befreunden. Die beteiligten Verbände würden ohne Zweifel diese Einrichtung nicht wieder preisgeben. Es sprachen noch eine ganze Reihe Delegierter, doch bewegten sich die Ausführungen in dem schon geschilderten Gedankenkreis.

Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet und eine fünfgliedrige Kommission gewählt zur Beratung dieser Materie.

Auf die Kunde von dem Tode des Genossen Weinhardt erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen.
Die Sitzung wird auf Donnerstag vertagt.

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Juni 1909, nachmittags 8 Uhr.

Die von dem dienstältesten Beisitzer Gerida in Vertretung der beiden beurlaubten Vorsteher einberufene Sitzung wird nach 1/2 Uhr vom Vorsitzenden Stellvertreter Cassel eröffnet. Dieser gedankt zunächst dem in der letzten Nacht verstorbenen Dr. Theodor Barth, der 1800—1883 auch der Versammlung angehört hat, mit ehrenden Worten, welche die Mitglieder stehend anhören.

Die Einführung des Stadtv. Rechtsanw. Dr. Karl Liebknecht (Soz.), der nach dem Reichsgerichtsurteil vom 12. Oktober 1907 am 6. November 1907 wiedergewählt, der Versammlung 1 1/2 Jahre fernzubleiben gezwungen gewesen ist, kann nicht, wie beabsichtigt, zu Beginn der Sitzung erfolgen, da Dr. Liebknecht durch einen Trauerfall verhindert ist, rechtzeitig zu erscheinen.

Für den überaus gastfreien und glänzenden Empfang, der den Mitgliedern der städtischen Behörden in London zuteil geworden, spricht der Vorsitzende Stellvertreter Cassel seinen warmsten Dank aus. Dem Lordmayor von London und der Corporation der City, sowie dem Empfangscomité soll dieser Dank noch besonders durch den Magistrat übermittelt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Dem Magistratsvorsitzenden, auch an den städtischen Waisenhauslagaranten in Berlin und Kummelsburg je einen Praktikanten noch abgelegter ärztlicher Prüfung zur Ableistung des praktischen Jahres zuzulassen, stimmt die Versammlung ohne Debatte zu.

In den städtischen Gasanstalten und am Röhrensystem sind für das Etatsjahr 1909 Erweiterungs- und Erneuerungsarbeiten im Gesamtbetrage von 3 183 000 M. vorgesehen, für die die im Extraordinarium des Etats für 1909 bereitgestellten 2 Millionen als 1. Rate Verwendung finden sollen.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.) führt Beschwerde darüber, daß sich die Behörden nicht genügend untereinander verständigen, wenn Arbeiten vorgenommen werden, die ein Aufreißen des Pflasters erfordern. Auf diese Weise reißt die „ewige Waddel“ in Berlin überhaupt nicht ab.

Stadtbaurat Krause legt dar, daß die Schuld nicht oder doch nicht vorwiegend an der Stadtverwaltung liegt; soviel als tunlich suche er solche unangenehme Erscheinungen zu verhindern.

Die Vorlage wird angenommen.

Für Minderung der Seuchengefahr auf dem städtischen Viehmarkt soll dort u. a. ein besonderer Seuchenhof für Rinder hergerichtet werden. An Kosten entstehen insgesamt 15 000 M., die dem Viehmarkt-Reservefonds entnommen werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu.

Mit der Ziegeltransport-A. G. ist zunächst für das Jahr 1909 ein Abkommen vereinbart, wonach diese für ihre Krananlagen eine feste Abgabe von 10 Pfennig für je 1000 zur Lösung gelangende Steine an die Stadt zahlen soll. Eine neue Krananlage am Schöneberger Gajen (Gajenplatz) soll ihr gleichzeitig genehmigt werden.

Stadtv. Epenby (R. L.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

Stadtv. Singer (Soz.): Auch wir schließen uns diesem Antrage an. Die jetzige Form des Wählens von Ziegelfabrikanten führt ja gewiß eine Reihe von Uebelständen mit sich; andererseits muß im Auge behalten werden, daß große Interessentenkreise beteiligt sind, daß ein Monopol nicht aufkommen darf. Ich lasse dahingestellt, ob diese Befürchtung ungerechtfertigt erscheint. Jedenfalls müssen derartige Einrichtungen frei gehalten werden für alle Interessenten, die in der Lage sind, sie zu benutzen, und dafür bietet die Vorlage keine genügende Sicherheit. Will man die Einrichtungen in eine Hand bringen, dann würde sich die städtische Regie empfehlen. Alle diese Punkte werden nur in einem Ausschuss näher erörtert werden können.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.
Für die internationale Automobiliourenfahrt, die sogenannte Prinz-Heinrich-Fahrt, die in diesem Jahre von dem kaiserlichen Automobilklub im Verein mit dem österreichischen, ungarischen und bayerischen Klub zum zweiten Male veranstaltet

und am 10. Juni vom Tempelhofer Felde abgehen wird, will der Magistrat der Zeitung einen Ehrenpreis im Werte von circa 1000 M. zur Verfügung stellen.

Stadtv. Singer: Wir sind nicht in der Lage, für die Vorlage zu stimmen. Diese Automobiliourenfahrten sind häufig Gegenstand der Diskussion und auch allgemeiner Verteilung gewesen; es wird dabei mit einer Rücksichtslosigkeit gegen Menschenleben vorgegangen, daß nach unserer Meinung nicht davon die Rede sein kann, solche Arrangements überhaupt zu treffen und noch viel weniger, sie durch solche Stiftungen zu fördern. Diese Automobiliourenfahrten, wenn sie im Interesse der Industrie notwendig erscheinen, sollten auf abgeschlossenen Bahnen veranstaltet werden; es wäre Sache der Staatsbehörden, der Polizei, dafür zu sorgen, daß sie in einer Weise sich vollziehen, daß Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen ausgeschlossen ist. Da uns aber ein Einfluß darauf nicht zusteht, können wir die Gewährung irgendwelcher Unterstützung nicht befürworten. Die Förderung dieser Unternehmungen, auch in geographischer Beziehung, ist wesentlich zu danken der Viehhäberei und Unterstützung dieser Wettrennen durch allerhöchste Kreise. Ich halte das für tief bedauerlich und für gefährlich. Wir sollten uns nicht dazu hergeben, Unternehmungen zu unterstützen, von deren Unnützigkeit und Gefährlichkeit wir durchdrungen sind. Es ist das erste Mal, daß der Magistrat mit solcher Vorlage kommt; ich weiß nicht, ob früher andere Erwägungen den Magistrat zurückgehalten haben. Jedenfalls sollten wir die Vorlage zurückweisen und damit ausdrücken, daß wir dem ganzen Unternehmen mit Rücksicht auf seine Gefährlichkeit und Nutzlosigkeit für die Industrie uns fernhalten wollen.

Stadtv. Ramelow: Die Veranlassung zur Vorlage ist gegeben durch den Umstand, daß die Wettfahrt zum ersten Male von Berlin ausgeht; wir haben uns lediglich nach dem Vorbild anderer Städte gerichtet. Die Ausführungen des Vorredners haben ja viel für sich; aber bei der ersten Prinz-Heinrich-Fahrt ist überhaupt kein Unglück passiert, und das ist doch schon tröstlich. Die Idee der Verweigerung der Fahrgäste auf unbelebte Straßen ist unendlich schwer durchzuführen.

Die Vorlage wird angenommen.
Die Vorlage betreffend Versorgung der städtischen Waisenhäuser und Säuglingsfürsorgestellen mit Rindermilch gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

An die Deputation zur Verwaltung des Gefindefonds und Unterstützungsfonds sollen jährlich 616 M. aus angefallenen Zinsen, die gewöhnlich für gemeinnützige Zwecke Verwendung finden müßten, widerruflich ab 1. April 1910 überwiesen werden.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Ich beantrage Ausschuhberatung der Vorlage. Es soll eine an sich geringe Summe dem Gefindefonds und Unterstützungsfonds überwiesen werden; dieser Antrag sollte uns Anlaß bieten, das Statut dieses Fonds einmal von Grund aus zu revidieren. Wir haben ja schon öfter den Anstoß dazu gegeben, aber ein Erfolg ist nicht erreicht worden, namentlich ist es nicht gelungen, die Steuer von 50 Pf., die jeder Dienstbote beim Stellenwechsel an den Fonds abführen muß, zu beseitigen. (Große, andauernde Unruhe. Der Vorsitzende ersucht um Ruhe.) Diese Steuer ist schon seit 1873 nicht mehr Rechts; jedenfalls kann man nicht von einer Gemeinnützigkeit reden. Es ist eine an Erpressung grenzende Handlung, wenn diese 50 Pf. gefordert werden, ohne daß wirklich etwas Gemeinnütziges geschieht; denn nach dem Statut können nur Mädchen etwas bekommen, welche bei 60 Lebensjahren 10, bei 50 Jahren 20 Jahre lang ununterbrochen in Berlin im Dienst gestanden haben und bedürftig sind. Da hat von dieser Einrichtung nur eine verschwindende Anzahl von Dienstmädchen wirklich einen Vorteil. Sie müssen unterstützungsberechtigt geworden und mindestens 60 Jahre alt sein, um überhaupt etwas aus dem Fonds zu erhalten. Da kann man nicht von Gemeinnützigkeit reden; dieser Charakter des Fonds ist bei dem jetzigen Statut durchaus zweifelhaft. Andererseits stellen sich die Verwaltungskosten als enorm hoch dar. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag auf Ausschuhberatung an!

Der Vorsitzende Stellvertreter Cassel rät den Ausdruck „an Erpressung grenzende Handlung“ und ersucht den Vorredner, solche Wendungen in Zukunft nicht zu gebrauchen.

Stadtv. Labowig (R. L.) kann nicht begreifen, wie die Richtigkeit dieses Fonds bestritten werden kann.

Stadtv. Stadthagen: Ich habe erklärt, es ist nicht gemeinnützig, von etwa 80 000 Dienstmädchen 50 Pf. im Wege der Besteuerung zu nehmen, um nachher einer ganz kleinen Anzahl Wohlhabenden zuzuwenden. Anders wäre es, wenn seitens der Stadt ohne solche Steuern wirklich gemeinnützige Einrichtungen derart getroffen würden, wie es in vielen Kommunen der Fall ist.

Stadtv. Labowig findet, daß auch diese Darstellung an einer ganz kolossalen Uebertreibung leidet.

Damit schließt die erste Lesung. Wegen die zweite erhebt Stadtv. Singer Widerspruch, der genügend unterstützt wird. Die zweite Lesung kann danach erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

Inzwischen ist Stadtv. Dr. Liebknecht erschienen. Er wird von den Stadtv. Dr. Krons und Dr. Wehl in den Saal geleitet und vom Vorsitzenden Stellvertreter Cassel unter Hinweis auf seine bereits sechsjährige frühere Mitgliedschaft durch Handschlag auf die Städtewahl verpflichtet. Von seinen Parteifreunden wird Dr. Liebknecht darauf aufs lebhafteste begrüßt und beglückwünscht. Schluß 7/2 Uhr.

Soziales.

Kautionshaftung.

Durch die bei den Wack- und Schließgesellschaften übliche Gepflogenheit, von den zu engagierenden Angestellten die Einzahlung einer Kautionssumme zu fordern, sind eine Anzahl bei der Preussischen Wackgesellschaft m. b. H. angestellte Wächter geschädigt worden. Der bei dieser Gesellschaft bedienstete gewesene Inspektor Faj hat — wie der Vertreter der besagten Gesellschaft im gestrigen Termin vor der Kammer 8 des Gewerbebezirks erklärte — denen, die sich um eine Anstellung bei der Gesellschaft bewarben, stets 20 M. Kautionsabverlangt und nach geleisteter Zahlung derselben die Einstellung für die nächsten Wochen versprochen. Dies geschah in einem den Bedarf an Wächtern bei der Gesellschaft übersteigenden Umfang. Das Geld ist aber vielfach von ihm nicht an die Gesellschaft abgeliefert worden. Mehrere der Bewerber drängten nun auf die ihnen versprochene Einstellung. Dadurch erhielt die Gesellschaft Kenntnis von diesen Manipulationen des Inspektors. Von ihrem Rechte, ihn sofort zu entlassen, machte die Gesellschaft zunächst keinen Gebrauch. Sie begnügte sich damit, in den Kontorräumen in einigen Exemplaren ein Plakat auszuhängen, durch das die Wächter darauf hingewiesen wurden, daß die Gesellschaft nur die Quittungen, die mit der Unterschrift des Direktors versehen sind, für sich als rechtsverbindlich betrachte. Jetzt schwebt gegen diesen Dürer fremden Eigentums wegen dieser Unterschlagungen ein Strafverfahren.

Der Wächter A. ist im Oktober 1908 bei der Besagten in Dienst getreten und hatte die Kautionssumme in der üblichen Höhe von 50 M. erlegt. Der Inspektor Faj hatte sie trotz jenes Ausbanges vom Kläger in Empfang genommen, aber nur 20 M. an die Gesellschaft mit dem Bemerkten abgeliefert, daß A. zurzeit nicht mehr zahlen könne und die fehlenden 30 M. später noch einzahlen werde. Bei der kürzlich erfolgten Lösung des Arbeitsverhältnisses erhielt A. nur 30 M. Kautions zurück. Um den Rest zu erhalten, nahm er das Gewerbegericht in Anspruch. Die Besagte verweigerte unter Berufung auf jenen Ausbhang die Zahlung.

Das Gericht legte dar: Wenn der Ausbhang rechtsverbindlich ist, ist er es nicht nur für die im Geschäftsverkehr weniger routinieren Angestellten, sondern auch für die Gesellschaft selbst. Die Gesellschaft hat aber, obwohl der Inspektor Faj zur Entgegennahme solcher Kautionszahlungen nicht mehr berechtigt gewesen sein soll, die 30 M. des Klägers von ihm entgegengenommen, ohne sich mit dem Kläger über die in Art und Höhe inforzierte Ein-

zahlung auseinanderzusetzen. Demnach ist tatsächlich dem Inspektor die Vollmacht zum Abschluß solcher Rechtsgeschäfte nicht entzogen worden. Demzufolge war die Gesellschaft zur Herauszahlung der geforderten 20 M. zu verurteilen.

Aus der Lederindustrie.

Der Umfang der Lederindustrieberufsgenossenschaft hat nach dem uns vorliegenden Bericht für 1908 6268 Betriebe versichert. Die Zahl der versicherten Arbeiter ist aber zurückgegangen. Im Jahre 1907 waren 79 148 Arbeiter, im Jahre 1908 dagegen nur 76 788 oder 2358 weniger versichert. Das ist ein Zeichen der Krise, welche in der Lederindustrie natürlich erheblich einsehen muß. Die Zahl der entlassenen Arbeiter betrug also 2358 Proz.

In Konkurs gerieten im Berichtsjahre 47 Betriebe mit 496 Arbeitern, gegenüber 25 Betrieben mit 238 Arbeitern im Jahre 1907. Die Zahl der Konkurse hat sich also fast verdoppelt.

Gegen die Heranziehung zur Versicherung wurde von vielen Unternehmern geltend gemacht, daß „andere gleichartige Betriebe auch nicht versichert seien“. Die alte Aussede.

Die von der vorjährigen Genossenschaftsversammlung beschlossenen Bestimmungen für Anlagen zur Verarbeitung von rohen Schaf- und Ziegenfellen sowie von trockenen ausländischen Rohhäuten (Milzbrandverhütungsmaßregeln) wurden vom Reichversicherungsamt genehmigt und treten mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft. Der Bericht bemerkt aber hierzu, daß die Bekanntmachung der Vorschriften „in den Fachblättern“ erfolgte. Dies dürfte doch nicht. Es sollten vielmehr alle Arbeiter auf die großen Gefahren einer Milzbrandvergiftung hingewiesen werden. Der Bericht fühlt dies aber auch, denn es wird erwähnt, daß er eine „Belehrung über die Entstehung und Bekämpfung der Milzbrandkrankung“ ausarbeiten ließ und zum Ausbau in den Betrieben vertreiben will. Weniger Wert hat wohl der Beschluß, „sämtliche unter die Vorschrift fallenden Betriebe bestimmten Krankenhäusern zuzuteilen“. Es soll dadurch ein „schleuniges und sachgemäßes Heilverfahren“ gewährleistet werden. Die Hauptfrage ist doch, um daß die Krankheit verhütet wird, die großen Gefahren bei der Arbeit schon beseitigt werden.

Im Jahre 1908 sind 2129 Unfälle zur Anmeldung gekommen gegen 2072 im Jahre 1907. Auf je 1000 Versicherte entfallen somit 27,72 Unfälle gegen 26,18 im Vorjahre. Entschädigt wurden davon jedoch nur 512 Unfälle oder 24 Proz. der gemeldeten Unfälle. Davon entfielen 482 Fälle auf Erwaadene männlichen und 23 weiblichen Geschlechts, auf Jugendliche unter 18 Jahren männlichen Geschlechts 25 und weiblichen Geschlechts 2 Fälle.

Die mangelhafte Statistik des Berichtsjahrs, welche sich leider nur auf die entschädigten Fälle bezieht, ergibt, daß 198 Unfälle davon an Motoren und Arbeitsmaschinen sich ereignet haben, 13 an Bohrmaschinen, Aufzügen usw., 2 an Dampfseilen, 37 durch feuergefährliche Stoffe, 14 durch Zusammenbruch, Einsturz, 73 durch Fall von Leitern, Treppen, 66 beim Auf- und Abladen, 22 durch Fahrzeug, 4 im Eisenbahnbetrieb, 5 durch Tiere, 38 durch Handverwundung und 13 Unfälle durch sonstige Ursachen entstanden sind. Als Folgen der Unfälle wird bezeichnet: Tod in 31 Fällen, völlige Erwerbsunfähigkeit in 5 Fällen, teilweise Erwerbsunfähigkeit in 316 Fällen, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 160 Fällen.

Während also die Todesfälle auf 31 gestiegen sind, wurden aber nur 5 Schwerverletzte als „völlig erwerbsunfähig“ mit Ablauf der 13. Unfallwoche von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaft bezeichnet.

Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft haben im Jahre 1908 1247 Betriebe revidiert, gleich 19 Proz. aller Betriebe.

Festgestellt wurden insgesamt 654 Mängel in den revidierten Betrieben. Wieviele mag der Beamte gar nicht gesehen haben?

Aus der Frauenbewegung.

Kirche und Frauen.

Seit die aus den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen hervorgegangene Frauenbewegung immer gewaltigere Kreise zieht, sucht auch die Kirche sich mit ihr anzufreunden, im Gegensatz zu den Wutpamphleten, die sie zu Anfang dieser Bewegung und ihren verdienstlichen Vertreterinnen widmete. So wurde vor 14 Tagen in der St. Paulskathedrale zu London öffentlich für das Frauenstimmrecht gepredigt. Und die konfessionellen Zweige der Frauenbewegung in Deutschland entfalten eine fast unheimliche Tätigkeit und werden den „Bund deutscher Frauenvereine“ zweifellos bald beherrschen. Sowohl die evangelische wie die katholische und auch eine israelitische Frauengruppe sind an der Arbeit, um der Kirche womöglich den Hauptanteil des von den Frauen zu Entwendenden oder Entzehrten zu sichern. Schon einmal, im Mittelalter, hat es eine Frauenbewegung gegeben, die zur Gründung der Nonnenklöster geführt und woraus später die charitative Frauenbetätigung, die barmherzigen Schwestern usw. hervorgingen. Nun, ins Kloster werden sich die Frauenrechtlerinnen von heute, soweit sie den zivilisierten Völkern angehören, wohl nicht mehr zurückzugewinnen lassen, desto kräftiger verucht die Kirche, in Gestalt der Missionen auf die unzulänglichen Völker einzuwirken.

In dem „Ev. Luth. Missionarblatt“ vom 1. Juni schreibt ein Missionar den folgenden Passus über indische Frauen:

„In ganz Indien gibt es etwa 150 Millionen Frauen, von denen etwa 40 Millionen, die den höheren Volksklassen angehören, besonders in Nordindien ihr Leben in dumpfen Frauengemeinschaften, den Seranas, zubringen müssen. Nach der letzten Volkszählung 1901 waren 2/3 des weiblichen Geschlechts verheiratet, 1/3 war unverheiratet und von diesen waren 1/4 jünger als 10 Jahre. Daß unter den Hindus die Vielehe selten ist, geht daraus hervor, daß auf 1000 Ehemänner 1011 Ehefrauen kommen. Wie häufig die Kinderbetriebe ist kann man daraus erkennen, daß nach jenem Zensus von je 1000 Mädchen im Alter von 1—10 Jahren 115 und im Alter von 10—15 Jahren 428 verheiratet waren. Witwen gibt es 25,9 Millionen, Kinderwitwen unter 10 Jahren 115 286, unter 5 Jahren 19 487. Wieviel Jammer und Elend besagen diese Zahlen! Wie schlecht es mit der Bildung des weiblichen Geschlechts ist, erhellt daraus, daß von 1000 Hindu Frauen nur 7 lesen und schreiben können. (Von den christlichen Frauen 91.)

Obgleich die Männer in den höheren Volksklassen in Bezug auf Bildung den Frauen weit voraus sind und unter ihnen schon lange Vereine zur sozialen Reform bestehen, so haben doch die Frauen auch bei diesen „Gebildeten“ noch viel zu leiden unter der hergebrachten Mißachtung des weiblichen Geschlechts und der Beobachtung aller Unfliten.

Diesem Elend kann aber nur das Evangelium Abhilfe schaffen.

Das hört sich ja beinahe so an, als hätte die christliche Kirche die Frau wirklich frei gemacht. Die christlichen Kirchen predigen doch auch die Herrschaft des Mannes, die Unterordnung des Weibes. „Er“ soll dein Herr sein! Wenn die Kirche bei uns nun etwas andere Seiten aufsieht, dann nur zu dem Zwecke, um die Frauen an ihren, das heißt an den kapitalistischen Wagen zu spannen. Der Toleranzmantel birgt ein ergreiftendes Herz.

Fremdenindustrie und Arbeiterinnenbeschäftigung in der Schweiz.

Die Krämer und Konfekten in den Fremdenorten des Kantons Vevay haben es fertig gebracht, daß das Lamm in Kraft getretene neue kantonale Arbeiterinnenbeschäftigungsgesetz schon wieder verächtlich wurde. Das Gesetz bestimmt den Arbeit-Laden-Schluß und die minimale zehnstündige Nachtruhe. Der Große Rat hat nun beschlossen, das Offenhalten von Ladengeschäften bis abends 10 1/2 Uhr (!) für die Dauer von vier Monaten und die Verfürzung der Nachtruhe auf nur neun Stunden zu gestatten. Daraufhin hat die sozialdemokratische Fraktion die Einführung des einseitigen Laden-Schlusses für den ganzen Kanton und die Gewährung der Kompetenz an die Gemeinden, einen früheren Zeitpunkt zu bestimmen, beantragt, wozüber die Regierung einen Bericht erstatten soll.

Partei-Angelegenheiten.

Nichtenberg. Die Bibliothek des Wahlvereins, Bezirk Nichtenberg, wird zwecks Neuordnung vom Sonnabend, den 5. Juni bis auf weiteres geschlossen.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern wieder mal eine Sitzung von nur kurzer Dauer. Die Tagesordnung, die ihnen vorgelegt wurde, war immerhin reichlich genug, aber nur bei einigen Punkten ergab sich ein Anlaß zu Bemängelungen.

Gegen den Plan des Magistrats, den Ziegeltransport nach Berlin durch Einführung eines neuen Entladeverfahrens zu „reformieren“, machte Genosse Singer geltend, daß man hiermit einer einzelnen Unternehmungsgesellschaft ein Monopol schaffen werde.

Für das internationale Automobilwettracen, das unter Führung des kaiserlichen Automobilklubs diesmal von Berlin aus stattfinden soll, will der Magistrat einen Ehrenpreis stiften.

Eine Vorlage, die den Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds betraf, gab unserem Genossen Stadthagen Gelegenheit, erneut Kritik zu üben an den veralteten Bestimmungen dieses wunderlichen Instituts.

Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete die Einführung unseres Genossen Karl Liebknecht, des aus der Festungshaft in die deutsche Freiheit zurückgekehrten „Hochverräter“, der vor ziemlich anderthalb Jahren — damals schon ein Festungsgefangener — zum Stadtverordneten wiedergewählt worden war.

Eine Willkommensfeier

für den aus der Haft entlassenen „Hochverräter“ Genossen Dr. Karl Liebknecht hatte am Mittwoch Genossen des 11. Landtagswahlkreises in den Pharusälen in der Müllerstraße zusammengeführt.

Die Pharusäle waren wie belagert. Auf der Straße erwarteten Hunderte von Arbeitern, die keinen Einlaß mehr finden konnten, den Genossen Liebknecht, der Garten war gleichfalls voll besetzt und nur erst oben im Saale.

Als nach längerem Harren gegen 1/10 Uhr Genosse Liebknecht den Saal betrat, erschollen von allen Seiten Hochrufe auf den Wiedergekehrten, und prompt setzte der „Vereinte Sänger-Chor“ (Wedding) ein zum Vortrag eines Willkommensliedes, das nur ein Kampflied sein konnte.

Nach einem von Herrn Richard gesprochenen, dem Zweck des Abends entsprechenden Prolog nahm Genosse Vorkmann das Wort zu einer Ansprache, in der er auf das gegen Liebknecht gefällte Reichsgerichtsurteil und auf die Versuche, ihn aus dem Anwaltsstande zu entfernen, Bezug nahm und das ganze Verfahren nach den verschiedensten Seiten hin würdigte.

Parteilgenossen! Sie können sich denken, daß ich der heutigen Veranstaltung mit etwas eigenen Gefühlen gegenüber stehe. Zunächst einmal, weil ich der Menschheit ein klein bißchen entzogen worden bin, und mich nun plötzlich einer gewaltigen Menschenmenge gegenüber sehe, die mir mit ihrer Liebenswürdigkeit so herzlich entgegentritt.

eine gewisse Bedeutung gewonnen haben. Und so möchte ich die Veranstaltung als nicht als meiner Person gewidmet betrachten, sondern als ein fröhliches und herzlich willkommenes Zeichen der Partei. Parteilgenossen! Es ist in der Zeit meiner Abwesenheit vom Kampfplatz mancherlei geschehen. Es haben Umwälzungen stattgefunden, mächtiger und bedeutungsvoller Art.

Nach diesem ersten Teil des Abends trat der unterhaltende in sein Recht. Die siebenjährige Elise Schmidt trug zwei hübsche Sachen: „Hans Jörg“ und „Wir haben keine Heimat mehr“ vor, daran knüpften sich Rezitationen von Herrn Richard und Gesangsbeiträge.

Remerken wollen wir noch, daß im Laufe des Tages viele Glückwunschkartechen im Hause Liebknechts eingelaufen waren, die dem Hochverräter zu seiner Rückkehr in die Freiheit ein herzlich Willkommen wünschten.

Die Bevölkerungszahl Berlins hatte, nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt, zu Anfang Januar 1909 sich auf 2.106.942 gestellt. Sie war von da bis Februar auf 2.110.209, bis März auf 2.112.065 gestiegen, bis April in jähem Absinken auf 2.100.873 heruntergegangen und hat dann bis Anfang Mai sich wieder auf 2.101.032 erhöht.

Die Leichenseier für Ernst Deinhardt,

die am 2. Juni in Pantow bei Berlin stattfand, gestaltete sich zu einem imposanten Trauertage. Trotz dem Bekanntheit der Trauernachricht infolge der Festtage erst im letzten Augenblicke erfolgen konnte, hatte sich in dem stimmungsvoll decorierten Saale, in dem der Katastall mit dem Sarge aufgebaut war, eine zahlreiche Trauerversammlung eingefunden.

ferner die Generalkommission der Gewerkschaften, die Zentralverbände der Steinarbeiter, Züpler, Friseur, Bergarbeiter und andere mehr. Nach einem Schlußgefang des Quartetts war der Trauertag beendet.

Die Leiche wurde nach Hamburg übergeführt, wo die Einäscherung am 8. Juni erfolgt.

Umtausch beschädigten Papiergeldes. Uns wird geschrieben: Kürzlich bekam ich einen in vier Teile zerrissenen, notdürftig mit Briefmarkenpapier zusammengeklebten Zehnmarschein in Zahlung. Die Zurückweisung war nicht gut möglich, da die Zahlung an der Arbeitsstelle erfolgte.

Ueber Entweichungen von Hirsorgezöglingen wird fortgesetzt berichtet. Diese Entweichungen werden ein recht beachtenswertes Licht auf die einzelnen Erziehungsanstalten. Von gestern wird folgendes gemeldet: „Bei einem Sprung aus dem Eisenbahnzug schwer verunglückt ist der 12jährige Hirsorgezögling F., der vor einiger Zeit aus der Erziehungsanstalt in Strausberg entflohen war.“

Das Wechseln von Hundertmarktscheinen bei der Reichspost. Ein Leser schreibt uns: „Am 20. Mai war ich in der glücklichen Lage, einen Hundertmarktschein zu besitzen. Leider hatte ich das „Pech“, beim Einlaufen von Waren ihn wechseln zu müssen.“

Ust Tage tot in seiner Wohnung gelegen hat der 61 Jahre alte Arbeiter Franz Klenzig aus der Reuen Hochstraße Nr. 42. Der Mann betohnte seit einem Vierteljahr für sich allein eine Stube im fünften Stock. Er lagte oft über Atemnot, wollte aber vom Krankenhaus nichts wissen.

Mit Lysol vergiftet hat sich gestern nachmittag der 85 Jahre alte Eisenbahnassistent Franz Wude aus der Mühlstr. 42. Der Mann war seit 9 Jahren als Diätar auf dem Schleifischen Altersheimhof beschäftigt.

Zu Kessel vom elektrischen Strom getroffen. Ein Unglücksfall, wie er wohl selten vorkommen dürfte, hat sich gestern nachmittag in einem großen Fabrikbetriebe in der Uferstraße ereignet. Der

Monteur Ernst Strölow aus der Schulstr. 68 hatte einen ausgedehnten Betriebsleßel prüfen und reinigen wollen. Er stieg zu diesem Zweck in den Kessel hinein und leuchtete ihn mit einer elektrischen Handlampe ab. Der elektrische Strom, der von dem in die Erde eingegrabenen Kessel in die Metallteile der Handlampe überleitet wurde, drang auch in den Körper des Monteurs ein und wie vom Schläge getroffen stürzte St. zusammen. Arbeitskollegen, die bald auf den Unfall aufmerksam wurden, befreiten den Bewußtlosen aus seiner qualvollen Lage und brachten ihn nach der Rettungswache, wo der Arzt feststellte, daß große Lebensgefahr vorliegt. In fast hoffnungslosem Zustande wurde St. ins Birkow-Krankenhaus eingeliefert.

Das eines schwangeren Dienstmädchens, Hillos auf der Landstraße aufgefunden wurde das 21 Jahre alte Dienstmädchen Mathilde B., welches bei einem hiesigen Kaufmann in Stellung gewesen. Die W. war am 1. Mai entlassen worden, weil sie die Folgen eines Geschlechtsverkehrs bemerkbar machten, und suchte Unterkunft bei einer in Berlin wohnenden Tante. Dort fand jedoch das Mädchen keine Aufnahme und so irrte es nach seiner Angabe obdachlos umher, bis es auf der Köpenicker Landstraße zusammenbrach und einen Knaben gebär. Mutter und Kind wurden nach der Charité übergeführt.

Für 10 000 M. Seidenstoffe gestohlen. Durch die Decke nahm eine Einbrecherbande ihren Weg, die der Wollfabrik von Jacobowitz u. Wirtbaum in der Kommandantenstr. 70 eine nächtliche Visite abstattete. Die Fabrik befindet sich im zweiten Stockwerk, während die dritte Etage augenblicklich leer steht. Diesen Umstand nützte die Einbrecherbande dazu aus, um in die Fabrik einzudringen. Sie zertrümmerten die Schließvorrichtung der in den leerstehenden Räumen führenden Türen, bohren mit Hilfe eines Zentrumsbohrers aus der Decke ein Loch heraus und schlüpfen durch die Öffnung hindurch. Während einer der Einbrecher oben blieb, rafften die Komplizen unten große Päckchen Seide zusammen und reichten sie dem Diebesgefährtigen nach dem dritten Stockwerk hinauf. Nachdem sie auf diese Weise für nahezu 10 000 M. seidene Stoffe in Sicherheit gebracht hatten, nahmen sie wieder ihren Rückweg durch das Deckenloch.

Großfeuer
Am in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr in der Vopst. 5 auf dem ringförmigen von Wohngebäuden umschlossenen Holzlagerplatz des Vaugeschäftes von H. Köbel aus noch nicht ermittelte Ursache zum Ausbruch. Das Feuer, eins der größten und gefährlichsten, das Berlin seit Jahren heimgesucht hat, muß schon längere Zeit dort unentdeckt gebrannt haben, denn als der erste Röhrenzug aus der Wilmstraße an der Brandstelle ankam, stand dieser dem entsetzlichen Element machtlos gegenüber. Sofort wurde „Mittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet. Branddirektor Reichel war bald mit 50 Fahrzeugen zur Stelle. Von der Vopststraße, vom Hofsaufenplatz und der Urbanstraße aus wurde angegriffen. Immer größer wurde die Streitmacht, bis schließlich aus 27 Röhren, darunter 11 B-Röhren, Wasser gegeben wurde. Das große mit 100 000 M. bei der „Union“ versicherte Holzlager bildete um 12 Uhr ein einziges Flammenmeer. Die Hitze und der Rauch waren kaum zu ertragen. Der Wind trieb die Flammen und den Wind gegen die Quergebäude der Grundstücke Urbanstraße 102/105. Bald standen in diesen vier Gebäuden, die nur von kleinen Leuten bewohnt werden, Hunderte von Fensterkränzen, Garbinnen, Fenster- und Blumenbretter usw. in Flammen. Der Hausrat in Dutzenden von Wohnungen fing an zu brennen. Der Qualm betriebl die Bewohner aus ihren Wohnungen, dazu kam, daß die Treppenaufgänge total verqualmt waren. Die Aufregung über die Gefahr war unter den vielen Familien unbeschreiblich. Eine Menge fremder Personen, die sich an der Rettung der Möbel der kleinen Leute beteiligen wollten, vermehrten nur die Aufregung. Da die Brandstelle ringsherum von vierstöckigen Gebäuden umgeben ist, so war für die Feuerwehr die Situation sehr erschwert. Jeder Ueberblick ging verloren. Von den Dächern, den Höfen und aus den Fenstern, kurz, wo sich nur eine Gelegenheit bot, wurde angegriffen und Wasser gegeben. Um 2 Uhr nachts war die Nacht des Feuers gebrochen, langsam ging es zurück. Um diese Zeit brach in der Urbanstraße 102 ein Schuttdach zusammen, wobei zwei Oberfeuerleute und ebensoviel Feuermänner von der 1. Kompanie, ein Oberfeuermann und zwei Feuermänner von der 2. Kompanie und mehrere Oberfeuerleute und Feuermänner der 5. Kompanie verletzt wurden. Die armen Kerle lagen wie gemahlt übereinander und konnten sich nur mit Mühe retten. Sie blieben aber sämtlich im Dienst, um ihre im Feuer stehenden Kameraden nicht zu gefährden. Bei der späteren Untersuchung ergab sich, daß zum Bau des Schuttdaches alte, zur Hälfte angeschnittene, angefaule und angestimmte Dachsparren verwendet worden waren, die natürlich an diesen gefährlichen Stellen unter der Last der Wandschichten zusammenbrechen mußten. Die Feuerwehr war schließlich so erschöpft, daß sie abgelöst werden mußte. Mit Ausnahme der 4. Kompanie hatten alle Kompanien an der Brandstelle zu tun. Um 7 Uhr früh waren noch die beiden Jüge 12 und 19 mit acht Schlauchleitungen tätig. Das Mauerwerk mit den verkohlten Bedachungen wurde vormittags von der Feuerwehr umgelegt, um die Einsturzgefahr zu verringern. Pferde und Wagen des Vaugeschäftes von H. Köbel konnten sämtlich gerettet werden. Von den vielen Holzbearbeitungsmaschinen sind 14 total vernichtet. Der Betrieb der Fabrik soll sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt. Den „kleinen“ Leuten in der Urbanstraße sollen eine Menge Sachen entwendet worden sein. Während des Brandes war die ganze Gegend in der allergrößten Aufregung, weil sich das Gerücht verbreitete, die Häuser in der Urbanstraße seien nicht mehr zu halten und hätten schon Feuer gefangen. Durch den großen Qualm, der die Polizei einküßelte, wurden diese Gerüchte verstärkt. Bis gegen Morgen blieb alles auf den Weinen und viele Personen sind nicht zur Ruhe gekommen. Die Polizei unter Leitung des Polizeioberst Höftt perierte die angrenzenden Straßen ab. Gehilmer Oberregierungsrat Friedheim und andere höhere Polizeibeamten erschienen und bewirkten längere Zeit. Von den bei dem Brande verletzten Feuermännern haben sich nachträglich einige in ärztliche Behandlung begeben müssen. Hoffentlich tragen sie keine dauernden Nachteile davon. Der Anblick der Brandstelle, an der die Feuerwehr auch gestern noch viel zu tun hatte, ist kaum zu beschreiben. Rings um den Brandherd herum nichts als schwarze ausgebrannte Fenster, Befest mit Menschen, die den Arbeiten der Feuerwehr zusehen, die jetzt das verkohlte Gebäud und die schiefen Mauerreste einzieht.

Opfer des Straßenverkehrs. Zwei schwere Strohmanfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. In der Verliner Straße in Hohen-Schönhausen geriet beim Ueberqueren des Fahrdammes ein dreißigjähriger unbekannter Mann unter einen Straßenbahnwagen der Straßenbahngesellschaft Nordost der Linie Alexanderplatz-Hohen-Schönhausen und wurde so unglücklich überfahren, daß ihm der rechte Oberschenkel zermalmt wurde. Im Krankenhaus Friedrichshagen, wohin man den Verunglückten brachte, mußte ihm das verletzte Glied abgenommen werden. — Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 86 an der Ecke der Prinzen- und Sedanstraße fiel der Schüler Martin Michel, bei seinen Eltern in der Wörstiger Straße 68 wohnhaft, so unglücklich, daß er mit der rechten Hand unter das Vorderbord des Fahrgewägens geriet. Dem Knaben wurden die sämtlichen Finger buchstäblich abgequetscht. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Die Berliner Kammerspiele auf der Bühne. Heute man das Theaterstück nennen, daß dieser Tage zum ersten Male unter dem Titel: „Im Café Roblesse“ im Thalia-Theater gegeben wurde. Eine Epigrammentomade nennt der Verfasser Karl Schiller seine neueste Arbeit, welche Bezeichnung und anfänglich befürchtete sich, ein Stück im Stile Sherlock Holmes' zu sein. Die Befürchtung erwies sich glücklichweise als eine grundlose. Der Verfasser führt uns in das Milieu eines Salons mit der roten Laterne, in dem die „Bedienung von zarter Hand“ erfolgt, und zeichnet gar nicht

über gute Typen. Da ist die „junge Birkin“, wie sie sich auf den Kellern zeichnen lassen, eine ziemlich beschränkte Nummer, die mit den Kellnerinnen arbeitsmässig zertet, weil sie nicht genug Gäste zum Ausruhen mitbringen. Da sind zwei Kellnerinnen, von denen die eine ihr Meier besser als die andere versteht. Auch der vorkommene Klavierpieler, der für Hans v. Wilow schwärmt, und selbst der Zettelverteiler, der mit einigen Schnäpzen aufziehen ist, fehlen nicht. Mit naturalistischer Treue wird gezeigt, wie so ein Provinzialer aus Stargard, der seinem Onkel in Berlin Hypothekenzinsen abliefern soll und zufällig in die Halle eines Inne-geräts, nach allen Regeln der Kunst „ausgemistet“ wird. Auf diesem Untergrund spielt sich nun so etwas wie Handlung ab. Der Draufgänger der Kellnerin Elise ist der „König der Geldstranfnader“ und hat zehn Jahre Zuchthaus. Nach vier Jahren bricht „Franz“ aus und erhebt sich im „Café Roblesse“, wo Elise wohnt, in den gestohlenen Kleidern des Justizhauspastors und tritt als Vertreter der inneren Mission auf, dem zufällig nach ihm fahndenenden Kriminalbeamten, der Elise über ihn ausforschen will, mächtig die Leviten lesend. Franz schlägt der Polizei, die nach ihm aus ist, manches Schnippchen und entschließt sich, noch ein Ding zu brechen, um dann mit seiner Elise, die an ihm hängt, weil sie das Wertegute liebt, über dem großen Wasser ein neues Leben zu beginnen. Und zu diesem Zweck bricht er bei dem Hauswirt, einem Erzeuger, ein, diesem noch eine Nase drehend, indem er ihm einen Zehntelmarktstück von seinem eigenen Gelde berecht. Das Spiel war durchgängig flott.

Der Arbeiter-Vanderverein Berlin, dem nur in sozialdemokratischen Organisationen Organisierte angehören und in welchem nur solche aufgenommen werden, veröffentlicht im Inseratenteil der heutigen Nummer näheres über seine Zwecke.

Der Arbeiter-Vanderverein „Naturfreunde“, der durch Veranstaltungen regelmäßiger Wanderungen durch die Mark das Natur-empfinden und die Naturkenntnis in der Arbeiterkategorie wecken, stärken und pflegen will, hält heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal I, eine Versammlung ab, in der Engelbert Graf über die Kunst zu wandern einen Vortrag halten wird.

Relognoziers ist die junge Frau, die an der Waterloo-Brücke ins Wasser sprang und tot herausgezogen wurde. Es handelt sich um die erst 20 Jahre alte Elise Weng, Camphausstr. 4. Die junge Frau war erst 14 Tage mit einem Schriftsetzer verheiratet und scheint in der Ehe nicht gefunden zu haben, was sie glaubte.

Verschwunden ist das 2 1/2 Jahre alte Söhnchen des Steinsegers Gustaf, Streifenstr. 117, I seit dem 1. Juni mittags. Das Kind war nur fünf Minuten auf der Straße und ist seitdem nirgends zu finden. Den Polizeirevierern ist Mitteilung gemacht. Der Knabe ist ein kräftiges, hellblondes Kind, war ohne Jade, ohne Kopfbedeckung und mit grauer Schürze und hellen Höschen bekleidet. Die Eltern bitten um zweckdienliche Meldungen.

Treptow Sternwarte. Im großen Vortragssaal der neuen Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Ein Ausflug in die Sternwelten“, um um 7 Uhr über: „Katastrophen auf der Erde und am Himmel.“ Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr spricht Direktor Archenhold über: „Jupiter und seine Monde.“ Die Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. — Im großen Fernrohr wird am Tage die Sonne und abends der Planet Jupiter gezeigt. Kleineres Fernrohr stehen den Besuchern zur Beobachtung beliebiger Himmelsobjekte frei zur Verfügung.

Einer armen Arbeiterin gehört anscheinend ein rotlederndes Damenportemonnaie, das gestern in der Wörstiger Straße gefunden wurde. Daran läßt der nicht allzu erhebliche, aber für eine Arbeiterin doch schwer zu entbehrende Geldbetrag schließen, der sich in dem Portemonnaie befand. Der Finder möchte deshalb diesen Fund gern abliefern, und kann sich die Verkleinerung melden bei Walter Stahlberg, Franzstr. 17, Hof parterre.

Straßenverengungen. Die Verkehrsstraße von der Beckermannstraße bis zur Schwebeter Straße (mit Ausschluß der Kreuzbäume) wird behufs Ausführung der Bauarbeiten zur Ueberführung der Verkehrsstraße über die Eisenbahngleise sofort bis auf weiteres für Fußwege, Reiter und Fußgänger gesperrt, desgleichen die Bräderstraße von der Scharrenstraße bis zur Reumannsgasse.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Das neue Wilmerdorfer Schnellbahnprojekt ist im Grunde nichts als eine neue Kennzeichnung der Möglichkeit unserer Groß-Berliner Kommunalzustände. Wir haben eine Regierung, deren intensive Stadtförderung die Entwicklung zur kommunalen Einheit, ohne die nun einmal ein Ueberleben unmöglich ist, unter sinnlosen Ausflüchten zu hinterziehen sucht. Insbesondere zeigt diese Regierung, daß ihr in der Verkehrspolitik nicht so sehr das Ueberleben der Gesamtheit, als der Schutz des Privatkapitals das erste Gebot ist. Das zeigte sich vorgestern abends deutlich, als der Wilmerdorfer Stadtverordnete Heimig über die Magistratsvorlage Bericht erstattete. Der Leiter desselben Verkehrsministeriums, das die Unterstützung der Großen Berliner in ihrem Kampfe gegen die Stadt Berlin auf dem Gewissen hat, ließ nach der Berichterstaltung auch in der mit den Vertretern der Vororte am 27. März d. J. abgehaltenen Konferenz nicht den geringsten Zweifel darüber, daß er seinem neuen Verkehrsplan zustimmen werde, der der Hochbahngesellschaft Konkurrenz machen könnte. Nun würde die Rücksichtslosigkeit der Regierung sich in Verkehrsangelegenheiten weniger hemmend und schädigend äußern, wenn sie nicht durch die Eifersucht der Gemeinden untereinander täglich neue Nahrung erhielte. Berlin selbst hat unter den heutigen Verhältnissen kaum ein Interesse an Opfern für den Schnellbahnbau, mit den Vororten, weil dadurch der ohnedies genug belagerte Fortzug von neuem verstärkt würde. Die Vororte selber aber überbieten sich dem Verede vom Verkehrsverband zum Trotz in Konkurrenzplänen, die bei aller Großartigkeit und Kostspieligkeit immer nur die eigenen Zusatzinteressen berücksichtigen und den Blick auf die Entwicklung des Ganzen vermissen lassen. Das von Wilmerdorf eingebrachte neue Verkehrsprojekt, das den Bau der nach Dahlem führenden Bahn unüberlegt läßt und die „Erschließung“ von Halensee mit seinen Hintergemeinden Grunewald und Scharnagendorf ins Auge faßt, sieht an sich durchaus respekabel aus. Aber man darf der Gemeindeverwaltung von Wilmerdorf nicht gut die Ratlosigkeit zutrauen, daß sie im Ernst von Charlottenburg erwartet, diese Stadt werde nunmehr nicht nur ihr eigenes Bauprojekt fallen lassen und der Fortführung der Dahlemer Linie durch ihr Gebiet nichts mehr in den Weg legen, sondern auch noch zwei Millionen Mark unter die Arme greifen. Denn daraus läßt der Vorschlag Wilmerdorfs hinaus, daß die Stadt Charlottenburg die Kosten tragen soll, soweit die Bahn durch ihr Gebiet führt. Da nun Ratlosigkeit, wie gesagt, nicht gut als Entschuldigung angenommen werden kann, wird man das Projekt auf Charlottenburger Seite als einen „Lump“ betrachten, der sich auf den Glauben stütze, daß der Minister, der für das konservative Wilmerdorf recht oft ein freundliches Augenblinzeln übrig gelassen hat, sich auch ferner der jüngsten unter den westlichen Stadtgemeinden gnädig zeigen werde. In Charlottenburg wird man eilige Blößen darüber ziehen, daß die Wilmerdorfer ihre 8,0 Kilometer lange Bahn, deren Teilstrecke Wittenbergplatz-Halensee allein 1 1/2 Millionen Mark kosten soll, ohne Anknüpfung auf dem Wittenbergplatz enden lassen und nur ganz obenhin davon reden, daß wohl eine über den Scharnagener Berg führende Verbindung nach der Scharnagener Untergrundbahn hin das Beste sein werde. Besonders Erbarmung wird aber die Predigt des Wilmerdorfer Stadtverordneten Professor Dr. Leidig den Charlottenburgern bereiten. Der stark ins Konservatives schillernde Herr wußte am

Mittwoch abend gar sinnig auseinander zu setzen, daß die neidvolle Stadtförderung der Agrarier und ihrer Sachwalter in der Regierung sich schlecht für die Gemeinden untereinander schide und daß Charlottenburg und Wilmerdorf sich daher brüderlich die Hand zum Grunde reichen müßten. Doch diese Haltung war noch die verständigere. Bei monotoner Stadtverordneten löste der Magistratsvorlag eine Art Durrausgang aus, die sich hier und da in gisfischen Bemerkungen über Charlottenburg äußerte und auch nicht sonderlich beeinträchtigt wurde, als Stadtbaurat Müller der Versammlung am Schluß vorredmete, daß Wilmerdorf zur Unterhaltung der Bahn im Anfang jährlich 200 000 M. werde zuschießen müssen, während man später mit 100 000 M. auszukommen gedente.

Die einstimmige Annahme des Magistratsantrages wurde mit Verboten begriff. Hoffentlich bleibt Wilmerdorf von dem Ratengammer verschont, der gemeinhin einer Jubelstimmung nachfolgt.

Rixdorf.
Im Werbesines ertrunken sollte, wie wir gestern berichteten, ein Teilnehmer der Pfingstfahrt der hiesigen „Freien Turnerstaffel“ sein. Wie und nun von genanntem Verein mitgeteilt wird, ist der Verunglückte ein Teilnehmer eines vom Turnverein „Fichte“ arrangierten Ausfluges gewesen.

Schöneberg.
Die Besoldungslisten der Lehrpersonen an den Höheren, Mittel- und Gemeindeschulen sind vom Magistrat festgelegt und werden zur weiteren Beschlußfassung unterbreitet. Danach sollen erhalten: Direktoren an Volksschulen ein Anfangsgehalt von 8200 M. in L. 1800 M. Richtschlichtbildung nach 13 Dienstjahren bei viermaliger Zulage von 700 M. 11 000 M. Die Direktoren an Mittelschulen erhalten 7700 M. Anfangsgehalt, steigend bei viermaliger Zulage von je 700 M. bis 10 500 M. Das Anfangsgehalt der Oberlehrer beträgt 4000 M., es erreicht bei viermaliger Zulage a 700 M. und dreimaliger Zulage a 600 M. 8600 M. Die Oberlehrerinnen pro facultas docendi (das sind solche, die die Erlaubnis haben an Hochschulen zu lehren) erhalten 4000 bis 7200 M., die Steigerungen betragen einmal 500 M., sechs mal 450 M. Oberlehrerinnen, geprüft nach den Bestimmungen von 1894 und 1900 erhalten 3400 bis 6000 M. bei Steigerungen von dreimal 400 und viermal 300 M. Ordentliche Lehrer 3400 bis 5800 M., Steigerung achtmal 300 M. Zeichen-, Turn- und Geographielehrer 3400 bis 5800 M., Steigerungen achtmal 300 M. Die Zeichenlehrer befragen sich, daß sie zurückerlegt sind gegen Turn- und Geographielehrer, da ursprünglich ihr Gehalt 1000 M. höher war. Elementarlehrer an Volksschulen und Vorkurslehrer erhalten 3000 bis 5400 M., mit Steigerungen von achtmal 300 M. — Ordentliche und Zeichenlehrerinnen 2650 bis 4000 M., die Steigerungen betragen sechs mal 175 und zweimal 150 M. — Der Rektor der Mittelschule erhält 5000 bis 7400 M., einschließlich einer persönlichen Zulage von 300 M., nach Steigerungen von achtmal 300 M. — Geprüfte Mittelschullehrer 3200 bis 5600 M., Steigerungen achtmal 300 M. — Rektoren der Gemeindeschulen 4100 bis 6500 M., einschließlich Richtschlichtbildung 1100 M., Amtszulage 1200 M., Ortszulage 400 M. — Gemeindeschullehrer einschließlich Lehrer der Hilfsklassen an der Gemeindeschule 1820 bis 5000 M., in 32 Dienstjahren; Steigerungen sechs mal 300 M., dreimal 200 M. Die Hilfslehrer erhalten außerdem eine Amtszulage von je 400 M., die nach fünf Jahren pensionberechtigt wird. — Waisenhausliche und Zeichenlehrerinnen erhalten 1650 bis 3500 M., von der endgültigen Anstellung ab zehn Steigerungen zu 150 M. — Technische Lehrerinnen 1550 bis 3100 M. — Fortbildungsschullehrer im Hauptamt 3400 bis 5800 M., Steigerungen achtmal 300 M. Für 179 Lehrpersonen der höheren Lehranstalten beträgt der Mehrbedarf 94 475 M., für die Mittelschullehrer 5387,50 M., die Gemeindeschullehrer 143 815 M., die Fortbildungsschullehrer 1400 M. Der Gesamtmehrerbedarf beläuft sich auf 250 137,50 M.

Treptow-Straßenschulweg.
Aus der Gemeindevertretung. Die im März beschlossene Erhöhung der Hundsteuer von 15 auf 20 M. wird in diesem Jahre noch nicht erhoben, weil die Genehmigung des Ortsstatuts von der Aufsichtsbehörde zu spät erfolgte. — Für die Entwürfe der Vauhs- und Eisenstraße bei der Ueberführung der Gröbinger Bahn werden von der Bahn 9000 M. zugesagt. — Mit dem schon längst projektierten und beschlossenen Bau eines Rathauses soll im Monat Juli begonnen werden. Es wird nach einem Entwurf von Professor Reinhardt und Scharfent im Landhausstille an der Ecke der Parkstraße und Neuen Krug-Allee errichtet werden. Die Baukosten sind auf 500 000 M. veranschlagt worden, wovon schon 25 000 M. im diesjährigen Etat bereitgestellt worden sind. Im Oktober 1910 sollen schon einzelne Teile des Gebäudes in Benutzung genommen werden. — Die Gemeinderrechnung für 1907 weist eine Minderausgabe von 42 000 M. auf. — Die Hermann- und Georg Weermann-Schenkung gewährt aus den Einkünften des Schenkungskapitals Unterstufen an bedürftige und dauernd arbeitsfähige Angestellte und Arbeiter der Firma und deren Hinterbliebenen. Die Gemeindegasse hat auf Anweisung der Firmeninhaber 18 laufende und 20 einmalige Unterstufen gewährt und den Rest dem Kapitalfonds zugeführt. — In die Rechnungsprüfungskommission wurde an Stelle des ausgefallenen Genossen Karow Genosse Gramenz gewählt. — Für Freistellen an höheren Schulen sind vom Kommerzienrat Haberland 500 M. gestiftet worden.

Weißensee.
Aus der Gemeindevertretung. Eine rege und zum Teil spitzige Debatte entstand zunächst über die Wirtschaftsweise auf dem Rittergute Viehholz. Anlaß hierzu gab der Umtausch der alten mit einer größeren Dreschmaschine, wozu die Summe von 2120 M. bewilligt werden sollte. Der Dezernent hatte die Dreschmaschine angeschafft, ohne sich die Mittel vorher von der Gemeindevertretung bewilligen zu lassen; die Herren hatten es daher leicht, den verhassten Dezernenten eins auszuwichen. Man glaubte sich in eine Bauernverammlung verlegt, wo man bei einer Pfeife Tabak leeres Stroh drischt. Gegen sechs verschiedene Arbeitgeber soll Klage erhoben werden, weil diese bei ihnen beschäftigt gewesen Steuernachzahlern die rechtzeitig beschlagnahmten Steuern vom Lohn nicht abgezogen haben. Ein Antrag, diese Steuern niederschlagen, wurde von der Mehrheit abgelehnt, da der Staat die Steuern von der Gemeinde verlangen würde, wenn nicht von allen vorhandenen Rechtmitteln, die Steuern beizutreiben, Gebrauch gemacht wird. — Der in der vorigen Sitzung gefasste Beschluß gegen einen Restaurationspächter die Ermittlungsfrage zu erheben, wurde wieder aufgehoben, da inzwischen ein Teil der rückständigen Pacht an die Gemeindegasse gezahlt ist; zugleich wurde beschlossen, die Pacht um 400 M. pro Jahr herabzusetzen, da man sich überzeugt habe, daß der bisherige Pachtzahler zu hoch sei. — Das hiesige Anschlagewerk, welches an die Berliner Ausstellungsgalerien verpackt war und von diesen an einen zweiten weiter verpackt ist, soll nun wiederum an einen dritten verpackt werden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß allen drei Kontrahenten die eventuelle Vertragserfüllung zugesichert wird.

Bernau.
Zwei größere Waldbrände brachen am Mittwochnachmittag gegen 3 Uhr in der östlichen Seite in der gräflich Hedernschen Forst aus und bräutig die Feuerwehren längere Zeit. Das Feuer, welches durch die kolossale Trockenheit sehr schnell um sich griff und circa 40 Morgen Waldbestand einäscherte, ist jedenfalls durch unvorsichtiges Wegwerfen von brennenden Zigaretten entstanden.

Mitglied Marktbesicht der sächsischen Markhallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markthalle: Fleisch: Futur reichlich, Gehalt etwas reger, Preise für Rindfleisch nachgehend, Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Futur genügend, Gehalt normal, Preise nachgehend. Geflügel: Futur über Bedarf, Gehalt schleppend, Preise gedrückt, Fische: Futur genügend, Gehalt etwas reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise nachgehend. Gemüße, Obst und Südfrüchte: Futur reichlich, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert.

Gerichts-Zeitung.

Zahlabend und Polzeistunde.

Bei dem Schankwirt Otto Krüger, der in der Kochstr. 40 eine Restauration hat, fand am 14. Januar ein Zahlabend des 148. Bezirks des 2. Berliner Reichstagswahlkreises statt. Die Zahlabende werden dort schon seit Jahren abgehalten und sind zur Zeit des alten Vereinsgesetzes als regelmäßig wiederkehrende Sitzungen ein für allemal angemeldet worden. Die Polizei hat noch niemals Schwierigkeiten gemacht.

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar, bald nach 12 Uhr, erschien plötzlich der Schuhmann Polz und fragte, weshalb Krüger noch Gäste hätte. Krüger antwortete, daß bei ihm ein Verein tagte und daß dieser auch angemeldet wäre. Nichtsdestoweniger wurde gegen Krüger Anklage wegen Ueberschreitung der Polzeistunde erhoben, und er wurde auch vom Schöffengericht zu zwei Mark Geldstrafe verurteilt.

Der grundsätzliche Bedeutung wegen legte er Berufung ein, die in zweiter Instanz durch den Rechtsanwalt Wolfgang Feine vertreten wurde. Im Termine am 2. Juni vor der Strafkammer 9 des Landgerichts II konnte der Zeuge, Schuhmann Polz, nicht behaupten, daß irgend jemand im Lokale gewesen wäre, der nicht Mitglied des betreffenden Wahlkreises gewesen wäre. Er meinte aber, daß sich ein Teil der Anwesenden im vorderen Lokale am Schankisch befunden hätte, wäre ein Verkehr von Gästen im öffentlichen Lokale zu konstatieren gewesen. Der vom Verteidiger geladene Zeuge Schwente sagte, daß er seinerzeit diese Zahlabende angemeldet hätte, und daß an diesen immer nur die Mitglieder des betreffenden Bezirks teilnahmen, die durch die gemeinsame Tätigkeit im Verein und durch die regelmäßigen Zusammenkünfte untereinander bekannt, ja befreundet zu sein pflegten.

Der Verteidiger beantragte danach die Freisprechung. Er legte dar, daß Zusammenkünfte eines so eng geschlossenen Kreises nach der Rechtsprechung des Kammergerichts nicht an die Polzeistunde gebunden wären, und daß es auch gar nicht darauf anliege, ob etwa einige Mitglieder sich in dem vorderen Teile des Lokals aufgehalten hätten, weil dieses eben zu jener Zeit nicht der Öffentlichkeit zugänglich gewesen wäre und nicht den Charakter eines öffentlichen Schankraumes getragen hätte.

Der Staatsanwalt stellte ebenfalls die Freisprechung anheim, auf die dann das Gericht erkannte.

Sekretärinwindek.

Daß die Liebe mitunter blind macht, beweist wieder einmal eine Verhandlung, mit welcher sich die 4. Strafkammer des Landgerichts III zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen Betruges war der Schloffer Artur Kersten. — Im Herbst d. J. machte die Verkäuferin Ida S. in einem Lokal die Bekanntschaft des Angeklagten, der sich hierbei nach jeder Richtung hin als „galanter Cavalier“ benahm. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich schon nach kurzer Zeit ein Liebesverhältnis, welches zu einer Ehe führen sollte. Die S. glaubte ihrem „Zukunftigen“ alles aufs Wort und hielt es nicht einmal der Mühe wert, sich irgendwie zu erkundigen. Es fiel ihr auch keineswegs auf, daß S. ständig in Geldverlegenheiten war und sie ihm fast jedesmal bei Ausgängen ihr Portemonnaie zu stecken mußte, von dessen Inhalt dann gewöhnlich nicht viel übrig blieb. In ihrer grenzenlosen Leichtgläubigkeit hängte sie dem Angeklagten sogar eines Tages auch ihre goldene Uhr und einen Ring aus. Die Augen wurden ihr erst geöffnet, als eines schönen Tages ein anderes junges Mädchen bei ihr erschien, sich ebenfalls als die Braut des S. vorstellte und durch ihre von dem Angeklagten herrührenden Briefe bewies, daß sie schon ältere Anrechte auf ihn habe. Die Geläubigte erstattete Anzeige, wobei sie gleichzeitig erfuhr,

daß ihr ehemaliger Bräutigam ein schon mehrfach vorbestrafter Knisch ist. — Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 4 Monate Gefängnis.

„Patriotischer“ Altbimbin gehört zum Unterricht.

Das Kammergericht entschied dieser Tage wieder einmal, daß Sedanfest u. dergl. zum Volksschulunterricht gehöre.

In einem Dorfe bei Sonitz hatte die Schulverwaltung für die Schuljugend ein Sedanfest veranstaltet. Unter Musikbegleitung zog man in die Nähe des Waldes, wo „patriotische“ Ansprachen gehalten wurden. Durch eine vorher vorgenommene Sammlung hatte man Mittel für kleine Geschenke aufgebracht, die an die Kinder verteilt bzw. verlost wurden. Herr Staudenroth hatte seine Kinder von der Teilnahme zurückgehalten. Wegen Uebertretung der Regierungsverordnung, die Schulversammlungen unter Strafe stellt, wurde er von der Strafkammer in Sonitz zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Sedanfeier am Walde habe auch wesentlich Schulzwecken gedient, indem dort, wie das in der Schule ebenfalls geschehe, im Sinne der vaterländischen Geschichte erzählerisch auf die Kinder eingewirkt worden sei. Der Angeklagte legte Revision ein und bestritt, verpflichtet gewesen zu sein, seine Kinder nach dem Walde mitzunehmen zu lassen. — Das Kammergericht verwarf die Revision. Es führte aus, der Senat habe immer angenommen, daß derartige patriotische Schulfeiern, wo die Kinder etwas lernen sollten, zum Schulunterricht zu rechnen seien, und daß die Kinder daran teilnehmen müßten. — Das Vaterland ist nun gerettet.

Vermischtes.

Hochwasser in Kanada. Aus Montreal wird gemeldet: Der Ottawafluß führt Hochwasser, das größte, das seit 40 Jahren aufgetreten ist. In etwa 10 000 Sägemühlen sind die Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Fünf Bergleute getötet. Einer Meldung aus Obiedo zufolge wurden bei einer Explosion schlagernd vier Arbeiter im Bergwerk Rosquitera bei Cabahin fünf Bergleute getötet und zwei verwundet.

Baumsturz. Einer Meldung aus Pech zufolge berunglückten beim Neubau der städtischen Höheren Mädchenschule gestern früh zwei Maurer dadurch, daß mehrere Meter des Dachgestübes sich lösteten und das Gerüst durchschlugen, auf dem die beiden Bauleute arbeiteten. Der eine von ihnen ist tot, der andere wurde schwer verletzt.

Erdbeben in Chile.

Nach einer Depesche aus Santiago de Chile wurden in der Umgegend von Quapanquil gestern in einem Zeitraum von vier Stunden 38 Erdschütterungen verbunden mit starkem unterirdischen Getöse wahrgenommen. Zu gleicher Zeit herrschte ein heftiger Sturm. Bei Tagesanbruch war der Himmel 10 Minuten lang hell erleuchtet, und Wolke ohne begleitenden Donner durchzuckten die Luft.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 26. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Drillingen. — Der Schöngestirne — oder der moderne Menschenjäger. Von H. Kahlbeimer. — Zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Von Gustav Hoch-Danau. (Fortsetzung.) — Zum Entwurf des Organisationsstatuts. Von L. Radoh-Krammster. — Der Verbleib einer kämpfenden Proletarierin. Von R. Knuth. — Literarische Rundschau: Friedrich Kaufmann, Das Ideal der Freiheit, Form und Sache. Von Hermann Wendel. — Notizen: Ein Helfer des Reichsverbandes. Von R. Knuth. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2 2/3 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieses bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Der Wahre Jacob“ bringt in der Nummer 12 seines 26. Jahrgangs aus Anlaß des Wahlkampfes der sinnlichen Arbeiter-Sozialdemokratie eine Abhandlung „Die sinnliche Arbeiterpartei im Kampfe mit der Reaktion“ von R. Warmer, der 27. Vorläufer sinnlicher Sozialdemokratischer Parlamentarier beigegeben sind, von denen namentlich die 18 Vorläufer weiblicher Abgeordneter die Aufmerksamkeit der deutschen Parteigenossen, die das Stimmrecht noch erwerben müssen, erregen werden. Ferner bringt die Nummer die Bilder: „Weltreise“, „Der Feldzug der Geister“, „Die Spießhahnen in Berlin“, „Zwischen Schuß und Garabdis“, „Die teuren Reichstags“, „Im Garten des Reichsboten“, „Zum Wahlrecht in Berlin“, „Der Agrarier“, „Der teigliche Teil der Nummer enthält noch die Gedichte: „Des Agrariers Traum“, „Ein Obedient“, „Der glückliche Bergmann“, „Eder und erleuchteter Luitpold“, „Berter Klasse“, „Kugel eines Berliner Spielers“ und „Die Beamten“ und zahlreiche literarische Profabelsätze. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

La Démocratie Socialiste allemande et autrichienne et les élections de 1907 (Die Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs und die Wahlen des Jahres 1907) von Dr. Charles Brocard. Paris 1909 bei Michalon (Librairie des facultés). 187 Seiten, 4/5, franz.

Witterungsüberblick vom 3. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmenda	760	SW	3	bedeckt	14	Dabranba	757	R	4	wolkig	6
Gamburg	763	SW	3	wolkig	9	Petersburg	749	SW	3	Regen	10
Berlin	761	R	3	bedeckt	13	Seidlitz	763	SW	5	wolkig	11
Kranitz	761	W	3	bedeckt	15	Wernitz	760	W	1	wolkig	10
Ranshan	760	W	4	wolkig	21	Paris	759	SW	3	bedeckt	14
Wien	760	D	1	heiter	19						

Wetterprognose für Freitag, den 4. Juni 1909.
Hemlich heiter, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 6.		am 1. 6.		Wasserstand	am 2. 6.		am 1. 6.	
	om	om 1/2	om	om 1/2		om	om	om	om
Remel, Mühl	184	—	184	—	Saale, Großh	64	—	64	—
Wegel, Zankerburg	—	—	—	—	Saale, Spandau	67	+3	67	+3
Weihsel, Thom	190	—10	190	—10	Weihsel, Bismarck	102	0	102	0
Ober, Rathbor	294	—48	294	—48	Spre, Spremberg	68	0	68	0
Krosen, Krosen	189	+4	189	+4	Spre, Weßow	72	—	72	—
Frankfurt	165	+8	165	+8	Weser, Minden	—	—	—	—
Wilde, Scharf	45	—	45	—	Weser, Minden	—	—	—	—
Sandberg	48	—	48	—	Rhein, Magdeburg	492	—	492	—
Rehe, Norddam	5	—	5	—	Rhein, Bonn	155	—	155	—
Elde, Leimertz	—	—	—	—	Rhein, Bonn	167	—	167	—
Troden	—180	+9	—180	+9	Redar, Hildesheim	40	—	40	—
Darby	85	—2	85	—2	Rhein, Bietheim	90	—	90	—
Wagburg	90	+2	90	+2	Rosel, Trier	—	—	—	—

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — *) Unterpegel.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 4. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus, Serbanapal.
Königl. Schauspielhaus. Ein Erfolg.
Neues königliches Opernhaus. Geklossen.
Deutsches. Die schide Auguste.
Kammerstücke. Ein Skandal in Monte Carlo. Anf. 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Vertrag. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herzmannslover.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Junger Obrigkeit.
Schiller Charlottenburg. Bresters Millionen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
Freitag, den 4. Juni, Anfang 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Sonnabend: Im weißen Rösch.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Oularenfelder.
Abends 8 Uhr: Die beiden Leonoren.
Neues Operetten-Theater. Schillbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Der Zigennerbaron.
Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 37/38. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Liebling der Damen.
Sietraf: Ein Freundschaftsdienst.
Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerkor. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Lessing-Theater.
Sitzspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Berliner Theater.
Schillspiel-Operetten-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 4. Juni, Anfang 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Sonnabend: Im weißen Rösch.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Oularenfelder.
Abends 8 Uhr: Die beiden Leonoren.
Neues Operetten-Theater. Schillbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Der Zigennerbaron.
Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 37/38. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Liebling der Damen.
Sietraf: Ein Freundschaftsdienst.
Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerkor. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Berlin Sommer-Sensation!
White City
mod. Vergnügungs-Park
Potsdamer Straße 75.
Täglich 6—7 und 8—11 Uhr.
Große Konzerte
des Karl Zimmer-Orchesters.
Punkt 8 Uhr: White City-Marsch
von Zimmer.
Gastdirigent
täglich:
Eintritt 25 Pf. a Person.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
Komödie in 3 Akten v. Gustav Daxbö.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Sitzspiel in 4 Akten von Winkell Smith und Byron Ogilby.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.

Schloß Weißensee

Heute Freitag, den 4. Juni:
Großes Konzert der Tropenkapelle
Direktor Mahlmann.
Großer Erfolg!
Sudanesen-Karawane.
Afrikanisches Dorf mit 45 Eingeborenen u. vielen Tieren. Gartartige, nie gesehene Vorstellungen um 4 u. 8 Uhr (Sonntags 11 1/2, 4, 6, 8 Uhr) aus dem Leben der Afrikaner. U. a.: Fahrendes Volk im Sudan, Elefantentanz, Frauensraub, Pfördedieb, Reitermanöver und Wettrennen. Unübertreffliche Reiterkünste des Suedanesenmännchens Akri best Khome im Herrensattel! x Kaffeeküche 2 Uhr! x Bootsfahrt! x Schwebebahn! x Volkabteilungen aller Art!
Sonntag, den 6. Juni: Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 3 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Kinder 15 Pf.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Sonnabend, den 5. Juni 1909:
Eröffnungs-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
In neuer Inszenierung und Ausstattung:
Der fliegende Holländer.
Dirig.: Gust. Brocher; Mitw.: Ernst Kraus, Lattmann, Van Rooy, Ann Hummel, Frieda Langendorf, Eduard Lichtenstein.
Repertoire vom 6.—13. Juni:
6. Salome. 7. Mad. Butterfly. 8. Don Juan. 9. Salome. 10. Der fliegende Holländer. 11. Figaros Hochzeit. 12. Mad. Butterfly. 13. Salome.
Billetvorverkauf am Schalt III des Kgl. Opernhauses 10 1/2—1 Uhr, bei A. Wertheim u. im Invalidendank.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers
(Heysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Waldhalla-Varieté-Theater.
Weinbergsweg 19-21, Rosenh. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die neuen Kunst-Spezialitäten.
Im Garten: Frei-Konzert.
Der Flug durch die Luft.
Theaterbesucher freier Eintritt.

DERNHARD ROSE THEATER

St. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne: Theater-Vorstellung, Konzert, Spezialität.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., 1. Platz 50 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni-Programm.
12 Sensationen 12
Passage-Panoptikum.
Bis inkl. 7. Juni:
Volkstage!
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree!
Die letzten weiblich. Azteken!
Wesen v. Stammes der

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dil. Brunnentw. 16.
Täglich im schattigen Garten oder im großkostvoll renovierten Theaterlokal:
Konzert, Theater, Spezialitäten!
Abends 9 1/2 Uhr:
Unser süßes Mädel.
Romy, 6. Dorf. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Bergungst. gütlich. Kaffertische 3—6 U.

Damms Volkspark-Theater
Rambower Weg 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nach Kautzen erllt. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüßet sich köstlich.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Anf. d. Nachm. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Freitag, Spezialitäten und Solist der „Lustigen Sängers.“
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Brunnen-Theater

Bodestraße 53. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X Größtartige Spezialitäten! X
Novität! Novität!
Die Spreewald-Räte.
Gr. Ankündigung! Vorspiel mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Hoffmann.
Kaffertische 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Neue Welt

Hasenheide 108/114.
Täglich:
Das außerordentliche Eröffnungsprog.
Gr. Konzert
des Neuen Welt-Orchesters.
Kapellmeister: Barthold Both.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Jeden Donnerstag: Elltetag.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 12/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Elltetag.
Während und nach der Vorstellung
Tausendkränchen.

Schweizer-Garten

Im Köpenicker Park Friedrichs-Hain
Parkstraße der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 50, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u.
Spezialitäten-Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende
an Vereine zu vergeben.

Apollo Theater
 9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Er oder Er mit Hartstein
 in der Doppelrolle.
 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
 U. a.: Jean Paul mit neuen Schlägern.
 Nathal u. Palma? ? ? usw.

Puhlmann's Theater
 Täglich:
 Konzert, Theater, 12 Kunstoperalltät.
Neu: Die Dallesprinzessin. Neu!
 Vollständ. m. Ges. in 3 Akte, von Koch.
 (Personal des Casino-Theaters.)
 Im Saale: **Ball.** Anfang 4 Uhr.
 Eröffnung der Kaffeetische 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
 Täglich im herrl. Naturgarten:
 Theater- und Spez. - Veranstaltung.
Neu! Wem gehört die Frau! Neu!
 Theater in 1 Szene.
 „Kühnheit u. Debut eines Komikers“
 usw. usw. Anfang 7 1/2 Uhr.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Wondt.
 Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
 Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
 Entr. 15 Pf. Wäge od. Schärpe grat.

Vertreter
 mit ausgedehnten Verbindungen über-
 nähme Aufträge jeder Art. (255/4)
 Casella postale 94, Sampierdarena
 (Italien). Korrespondenz in Französisch.

Achtung! Diez' Jetzt nur
Seeterrasse Lichtenberg
 Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Gr. Konzert und das größte, beste Programm
 Berlins
 u. a.: Brothers Selbigs, unübertroffener liegender Trapez-
 Mt. Solter-Talshaus (2 Damen, 1 Herr), Turmfalkenflüster,
 Viktor Ritter, der unspiehbare Humorist, Borgos u. Darich,
 die best. kom. Radfahrer usw. Im Saale: **BALL.** Anfang 4 Uhr.
 × 15 Ruderboote × Kaffeetische × Volksbelustigungen ×
 ××××× Vorzugskarten gültig. Entree nur 20 Pf. ×××××

Hermann Ramlows „Kastanienwäldchen“
 Schönholz.
 Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 36, 37, 38 u. 8 sowie
 2 Minuten vom Bahnhof Schönholz.
Jeden Sonntag Künstlerkonzert bei freiem
 von 3 Uhr ab: Eintritt.
 Im Parkett- **Großer Ball** bei stark besetztem
 Spiegel-Saal: Orchester.
 Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften
 meine Lokalitäten, Saal m. Theaterbühne zur gefl. Benutzung.

Sie waren **C. B.?** Dahaben Sie
 die Feiertage viel
 nicht in verfrümt!
„Café Bellevue“
 am Rummelsburger See.
 Der schönste Garten der Umgegend.
 Sonntag, **Großes Konzert** des Wagner-Orchesters.
 6. Juni: Dirigent: H. Irgang.
 Auftritten der 1. Berliner Operetten-Gesellschaft. Direktor H. Pöna.
 Kaffeekochen. × Volksbelustigungen. × Gute Küche.
 Um zahlreichen Besuch bitten **Gustav Tempel.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn
Möbel direkt Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
 eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Für die Reisezeit
 empfehlen wir unseren Lesern
Grieben's Reiseführer
 durch das Riesengebirge, den
 Harz, Thüringen, die Ost-
 see- und Nordseeabäder usw.
 Preise 1,- bis 5,- M.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68.,
 Lindenstraße 69, Laden.

JOSETTI JUNO
 CIGARETTEN
 nehmen in ihrer Preislage unter den Erzeugnissen
 der Deutschen Cigarettenfabrikation mit vollem
 Recht die erste Stelle ein. Sie bieten dem
 Raucher bei ihrem Genuss die vollkommene
 Befriedigung, die er nur bei einer allerbesten
 Cigarette finden kann. Ihr Absatz gewinnt ständig
 an Ausdehnung, gewiss der schlagendste Beweis
 dafür, dass sie sich die Gunst aller Raucher, die
 Unterschiede zu machen und wirklich gute Qua-
 litäten bei Cigaretten zu schätzen wissen, zu
 erwerben und zu erhalten verstehen.
 Josetti-Junio m. u. o. Mundstüek
 10 Stck. 20 Pf.



Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.
 Verein zur Förderung des sonntäglichen Wandersports unter den Parteigenossen und Genossinnen
 Groß-Berlins.
 Nach dieser Richtung nur allein in Berlin bestehender Verein.
 Sitzung jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Frei Wähllich**,
 Staliner Straße 22 (Nähe Kolonnen Tor). 25335
 Einjahresbeitrag und monatlicher Beitrag je 20 Pf. — Gäste, Damen und Herren, jederzeit willkommen.
 Außerdem finden Aufnahmen, Ausgabe von Statuten und Tourenplänen, bei folgenden Mitgliedern statt:
 1. Kreis: **Frei Wähllich**, Staliner Straße 22.
 2. Kreis: **Ernst Markendorf**, Friedrichsgracht 36, vorn II.
 3. Kreis: **Hug. Wille**, Dresdener Straße 124, vorn II.
 4. Kreis: **Frei Wähllich**, Staliner Straße 22.
 5. Kreis: **Wilib. Leipholz**, Linienstraße 1 III.
 6. Kreis: **Wilib. Bernstein**, Reinickendorfer Str. 47, IV links.
 Charlottenburg - Moabit: **Gustav Wagner**, Stägenstraße 52.
 Rixdorf: **Karl Bahle**, Thomasstraße 35, vorn II.
 Stralau: **Wilib. Wilkau**, Kartgrafenbamm 7.

Gesundheit ist Reichtum!
 Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
 Große Frankfurter Str. 136.
 Medizinische Bäder aller Art
 in werktäglich ununterbrochen ge-
 öffneter Sander-Abteilungen für Damen
 und Herren.
 2 Wannebäder mit je 2 Hand-
 tüchern 75 Pf. (40 Minuten Baderzeit.)
 Liefertant sämtlicher Krankenkassen.




Der täglich wachsende Kreis unserer Abnehmer
 beweist am besten die Güte der Salamander-
 stiefel. Sie gelten mit Recht als das hervor-
 ragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie
 Fordern Sie Musterbuch V



Einheitspreis . . . M. 12.50
 Luxus-Ausführung M 16.50

Salamander
 Schuhges. m. b. H.
 BERLIN W. 8, Friedrich - Strasse 152
 C. Königstr. 41
 C. Rosenthaler
 NW. Wilschkestr.
 Ecke Turmstr. 8
 SW. Potsdamerstr. 221
 W. Tauentzienstr. 19
 N. Badstr. 20
 Spandau, Brielstr. 30
 Neu eröffnet:

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
 Die bestsortierte und billigste Einkaufsquelle
 in Zigaretten, Zigarren und Tabaken
 sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
 Telephone: Amt VII, 3047.

Berichtigung.
 Die Beilegung des Schrift-
 giehers Herrn
Paul Mahlendorf
 findet am Sonnabend, den
 5. d. Mtz., nachm. 3 1/2 Uhr, von
 der Halle des Gemeinde-Friedhofes
 zu Rixdorf, Mariendorfer Weg,
 aus statt.
 Rixdorf, den 3. Juni 1909.
 Ideal-Passage 7.
 Frau **Alwine Mahlendorf**
 geb. Bahmann.

Männer-Chor Union.
 W. d. U.-S.-V.
Nachruf.
 Hierdurch die traurige Mitteilung,
 daß unser alter und langjähriger
 Sangesbruder, der Maurer
Ernst Kleinschmager
 nach langen Leiden am 30. Mai
 verstorben ist.
 Sein hieherer Charakter und
 seine 36-jährige Mitgliedschaft im
 Verein sei uns allen ein Vorbild.
Ehre seinem Andenken!
 2895b Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer
 Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin.
Nachruf.
 Am 30. Mai verstarb unser
 langjähriger Mitglied
Ernst Kleinschmager
 (Bezirk Süden).
Ehre seinem Andenken!
 Die Verbandleitung.

**Berliner Arbeiter-
 Radfahrer-Verein**
 Mitglied des Arbeiter-
 Radfahrer-Bundes
„Goldreiters“.
Touren
 zum Sonntag, den 6. Juni.
 1. Mtz. 5 Uhr: Kloster Chorin.
 1 Uhr: Bernau (Waldlager). Start:
 Säulenstraße 58.
 2. Mtz. 7 Uhr: Rixdorf. 1 Uhr:
 Müggelheim. Start: Fontane-
 Promenade 18.
 4. Mtz. 5 Uhr: Teschitz (Tornow
 Abth.). 1 Uhr: Wittenwalde (Frankf.).
 Start: Köpferer Platz.
 5. Mtz. 5 Uhr: Sietzfurt. 1 Uhr:
 Gorin-See. Start: Sietzfurt.
 6. Mtz. 5 Uhr: Grünheide. 1 Uhr:
 Schneide. Start: Oberberger Str. 28.
 7. Mtz. 6 Uhr: Dramenburger-Sand-
 hansen (Schumann). 1 Uhr: Birken-
 werder (Paradiesgarten). Start: Kö-
 nigsplatz 8.
 8. Mtz. 10 u. 2 Uhr: Saathofel
 (Memow). Familien-tour. Start
 Waldstraße 8.
 10. Mtz. 5 Uhr: Grünheide. 1 Uhr:
 Kirchgarten (Wilmshof). Start
 Heberstr. 6.

Bezirk 21 (Nieder-Barnim):
 13. Juni:
Bezirks-Fest
 Wilhelminenhof, Ober-Schönweide.
 Regte Beteiligung der Bundes-
 genossen erwartet 10/20
 Die Bezirksleitung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt 62/9
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Billigste Bezugsquelle für
**Hygienische
 Bedarfs-Artikel**
Drogerie Zaremka,
 Berlin N., Weinbergsweg 1.
 — Ein Versuch —
 führt zu dauernder Kundschaft.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise der innigen Teilnahme bei dem Hin-
 scheiden meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten
 fürsorgenden Vaters, des
 Rodaktours der „Deutschen Holzarbeiter-Zeitung“
Ernst Deinhardt
 sage ich allen Beteiligten, insbesondere Herrn Kayser für die
 herrlichen, den Charakter des Verstorbenen würdigenden Worte,
 dem Zentralvorstand, den Gauvorständen und Zahlstellenvorständen
 des Deutschen Holzarbeiter-Vorbandes, der Generalkommission der
 Gewerkschaften Deutschlands sowie den zahlreich erschienenen Ge-
 werkschaftsvorständen für die warmen Widmungsworte an der
 Bahre meines Mannes sowie für die zahlreichen und kostbaren
 Kranzspenden meinen herzlichsten Dank. 85/4
Betty Deinhardt nebst Kindern.

Unserem **Jakob Ohler** und Frau
 Genossen
 zur Silberhochzeit die besten Glück-
 wünschungen.
 Die Genossen des 82. Bezirks.
 25876

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Mechaniker
Adolf Scheel
 am 1. Juni an Rheumatismus
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 4. Juni, nachmittags
 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
 des Biond-Birchhofes in Nieder-
 Schönhagen aus statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 118/1 Die Ortsverwaltung

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
Todes-Anzeigen.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Tischler
Paul Wende
 am 1. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 4. Juni, nachmittags
 3 1/2 Uhr, von der Halle des An-
 dreaskirchhofes in Wilmshagen
 aus statt.
 Am 1. Juni starb unser Kollege,
 der Tischler
Leonhard Borth.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 4. Juni, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Zentralkirchhofes in Friedrichs-
 hagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 85/2 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der
 Schuhmacher Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Emil Steinhorst
 am Mittwoch, den 2. Juni, ver-
 storben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 5. Juni, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Petri-Kirchhofes, Frieden-
 straße 84, aus statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 169/13 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, den 2. Juni, ver-
 schied nach kurzem, aber schwerem
 Leiden mein lieber Mann, unser
 herzenguter Vater, der Bergolder
Louis Gänsicke
 im Alter von 71 Jahren.
 Dies zeigen mit der Bitte um
 stille Teilnahme tiefbetrubt an
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Rixdorf, Knechtstr. 150.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 5. Juni, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des alten Rixdorfer Fried-
 hofes, Ruhower Straße, aus statt.

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die zahlreichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes,
 unseres guten Vaters, sagen wir
 allen Verwandten, Freunden und
 Bekannten, besonders dem freien
 Gewerkschaftsvorstand, dem 4. Wahlkreis
 und dem Lotterieverein Hoffnung
 unseren herzlichsten Dank.
Witwe Auguste Sprenger
 nebst Kindern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Gute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelsfer 14/15.
 Saal 4 (Arbeitslosenamt):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Tischler-Verein E. H. No. 89.
 Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Wilmshofstr. 15:
Versammlung.
 Vereinsangelegenheiten. Billetsausgabe zur Dampferpartie am 27. Juni
 nach Ziegenhals bei Zeuthen. (108/17) Der Vorstand.